

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement: 1,10 Mark pro Monat; 1,10 Mark pro Quartal; 3,30 Mark pro Semester; 11,00 Mark pro Jahr. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonnenbreite oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Beschlus-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 3. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Kriegstreiberien und Marinepolitik.

Man schreibt uns:
Ein beständiges Wetterleuchten am politischen Horizont beunruhigt seit Jahren die Gemüter. Manchmal zuckt es grell auf und man vernimmt in der Ferne das Grollen eines heranziehenden Unwetters. Was ist die Veranlassung zu diesen Störungen gewesen? Unsere mißverständene Weltpolitik, die eine ungesunde Marinepolitik nach sich gezogen hat. Die allgemeine politische Lage spiegelt sich seit Jahren in der Marinepolitik der Staaten wider, in ihren Flottenprogrammen, ihrer hastenden Mobilisierung zur See — und dies ist mehr als jemals in Deutschland der Fall. Ein angesehenes ausländisches Fachblatt schrieb kürzlich: „Der Kampf zwischen Deutschland und England um den Vorrang, der notwendigweise auf dem Wasser sich abspielen muß, zeichnet sich immer klarer und hat ein akutes Stadium erreicht, die Katastrophe scheint nahe gewesen zu sein, jedenfalls ist es die in Deutschland verbreitete Meinung.“ Wer die Vorgänge verfolgt hat, wird erstaunt sein über die Leichtfertigkeit, mit der Broschüren den kommenden Krieg mit England an die Wand malen; die letzte Broschüre des Majors von Bruchhausen trägt diesen Titel selbst. Als das englische Kanalgewässer in die Ostsee kam, war unter den Offizieren unserer Marine die Ansicht verbreitet, daß es zum Schloßen kommen würde!

Die mißverständene Weltpolitik, die dazu noch taktlos in alle Winde posaunt wurde, hat uns diese Verheerung gebracht. Mit dem Schlagwort „Weltpolitik“ haben wir alle Welt mit Rührreden gegen unsere Politik erfüllt, ohne daß ihre tatsächlichen Erfolge deshalb größere geworden sind. Und kein vernünftigeres Gebahren gibt es, wie das des Flottenvereins, der nichts von einer gesunden Weltwirtschaft versteht und verstehen will, sondern in prahlender Machtentfaltung der Flotte „unsere Zukunft auf dem Wasser“ sucht. Dieses oft zitierte Wort war auf der letzten Weltausstellung in Paris in gothischen Lettern am Ausstellungspavillon des „Norddeutschen Lloyd“ zu lesen. Da hatte es noch einigermaßen Sinn. Der Kaufmann und der Arbeiter sind die großen wirtschaftlichen Eroberer, sie haben mit eigener Kraft ausländische Märkte gewonnen und behauptet, die Wirtschaftspolitik der Regierung hat dabei mehr erschwert wie genützt. Schon lange bevor nach Panzerschiffgeschwadern geschrien wurde, flaggten bereits die Handels- und Kontorflaggen unserer Handelsemporien in fernen Gewässern, und ungeachtet ging der überseeische Güterverkehr von statten. Der Weltmarkt gebrauchte unseren Gewerbesinn, unsere Erzeugnisse, selbst England, seine Kolonien und Dependenz, und das „made in Germany“, das unsere Waren tragen, ist schließlich statt zur Herabsetzung zur Empfehlung geworden. Wir können nur sagen, daß England uns bis jetzt keine Märkte noch niemals verschlossen, daß es unserem Schiffsverkehrs keine Hindernisse in den Weg gelegt hat; die Ein- und Ausfuhrwerte des deutschen Zollgebietes sind stetig gestiegen, die deutsche Handelsflotte im Seeverkehr nach ihren Registertonnen ständig gewachsen in friedlicher Konkurrenz. Die Kriegszustände haben ganz und gar keinen Einfluß hierauf gehabt.

Wohin geht eigentlich der Kurs des Flottenvereins, wo will er landen? Er verliert sich in ein Wollensludelsheim, er schädigt das Reich durch seine Phantastereien. Dieser Flottenverein treibt in Worten und Werken sein Unwesen und schädigt das deutsche Nationalvermögen. Er spornt die deutschen Fürsten an, die Bereitwilligkeit der Bürger zum Steuerzahlen für Kriegsschiffe zu steigern, statt dazu sich des Vorrechtes der Steuerfreiheit zu begeben. Dem Flottenverein, in dem zumeist Leute sind, die nur im gesellschaftlichen Verkehr ihre Langeweile dort todschlagen, ist es allerdings gleichgültig, wann der letzte Proletarier an der letzten Wurststippe kant. Ein wilder Paroxysmus von Nationalstieber hat sich der Metapher, „der Dreizeck des Neptun gehört in unsere Faust“, bemächtigt. Marineforderungen folgen auf Marineforderungen. Keiner überlegt, daß alle Nationalität schließlich nichts ist als eine Entwicklungsphase, eine niedrigere Stufe im Vergleiche zu dem letzten Ziele der Zusammenschaffung der Menschheit, das die Kämpfe und Kriege, diese Ausflüsse der Barbarei, beseitigen würde. Der Flottenverein hebt aber mit Betonung nationaler Gegensätze zum Kriege. Dabei ist die Verstellung und Heuchelei stets dieselbe. Man schämt sich der Sache, denn jeder beteuert laut, nie anders als zur Selbstverteidigung die Waffen ergreifen zu wollen. Statt die Sache mit öffentlichen, offiziellen Lügen zu beschönigen, die fast noch mehr als jene selbst empören, sollte man sich alsdann lieber, frech und frei, auf die Lehre des Machiavelli berufen: „Willst du nicht unterjocht werden, so unterjochte heutzutage den Nachbarn, sobald nämlich seine Schwäche die Gelegenheit darbietet.“ Denn, läßt du sie vorübergehen, so wird sie einmal sich als Ueberläuferin im fremden Lager zeigen; dann wird jener dich unterjochen, wenn auch die jetzige Unterlassungssünde nicht von der Generation, die sie beging, sondern von den folgenden abgebüßt werden sollte.“ Dieser machiavellistische Grundsat ist für die Raublust immer noch eine viel anständigere Gulle, als der ganz durchsichtige Lappen handgreiflicher Unwahrheiten. Glaubt denn der Flottenverein, daß die Engländer, diese intelligenteste, urteilskräftigste Klasse, sich so lange täuschen und hinhalten lassen werden? England ver-

sieht sehr wohl zur rechten Zeit loszuschlagen nach Anweisung des Machiavelli, die Geschichte lehrt es. Im Jahre 1800 schlossen die nordischen Mächte die nordische Alliance zur Wahrung ihrer Seeinteressen. Die Veranlassung hatte die Anmohung der Durchsicherung neutraler Schiffe durch englische Kriegsschiffe gegeben. Sobald das Kabinett von Saint-James hiervon erfuhr, wartete es nicht ab, bis die entfernten russischen Kriegsschiffe, die vom Eise in Kronstadt blockiert wurden, sich mit dem dänischen Geschwader vereinigt haben würden. Ohne eine Kriegserklärung, am 12. April 1801, erschien die englische Flotte unter den Admiralen Parker und Nelson vor Kopenhagen, bombardierte die dänischen Schiffe im Hafen, vernichtete einen Teil derselben und zwang die dänische Regierung zur Auslieferung der anderen. Somit hatten die Engländer auch ihre versteckte Absicht durchgeführt, nämlich zu verhindern, daß das starke dänische Geschwader die französischen Seestreitkräfte gegen England bei dem damals drohenden Kriegsausbruch mit Napoleon verstärken könnte.

Aber vielleicht ist es angebracht, den Flottenvereinslern ihre simstverwandten Jingos, die nun auch ihre Arbeit wieder aufgenommen haben, in Erinnerung zu bringen. Unter Palmerston entstand ihr Schlachtruf:

We don't want to fight;
But, by Jingo, if we do,
We've got the ships, we've got the men,
We've got the money, too."

Diesem trivialen Ruf könnte man sinngemäß folgendermaßen wiedergeben:

Wir wollen nicht Kriege —
Geht doch los — Hurra!
Dem Schiffe, Matrosen,
Geld, — alles ist da!"

Ja, die englischen Jingos sind unseren Chauvinisten über und besonders in einem, dem Gelde, was sie auch ganz selbstgefällig aussprechen. Wenn man mit ansieht, wie die Steuerkommission sich abquält, das Geld zusammenzuschrotten, um sich den Luxus von 18 000 Tonnen Schiffen zu leisten, so macht es einen peinlichen Eindruck und muß den Hohn des Auslandes herausfordern.

Und wozu dies alles? England hat unseren überseeischen Verkehr und Handel bis jetzt nicht brutal zu hemmen versucht, aber Marineforderungen unserer Regierung hat es stets mit Marineforderungen seinerseits beantwortet. Dieses Spiel begann im Jahre 1890, zwei Jahre nach dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers. Kein vernünftiger Mensch kann es England verargen. Denn die Existenz des Inselreiches, seiner Kolonien und Dependenz hängt von der Flotte ab. England würde in diesem Wettstreit den letzten Schilling draußgeben oder beizeiten loszuschlagen. Die Entstehung des neuen Kriegshafens Rosyth an der schottischen Küste, die Rewerickung der aktiven Flotte mit Verstärkung der Position in der Nordsee, die außergewöhnliche Beschleunigung der Bauten der neuesten Schlachtschiffe, deren Bauperiode auf 16 Monate, eine bisher noch nicht erreichte Leistung der Werften, heruntergedrückt ist, sind Schachzüge auf unsere Schachzüge zu seiner Dedung.

Ueber die Folgen eines Krieges gegen eine der Seemächte, über die Erfolge, die wir auf dem Wasser erzielen können, und über das allgemeine Endergebnis herrschen bei uns die widersinnigsten Ansichten. Jedenfalls werden Erfolge im Seekriege, sei es auf der einen oder der anderen Seite, viel zu hoch eingeschätzt.

Im Kriege mit angrenzenden Staaten entscheiden die Armeen; ja, auch wenn die Länder durch Gewässer von einander getrennt sind, fällt die endgültige Entscheidung nur durch Oskupierung des Landes. Eine gemonnene Seeschlacht gibt nicht den Ausschlag, wenn ihr nicht entscheidende Operationen auf dem Lande folgen. Seit den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage lehrt es die Geschichte, daß ohne Armeen noch keine definitive Entscheidung im Kriegsleben der Völker gefallen ist. Karthago und Port Arthur sind die Marksteine. Die japanische Flotte konnte nicht Port Arthur nehmen, der japanische Armeekorps verblieb für Beendigung des Krieges der entscheidende Sieg. Wären die russischen Armeen in der Mandschurei siegreich gewesen, so nützen Logos Seesiege nichts. Die Integrität des Deutschen Reiches hat in einem Kriege mit dem seemächtigen England auch nichts zu fürchten, denn, wo sind die Armeen, die es, nachdem das Uebergewicht zur See erlangt worden ist, an unsere Küsten werfen könnte? In einer Koalition Frankreichs und Englands gegen uns, die sich zurzeit durch die Marokko-Affäre aufdrängt, würde Frankreich die Feste zahlen müssen, sobald wir nur in Paris den Frieden diktieren können. Was sich dabei auf See abspielt, ist nebensächlich; die Bilanz, mit der wir auf unsere Kosten kommen werden, würde zu Lande gezogen. Dies fühlt man auch heraus und unsere Küstungen zur See richten sich darauf, England beizugehen zu können. Wie es aber geschieht, ist eben das Verhängnisvolle für Deutschland. Eine ungeschickte Diplomatie ist die, welche das anstrebt, was nicht gelingen kann, wofür man die Opfer umsonst bringt und seinen überlegenen Gegner nur herausfordert!

Die Ansicht, daß wir England zur See schlagen und an seinen Küsten landen könnten, ist ein Strangspinn. Ein Krieg mit dem seebeherrschenden England würde ein Handelskrieg zur See werden. Die Fahrstrahlen unserer Handelsflotten der Weser und Elbe, die im Strahlenbündel den Kanal passieren und dann fächerförmig nach allen Handelsemporien der Erde

sich ausbreiten, sind mit der Kriegserklärung verlegt. Der Seeverkehr unter schwarz-weiß-roter Flagge hört auf. Das ist nicht zu ändern, auch wenn noch eine neue Flottenvorlage durchgedrückt werden sollte. Die Folgen des Handelskrieges sind sehr schwer abzuschätzen und vorherzusagen. Einfuhr und Ausfuhr werden sich andere Wege suchen müssen, da die Häfen blockiert sind, vielleicht über Holland, Genua, Triest. England schädigt sich aber selbst mit dem Ausfall des Borenaustausches. Was die Operation der englischen Flotte gegen unsere Kriegshäfen, die unsere weit stromaufwärts an Weser und Elbe liegenden Handelsstädte decken, anbetrifft, so geben die langwierigen, resultatlosen und verlustreichen Versuche Logos, sich des Hafens von Port Arthur zu bemächtigen, ein annäherndes Bild. Minensperren, Torpedoboote und Unterseeboote sind eine so große Gefahr, daß kein Admiral in unsere Gewässer eindringen wagen wird. Hiermit ist schon das erreicht, was Deutschland, das sich England gegenüber stets in der Defensive befindet, erreichen kann, nämlich der Schutz seiner reichen Handelsemporien.

Die Schlachten auf hoher See interessieren uns nicht, sagte Bismarck. Sie können für uns absolut keine realen Ergebnisse zeitigen, die nur einigermaßen im Einklang zu den ungeheueren Opfern stehen, die wir uns selber dieser Vorteile wegen aufbürden; sie können nicht verhindern, daß unsere Fahrstrahlen unterbunden, unsere Kolonien bedroht werden. Mit den Flottenprogrammen seit 1890 ist aber gerade auf die Schlachten auf hoher See hingearbeitet worden, auf die wir flugerweise uns nicht einlassen sollten — und annähernd eine Milliarde haben die Schiffbauten bereits gekostet. Aber das genügt noch nicht, wenngleich heute schon England sein Kanalgewässer und sein in Gibraltar stationiertes atlantisches Geschwader nach der Nordsee zur Begegnung einer Offensive unsererseits entsenden müßte. Eine gefällige Statistik muß ausbelfen und in vergleichenden Flottenlisten unseren Rückstand darlegen, ähnlich, wie von Bismarck behauptet wird, daß er durch das statistische Amt die Kornpreise so machen ließ, wie er sie für seine innere Politik gebrauchte. In Wirklichkeit ist unser zahlenmäßiger Bestand nunmehr der, den das Flottenprogramm von 1900 an Schlachtschiffen vorsieht, nämlich 38, und nunmehr kommen die Ersatzbauten für die alternden Schiffe an die Reihe. Andere Marinen haben auch solches veraltetes Material in ihren Beständen. Aber der Flottenverein schreit „schneller bauen“. Das wird bedeuten, daß der § 2 des Flottengesetzes, der die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Ersatzbauten regelt und die Lebensdauer der Schiffstypen festsetzt, ungefohnen würde. Damit würde auch der finanzielle Teil des Gesetzes, ebenso wie jetzt durch die sehr beträchtlichen Forderungen für Deplacamentssteigerungen der Schiffe, abermals durch weitere Mehrforderungen alteriert werden. Und noch kann der Schatzsekretär die Steuern für jene nicht finden, ohne den § 6 des Flottengesetzes anzustößen, der den Massenverbrauch des Volkes zu besteuern verbietet. Die Flottenprogramme werden für uns das Fäß der Danaiden. Und warum dies alles? Einer fixen Idee halber, deren Nutzen und deren Notwendigkeit kein klarer Politiker einzusehen vermag.

Ein Philosoph könnte hier über die bis zum Schein der Absichtlichkeit gehende Tücke und Bosheit des Schicksals im Leben der Völker seine Betrachtungen anstellen, die ohne ihr Zutun in Unglück verflochten werden. Preßstimmen über Bestimmungen zwischen Ostel und Weste diesseits und jenseits der Nordsee und die Kriegstreiberien des Flottenvereins sind günstig dazu. Das Wort des Abbe Grégoire, die Geschichte der Fürsten ist das Martyrium der Völker, hat noch nichts an Wert verloren. Das Volk hat kein Interesse an Kriegen. Es kann durch sie nur verlieren, nie gewinnen, und der Soldat von heute sollte nicht vergessen, daß er morgen wieder der Arbeiter des Kapitalismus ist.

Die Revolution in Rußland.

Die Wahrheit über Homel.

Die letzte Judenmegele in Homel ist die neueste und zugleich auch die fürchterlichste Form der von der Regierung veranstalteten Massaker. Früher pflegte die Polizei die Megeleien geheim zu organisieren, das Militär verhielt sich teilnahmslos und hinderte die Dooligans nicht an ihrer Arbeit. Später blieb die Rolle der Polizei dieselbe, die Dooligans raubten und mordeten wie früher — aber schon mit Hilfe des Militärs. Jetzt aber ist ein Wandel in der Rollenverteilung eingetreten: Das Militär hat selbst das Rauben und Morden begonnen; Dooligans waren in Homel fast gar nicht zu sehen; Soldaten und mit Soldaten haben geplündert, gemordet, ganze Strahnenviegel eingedreht und die Stadt mit Schrecken erfüllt. In der Feststellung dieser Tatsache stimmen alle überein, die diese Schreckenstage mit erlebt haben. Noch mehr: aus ihren Aussagen läßt sich ohne jeden Zweifel feststellen, daß das ganze Benehmen des Militärs, mit dem die Stadt überfüllt war, schon einige Tage vor der Megele das schlimmste ahnen ließ. Am 22. Januar war ein allgemeiner Streik anderaunt als Zeichen der Trauer über die Gefallenen in Petersburg; die Läden waren vom frühen Morgen an geschlossen, aber nachher öffneten sie sich, da die Polizei die Inhaber bedrohte, daß widrigenfalls die Läden plündern würden. Jeder, der sich abends auf die Straße hinauswagte, wurde seines Geldes und aller Wertfachen beraubt und unbarmherzig geschlagen. Es sind auch einige Raubansfälle auf Läden vorgefallen, woran Polizei und Soldaten sich beteiligten. Am anderen Tage, dem 23. wieder dasselbe, aber in noch verstärktem Maße: die Raubansfälle häuften sich, in einem geplünderten Laden entstand Feuer, da die Räuber die Waren mit Naphta übergossen und angezündet hatten. Aber diesmal ge-

lang das höllische Machwerk nicht; das Feuer wurde bald gelöscht. Am folgenden Tage wurde der Polizeipräsident Assanow ermordet: das war die Wunde für die fürchterlichen Mißhandlungen, die er den in seine Hände gefallenen Revolutionären widerfahren ließ. In der Stadt entzündete eine Panik, man ahnte Unheil; und wirklich, auf den Straßen zeigten sich berittene Sicherheitsleute, welche anfangs nach rechts und links zu schlagen und zu stechen. Aus Krankenhäusern wurden an diesem Tage vier Schwerverwundete gebracht; es gab auch viele Wunderverletzte.

Die richtige Mezelei begann am 26. Bis dahin war es nur ein „Minderpiel“ der Töchter gewesen. Am diesem Tage, gegen 4 Uhr nachmittags, wurde in einer Kirche geläutet — es war dies ein Signal: gleich darauf erschien auf der Rumjanzewskaja Straße der Baubeamte Schwandt (ein Deutscher) mit noch einem Hooligan und begann mit einem Säbel die Scheiben in den benachbarten Läden einzuschlagen, sein Begleiter gab einige Revolverkugeln ab. Der ganze Vorgang war auch früher verabredet, denn auf die Schüsse kamen sofort Sicherheitsleute herbei und begannen die Straße entlang zu schießen. Man hörte wieder die üblichen Rufe „Schlagt die Juden“, noch das Pfeifen und Johlen der Straßungen, man sah keine zerstreuten Beobachter, es fehlten alle Merkmale der „gewöhnlichen“ Judenmezelei. Als erstes Opfer hatten sich die Sicherheitsleute die Buchhandlung von Eshelin ausersehen: Bücher wurden zertrümmert, die Ladeneinrichtung eingeschlagen, das ganze mit Kaphia überzogen und angezündet. Dasselbe Schicksal ereilte noch mehrere Geschäfte, wobei es auch Verwundete und Getötete gab. In derselben Zeit begab sich eine Abteilung Dragoner zum Arzt Salkin, der weit abseits von der Rumjanzewskajastraße wohnt und als freiwillig gestimmter Mann bekannt ist. Die Soldaten begannen sein Haus zu beschließen und töteten dabei einen dort wohnhaften Schuhmacher. Wenn nicht der Befehl eines benachbarten Obersten zum Rückzuge gekommen wäre, so wäre das Haus samt seinen Einwohnern vernichtet worden. Ein anderer Arzt, Dr. Sacharin, war nicht so glücklich: als er, ungefähr um dieselbe Zeit, eine Abteilung Soldaten mit einem Offizier an der Spitze kommen sah, flüchtete er sich mit seiner Familie zu seinem Nachbar, einem Christen. Die angelaufenen Soldaten fanden in der Wohnung des Dr. Sacharin nur ein christliches Dienstmädchen, das, von den Soldaten mit dem Tode bedroht, ihnen den Schlüssel ihres Herrn entdeckte. Sofort begab sich der Offizier mit vier Mann dahin und verhaftete Sacharin, die übrigen Soldaten plünderten unterdessen seine Wohnung, eigneten sich alles Wertvolle an, das Hebräer wurde kurz und klein geschlagen. In derselben Zeit begaben sich einige Sicherheitsleute nach einer kleinen Synagoge, brachen die Türen gewaltsam auf, mißhandelten fürchterlich einen vierzehnjährigen Jungen, der sich dort versteckt hatte, zertrümmerten alle Lampen, die gerade mit Del angefüllt waren, zündeten es an und begannen sich ruhig weiter an ihre Arbeit. Der Junge entkam mit Mühe und Not aus dem brennenden Hause. In der Rumjanzewskaja ging das Brennen, Morden und Plündern weiter vor sich; die Einwohner befanden sich in einer schrecklichen Lage: blieb man im Hause, wurde man verbrannt bei lebendigem Leibe, ging man auf die Straße, wurde man niedergeschossen. Man entkam durch Hintertüren, kletterte auf die Dächer und ließ sich von da auf Striden herunter, man brach Löcher in die Mauern und rettete sich auf diese Weise durch Höfe und Gärten. Auf den Straßen sieht man Soldaten, Sicherheitsleute, Kosaken mit verschiedensten Wägen besetzt, ganze Wagen voll geraubter Sachen werden fortgebracht, ein jeder, der den Plünderern Widerstand entgegensetzt oder sie nur genauer ansieht, um sie zu merken, wird niedergeschossen. Der Brand verbreitet sich allmählich auf andere Straßen; die Sicherheitsleute versuchen den Laden von Lubin anzuzünden, von da aus kommt das Feuer ins ärmste Stadtviertel hinübergreifen, aber mit Hilfe von sechs Rubeln gelingt es, den Laden zu retten. Nach Mitternacht sieht die halbe Stadt in Flammen, die besten Straßen, die reichsten Magazine lodern. Das Löchen ist unmöglich, jeder, der es wagt, wird niedergeschossen; Feuerwehre ist nicht da, die Polizei läßt sie nicht zur Brandstätte heran. Erst gegen Morgen gelingt es den Arbeitern vom Depot der Eisenbahn, mit einer Dampfprisse dem Feuer Einhalt zu tun. Am folgenden Tage bietet die Stadt ein trauriges Bild: der beste Stadtteil ist verwüstet; auf den Straßen sieht man nur Kosaken und Soldaten, jeder Eisenbahnzug führt Hunderte von Homeler Einwohnern aus diesem Schreckensorte fort. Um 5 Uhr ist die Stadt wie ausgestorben, niemand wagt sich in die Straßen, der bloße Name des Generals Erlow, der zur „Aube“-Stiftung in der armen geplünderten und verheerten jüdischen Bevölkerung nach Homel gekommen ist, erweckt Schrecken in jedem: man weiß ja, auf welche Weise er in den Baltischen Provinzen „Aube“ gestiftet hat.

Aus allen diesen Tatsachen geht ohne jeglichen Zweifel hervor, daß in Homel es sich nicht um eine solche Judenmezelei handelte, wie sie in Kischinew und später in Kiew, Odessa usw. gesehen haben, und daß das Ganze vorher systematisch organisiert war. Wie gesagt, spielten in allen Vorgängen Soldaten die Hauptrolle, Hooligans waren nur in einer verschwindend kleinen Zahl am Platze. Die Polizei hat schon einige Tage früher ihren guten Bekannten erzählt, daß eine Niedereingelung der Juden stattfinden werde. Das wird u. a. von der Aussage eines Konditors bestätigt; der Polizeipräsident hatte ihm gesagt, einen offiziellen Befehl hätte die Polizei zwar noch nicht erhalten, aber sie würde nicht imstande sein, dem Pogrom zu widerstehen, da das „Volk“ sich dazu vorbereite. Woher der Pristaw so genau über die Wünsche des russischen „Volkes“ unterrichtet ist, hat der folgende Tag gezeigt: Von den Hooligans war beinahe nichts zu sehen, das wahre Volk aber, die arbeitsfähigen Arbeiter, wollten das Feuer löschen, wurden jedoch daran gehindert. Ueber die Rolle der Militärs und der Polizei sind alle Zeugenaussagen einig, auch die der zahlreichen Verwundeten, die durchweg alle ohne Ausnahme von Kosaken und Sicherheitsleuten gelitten haben. Was den Ursprung und die Organisation des Pogroms anbetrifft, so behauptet die Polizei, er wäre eine Antwort auf die Ermordung des Pristaw Assanow gewesen. Aber es liegen schlagende Beweise vor, daß die Mezelei schon seit langem geplant war. Schon vor einer geraumen Zeit bekamen die Ärzte Salkin, Sacharin und andere Personen Drohbriefe von dem „Verband russischer Leute“, in denen ein „halbiges Ende“ prophezeit wurde. Dr. Sacharin sollte „einer der ersten sein“. Und tatsächlich, als Dr. Sacharin nach seiner Verhaftung abgeführt wurde, schrieb der Führer der Sicherheitsleute dem kommandierenden Offizier zu: „Ihr habt jetzt einen der ersten!“ Und überhaupt, wie anders ist es erklärlich, daß gleichzeitig mit dem Anfang der Schießerei Dragoner und Soldaten sich gerade zu Salkin und Sacharin begaben, die doch ganz abseits wohnten? Wäre denn das anders möglich gewesen, als durch vorhergehende Verabredung, durch Organisation? Die ganzen Vorgänge auf der Rumjanzewskaja bestätigen auch den Gedanken der Organisation: das Lärmen in der Kirche, das Revolverklopfen — das waren alles verabredete Signale. In vielen Fällen ist das Schießen bloß ein Zeichen gewesen, man sollte in dem und dem Ort Feuer anlegen. Häufig ist folgendes Bild beobachtet worden: Ein Laden wird geplündert, es ertönen Schüsse, die Mörder verlassen das Haus — und in ein paar Minuten steht es in hellen Flammen. Die Polizei behauptet, die Brände wären durch eine Bombenexplosion hervorgerufen; dieselbe Ansicht vertritt auch der berüchtigte General Erlow in seiner Bekanntmachung. Dieser tapfere Krieger — gegen Wehrlose — brorderte nach seiner Ankunft durch Vermittelung der Polizei eine Deputation der angesehensten Juden zu sich, empfahl sich ihnen als „Freund der Wahrheit“ und begann sie über den Pogrom auszufragen. Alle bekundeten einstimmig, daß nur die Polizei und das Militär die Schuld daran tragen, die jüdische Bevölkerung habe sich ganz ruhig verhalten; weder seien Bomben geschleudert, noch sei das Militär aus den Fenstern beschossen worden. Und am anderen Tage veröffentlicht dieser „wahrheitsliebende“ General dasselbe Märchen von jüdischen Bomben und jüdischen Schüssen. Soll es da wundernehmen, daß die Bevölkerung in der gebücktesten Stimmung ist, daß täglich neue Greuelthaten erwartet werden, daß alles aus Homel flieht?

Diese neuen Greuelthaten der Regierung, dieses Morden und Brennen, diese Niedereingelung Wehrloser, das ist nur eine Methode zur Bekämpfung der Revolution. Oder vielmehr die Methode ist alt, wir haben sie schon in vielen Städten Rußlands gesehen, neu ist nur die Offenheit, mit der die Regierung hier zu Werke ging.

Die anfänglich zur Bekämpfung der jüdischen Arbeiterbewegung von der Regierung erdachte Massakertaktik hat sich, wie wir es in Homel gesehen, zu einem System von Mord und Raub entwickelt, welches an Bestialität auch nicht annähernd seinesgleichen in der Geschichte zivilisierter Völker aufzuweisen hat. Die erste Homeler Mezelei der Hooligans (September 1903), die von der Polizei geheim organisiert und vom Militär beschützt wurde, denen sich aber das Militär nicht aktiv angeschlossen hatte — mihlang dank dem heldenhaften Auftreten des von „Bunde“ daselbst zum erstenmal organisierten „Selbstschutzes“. Den bewaffneten Kolonnen des Selbstschutzes gelang es damals unter Leitung des Ortskomitees des „Bundes“, die geplante Niedereingelung der jüdischen Bevölkerung durch die Hooligans in eine förmliche Schlacht zwischen Hooligans und Selbstschützern zu verwandeln, und obgleich das Militär auf Seiten der Hooligans war, gelang es damals den Selbstschützern, die Stadt zu retten und die Hooligans unschädlich zu machen.

Jetzt fandte die Regierung Sicherheitsleute und Kosaken aus. Es war dies ein bewaffneter Aufstand der Regierung gegen das Volk. ... Damit hat die Regierung aber auch ihr letztes Wort gesprochen. Das Proletariat wird darauf antworten — die nächste Zukunft wird es beweisen. Die Revolution schreitet vorwärts und nichts in der Welt kann sie mehr aufhalten!

Nach berühmten Mustern.

Petersburg, 1. März. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Gesetzblatt veröffentlicht das vom Kaiser am 20. Februar genehmigte Reglement, nach welchem das Vorgehen der mit der Unterdrückung von Unruhen betrauten Truppen künftig einzurichten ist. Dasselbe enthält namentlich die Bestimmung, daß die Truppen in solchen Fällen weder in die Luft noch blind schießen dürfen.

Zur Duma-Presse.

Petersburg, 2. März. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das zum Gesetz erhobene Reglement betreffend die Reichsduma wird demnächst veröffentlicht werden, ohne daß es vorher dem Reichsrat vorgelegt wird. Das neue Reglement bestimmt, daß kein Gesetz ohne die Bestätigung durch den Reichsrat und die Duma Kraft haben kann. Die Mitglieder des Reichsrats setzen sich in gleicher Zahl zusammen aus ernannten Mitgliedern und solchen, die von der orthodoxen Geistlichkeit, dem Adel, den Semstros, der Akademie der Wissenschaften, den Universitäten, dem Handel und der Industrie gewählt sind. Der Reichsrat und die Duma werden jährlich durch kaiserliche Uase einberufen. Jede der beiden Körperlichkeiten besitzt das Recht zu Vorschlägen über die Abänderung oder Abschaffung bestehender Gesetze und zu Vorschlägen neuer Gesetze mit Ausnahme der Grundgesetze. Der Reichsrat und die Duma erhalten das Recht, an die Minister über Handlungen, die nicht mit den Gesetzen übereinstimmend erscheinen, Interventionen zu richten. Die Sitzungen des Reichsrats und der Duma sind im allgemeinen öffentlich.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. März.

Juristische Vorkommungen.

Noch harret der Staatssekretär des Reichsjustizamtes der Bewilligung seines Gehaltes, aber auch der Replik der Stadt-Hagens und Heines, die Herrn Riederding über das Justizwesen noch einiges zu sagen haben.

Ehe die Beratung über den Justizetat fortgesetzt wurde, erledigte der Reichstag nach kurzer Debatte die erste und zweite Lesung des Gesetzentwurfes, betreffend die Ueberleitung von Hypotheken des früheren Rechts; von der beantragten Ueberweisung des Entwurfes an eine Kommission sah die Mehrheit des Hauses ab.

Dann aber wandten sich die Abgeordneten Koeren (Z.) und Wallau (natl.) gegen die gestern von Heine an der Justiz geübte Kritik. Aber merkwürdig — während diese Redner die sozialdemokratische Kritik an einer Reihe gravierender Gerichtsurteile, die das innerste Weizen der Justiz erkennen lassen, verurteilten, tragen andere Redner der bürgerlichen Parteien noch mehr Material herzu, die die Verächtlichung der sozialdemokratischen Kritik erweisen. Die Antisemiten Böcker und Krösel hatten dem Staatssekretär manches Unliebbare zu sagen, besonders der erstere rief dem Staatssekretär, ernstlich an die Beseitigung der gerügten Mißstände zu denken, weil sonst das Vertrauen zur Justiz völlig erschüttert werde. Unter Genosse Thiele trug ebenfalls zur Vervollständigung des von der Justiz selbst gelieferten, ihr eigenes Ansehen untergrabenden Materials bei.

Daß der regierende Zentrumsführer Spahn die Klassenjustiz leugnete und die Richter durch das sie umgebende Milieu zu entschuldigen suchte, schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß eben dieses Milieu in der Interessensphäre der Besitzenden und herrschenden Klassen liegt, die im Gegensatz zu den Interessen der wertvollen Klassen steht und eine unerbittliche, rein objektive Erfassung und Beurteilung der allgemeinen Verhältnisse verhindert. Eben aus diesem Milieu heraus wachsen alle die Verfehlungen der Justiz, die vor dem Forum der Gesetzgebung aufgedeckt werden müssen, soll anders der Gerechtigkeit nur einigermaßen Genüge geleistet werden.

Darum sind die Zusammenstöße zwischen der Opposition und der Regierung gerade auf diesem Gebiete die notwendige Begleiterscheinung einer im Massenstaate unvollkommenen Einrichtung. Die von der Regierungsbank geübte Geflogenheit, selbst äußerst marante Fälle unzulässiger juristischer Amtshandlungen entschuldigend zu decken, wirkt nicht bessernd, sondern umgekehrt. Ihr Bestreben geht ja auch als Sachwalterin der herrschenden Klasse auf die Vernichtung insbesondere der Strafrechtspflege als einer Waffe gegen das Proletariat. Naturgemäß muß dies Bemühen zur Erschütterung der Grundlagen einer unparteiischen Rechtspflege führen und Klagen über ihre Mängel auch bei der bürgerlichen Klasse selbst im Gefolge haben.

Der von Jahr zu Jahr reaktionärer und selbstgefälliger gewordene freisinnige Abgeordnete Lenzmann suchte die Beschlässe der Kommission zur Strafrechtsreform zu verteidigen, stieß aber auf starken Widerspruch auf den sozialdemokratischen Banken. Der Abgeordnete Müller-Weinigen ließ als Antipode Koerens seinem Unmut über die Verzweigung des letzteren freien Lauf.

Morgen geht die Beratung über den Justizetat weiter. —

Schulfragen im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Freitag die Beratung des Kultussetats beim Kapitel Elementar-Unterrichtswesen fort. Den interessantesten Teil der Debatte bildeten die Auseinandersetzungen einzelner Abgeordneter mit der Schulverwaltung

wegen der Ueberschreitungen ihres Schulaufsichtsrechtes. Unter Anführung zahlreicher Beispiele konnte der Abg. Cassel (fr. Vp.) darauf hinweisen, daß unter dem Ministerium Studt das Selbstverwaltungsrecht zu einer Bevormundung der Gemeinden ausgeartet sei. Die diesen die Freunde an ihren Schulen nehmen. Sogar die Abgg. Dr. Friedberg (natl.) und Frhr. v. Jedlich (freik.) pflichteten dem freisinnigen Redner bei und fanden scharfe Worte gegen das Verhalten der Regierung. Der Minister aber ähnelte dem bekannten Greise, der auf dem Dache sitzt und sich nicht zu helfen weiß. In seiner Verlegenheit ließ er durch seinen Ministerialdirektor erklären, daß ihm die meisten Fälle unbekannt seien und legte dann selber Verwahrung dagegen ein, daß die Abgeordneten rechtskräftig noch nicht entschiedene Fälle vorbringen. Mit Recht erwiderte ihm Abg. Dr. Friedberg, daß wenn man diesem Grundsatze folgen wollte, — überhaupt keine Fälle im Parlament beiprochen werden könnten, da doch nur bei der Staatsberatung dazu Gelegenheit gegeben sei. Wenn im übrigen Herr Friedberg als einer der Väter des Schulkompromisses Angst hat, die Regierung könnte durch ihre Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht die großen Gemeinden erbittern und infolgedessen das Zustandekommen des Schulunterhaltungsgesetzes in Frage stellen, so mag sich der nationalliberale Redner nur beruhigen: die von seinem Freunde Hadenberg inszenierte Auslieferung der Schule an die Kirche wird vollendet werden. Die schwachen Protestrufe der Bourgeoisie werden verhallen, und das Proletariat hat in Preußen nichts zu sagen. Mit nationalliberaler Gültigkeit werden die Konservativen und die Merkmalen die Verpfaffung der Volksschule besorgen.

Des weiteren unterhielt man sich kurze Zeit über die wichtige Frage der Schulaufsicht. Es ist bekannt, daß die Konservativen und das Zentrum unbedingte Anhänger der geistlichen Schulaufsicht sind, während die Linke und die Freikonserverativen für die weltliche Schulaufsicht eintreten. Diesen Standpunkt wahrten die Redner der verschiedenen Parteien auch bei der diesmaligen Staatsberatung, und auch die Regierung erklärte ausdrücklich, daß unter den heutigen Verhältnissen die geistliche Schulaufsicht nicht zu entbehren sei. Von Herrn Studt kann man natürlich etwas anderes nicht erwarten.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Erörterung der Frauenfrage, wenn man das oberflächliche Gerede für und gegen das Frauenstudium, für und gegen die Gewährung des allgemeinen Stimmrechts an die Frauen überhaupt so nennen darf. Die Regierung plant bekanntlich eine Reform des höheren Mädchenschulwesens, sie hat außerdem ihre Genehmigung zur Einrichtung von Gymnasialkursen für Frauen an einigen Orten erteilt, und aus diesem Grunde wurde ihr von konservativer Seite der Vorwurf gemacht, sie weiche vor der Frauenbewegung zurück. Arme Regierung! Ein so unbedingter Vorwurf ist gegen sie noch nie erhoben worden, und es ist geradezu unbegreiflich, wie es möglich ist, daß die preussische Regierung in den Verdacht geraten kann, für irgend einen Fortschritt einzutreten. Daß bei der Debatte nichts nennenswertes herausgekommen ist, bedarf keiner besonderen Betonung.

Am Sonnabend wird die Beratung des Kultussetats fortgesetzt.

Aus dem Sultanat Jesko v. Puttkamer.

Die viel besprochene Petition der Altwahlklinge an den Reichstag und Reichsanwalt stand endlich gestern in der Budgetkommission zur Beratung. Die Petition erhebt schwere Anklagen gegen das System Puttkamer und behauptet, die Altwahlklinge würden gequält, ja bishisch behandelt. Die Hauptlinge bitten daher, Jesko v. Puttkamer mit all seinen Amtsmännern und Richtern aus der Kolonie zu entfernen und dafür Konsulate einzurichten. Die Petition enthält auch 24 detaillierte Anklagen über das Puttkamerische Regiment. Als Jesko v. Puttkamer von dem Wortlaut der Petition Kenntnis erhielt, stellte er Strafantrag, und 22 Hauptlinge als Petenten wurden verhaftet, am 6. Dezember v. J. zu insgesamt 27 Jahren und 6 Monaten Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt; darunter der Oberhauptling Dika Kwa zu neun Jahren, zwei andere Hauptlinge zu sieben bzw. einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis. Die übrigen Petenten erhielten je drei Monate Gefängnis. Das Bluturteil gegen die Hauptlinge hat allgemeine Empörung hervorgerufen, so daß die Kolonialverwaltung trotz der ihr zuteilenden Befugnis das Urteil aufhob und die mit drei Monaten Gefängnis bestrafte Hauptlinge aus der Haft entließ, ferner die Angelegenheit einem anderen Gerichtshof zuteilte. Jesko wurde nach Deutschland zurückgerufen, um sich zu rechtfertigen. Es liegt bekanntlich auch ein schriftlicher Versuch dazu vor, worin Herr Jesko erklärt, auf die Gerichtsverhandlung habe er keinen Einfluß gehabt, und über das Urteil sei niemand erstaunt gewesen als er selbst. Herr Jesko ergeht sich des weiteren in recht schwach substantiierten Anklagen über den Altwahlklinge, redet viel von Empörung und Aufsehnung gegen Deutschland und sagt zum Schluß wirklich folgendes:

... Es erscheint mir nicht zweckmäßig, das Urteil unzu stoßen und die Sache einem anderen Richter zu überweisen; das würde die Stellung des Bezirksrichters schwer erschüttern und die Rechtsbegriffe der Bevölkerung verwirren und auch sonst üble Folgen haben. Ich kann nur vorschlagen, ... das Strafmaß etwa von neun auf zwei Jahre, von sieben auf ein Jahr, die übrigen Strafen entsprechend herabzumindern ...

Weiter verlangt Jesko, daß der Sohn des Dika Kwa, der zurzeit in Altona wohnt und schon vielfach genannt worden ist, nach Kamerun zurückbefördert wird.

Vor Eintritt in die getriggen Verhandlungen in der Kommission gab namens der Regierung Erbprinz Hohenlohe folgende Erklärung ab:

Der Vorschlag des Gouverneurs, die Strafen von hier aus herabzusetzen und das Urteil mit dieser Maßgabe zu bestätigen, erschien nicht annehmbar, da das vorliegende Material nicht ausreichend ist, um eine der Sachlage nach allen Richtungen hin gerecht werdende Entscheidung zu treffen. Der Möglichkeit gegenüber, eventuell eine unrichtige Entscheidung zu fällen, mußten die Folgen einer Umstufung des Urteils, die hier durchaus nicht vernachlässigt werden, als das kleinere Uebel erscheinen. Auch der Gouverneur hat sich bei nochmaliger Prüfung dieser Ansicht nicht ver schlossen können.

Das Urteil selbst war wegen der Höhe der erkannten Strafen und aus juristischen Gründen nicht haltbar. Insbesondere hat der Richter ohne jede Begründung eine Reihe verschiedener Fälle angenommen, während doch anscheinend nur eine einzige beleidigende Handlung vorliegt. Ferner ist die Frage der Unwendbarkeit des § 103 A. St. - G. - B. in den Fällen der einfachen Beleidigung nicht zur Erörterung gelangt.

Die Freilassung der dreimonatigen Gefängnisstrafe Verurteilten konnte nach Aushebung des Urteils in Uebereinstimmung mit dem Vorschlage des Gouverneurs unbedenklich erfolgen. Dagegen war die Befreiung der fünf zu längeren Freiheitsstrafen verurteilten Hauptlinge in Haft unbedingt erforderlich, um zu verhüten, daß

Weswegen sich einer nochmaligen richterlichen Untersuchung durch die Pflicht, die bei den Verhältnissen in Kamerun außerordentlich leicht zu bewerkstelligen ist, entziehen.

Was nun die Beurteilung der Beschwerden selbst vom Standpunkte der Verwaltung anlangt, so bin ich zurzeit nicht in der Lage, zu den Beschwerden endgültig Stellung nehmen zu können. Einmal bedürfen, wie ich bereits vorher erwähnt habe, einzelne Punkte noch der weiteren Klarstellung, die nur im Schutzgebiete selbst erfolgen kann, andererseits aber muß, da die ganze Angelegenheit sich im Stadium des richterlichen Verfahrens befindet, zunächst dessen Ausgang abgewartet werden.

Der Abg. Kalkhof (Z.) übt als Referent Kritik an dem Prozedere gegen die Häuptlinge. Zur Verurteilung habe man die schärfsten Bestimmungen herangezogen, die der Schutz des § 193 des St.-G.-B. aber vorgibt. Auch die Kolonialfrage scheint nur mangelhaft gelöst worden zu sein. Das Urteil sei um so befremdender, weil der Gerichtshof die Mehrzahl der Beschwerdepunkte in der Petition gar nicht bestritt. Wenn Studium des Aktenmaterials komme man zur Überzeugung, daß das Urteil sich auf Wahnelemente aufbaue, die in der Verhandlung gar nicht festgestellt worden sind. Wenn der Gouverneur richtig verfahren wollte, müßte er gegen sich und die mit angeklagten Beamten ein Disziplinarverfahren beantragen, statt Strafantrag zu stellen. Im deutschen Volke erwarte man, daß diese Angelegenheit gründlich erörtert werde. Prinz v. Hohenlohe machte Angaben über das Verhalten der Kolonialverwaltung, die nichts von der Erhebung der Anklage und von der Verurteilung gewußt habe. Die Strafprozedur sei in den Schutzgebieten nicht eingeführt, weil das einfach unmöglich sei.

Abg. Kopsch wies darauf hin, daß die Abwaleute schon im Jahre 1902 eine Deputation nach Deutschland geschickt haben, unter der Führung Dita Alwa, um sich über das Puttkamerische Regiment zu beschweren.

Die Deputation sei von der Regierung mit dem Trost entlassen worden, es wird schon alles in besserer Weise erledigt werden. Heute aber sind die Abwaleute überzeugt, daß es nicht besser, sondern viel schlimmer geworden ist, wie aus einem Brief hervorgeht, den Dita Alwa an seinen Sohn in Altona geschickt hat. In dem vom Abg. Kopsch vorgelesenen Brief wird gesagt, die Regier wollen lieber sterben, als noch lange die Behandlung erdulden, die ihnen zuteil wurde. Die Gefahr eines Aufstandes drohe, obwohl die Abwaleute gut lasserreu seien. Ditas Sohn antwortete mit dem Rat, die Häuptlinge möchten sich an den Reichstag und Reichsanwalt wenden. Wenn der Kaiser die Wahrheit erfähre, werde er schon einschreiten. Abg. Kopsch beauftragte weiter den Puttkamerischen Rechtfertigungsversuch, der Widersprüche auf Widersprüche enthalte und sogar auch die bestirte Behauptung aufstelle, die Petition sei in Deutschland veranlaßt bzw. verfaßt worden, während die Gerichtsakten Klipp und klar ergeben, wie die Petition zustande kam, nämlich bei Zusammenkünften der Häuptlinge.

Die sozialdemokratischen Mitglieder stellten den Antrag, die noch inhaftierten Häuptlinge unverzüglich auf freien Fuß zu setzen.

Der Abg. Dr. Arendt hielt eine vom höchsten staatsanwaltschaftlichen Eifer befehlte Anklage gegen die Häuptlinge und gerierte sich nebenbei als freiwilliger, aber sehr unbrauchbarer Regierungskommissar. Der vom Abg. Kopsch vorgetragene Brief scheint eine grobe Täuschung zu sein, denn die darin enthaltenen ungläublichen Großsprechereien können gar nicht aus dem schnapsumflorten Gehirn des Dita Alwa kommen, der überhaupt ein heruntergekommenes und verroffenes Individuum sei. Für ein Glas Schnaps sei jeder Regier für alles zu haben, mit Ausnahme des Häuptlings Manga Bell. (Manga Bell ist ein Intimus des Jesu von Puttkamer und jezt so regierungstreu, daß er jedem hurrapatriotischen Verein in Deutschland zur Hölle gereichen könnte. Früher war aber Manga Bell englandfremdlich und ist deswegen einmal zu zwei Jahren Deportation verurteilt worden.) Herr Dr. Arendt gab ferner die Ansicht zum besten, daß der Reichstag gar nicht über die Petition zu verhandeln brauche, denn sie sei nicht unterschriftlich beglaubigt. (Die Petition ist von Dita Alwa diktiert, von einem des Schreibens kundigen Regier niedergeschrieben und von den Beamten durch Kreuze unterzeichnet worden.) Schließlich versuchte Dr. Arendt, die Kommission mit der aufstrebenden äthiopischen Bewegung in Afrika gaulich zu machen und propagierte allen Ernstes den Vorschlag, Puttkamer solle wieder auf seinen Posten zurückkehren, damit die Regier nicht glauben, eine Petition von ihnen breche dem Gouverneur den Hals. Sei Puttkamer wieder einige Zeit in Kamerun gewesen, dann könne man ihm den Prosch machen, wenn das nötig werde.

Geheimrat Dr. Seif erklärte, daß die Beschwerden der Abwaleute sicherlich ihren Grund auch darin haben, daß der ihnen feindliche Stamm der Belleute von der Regierung vorgezogen werde. Aber die Belleute seien eben sehr ergeben und viel besser, auch weiter in der Entwicklung fortgeschritten. Abg. Ledebour führt aus, der Herr der Angelegenheit sei schmäder Amismitbrau, begangen durch die Beamten in Kamerun. Von diesem Gesichtspunkt aus müsse die Petition behandelt werden. Die unverzügliche Entlastung der Häuptlinge sei ein Gebot der Gerechtigkeit. Die weitere Beratung der Angelegenheit wird in der nächsten Sitzung erfolgen, die am Montag abgehalten werden soll.

Deutsches Reich.

Die Kapital — die Proletariat!

Die „Königsberger Volksztg.“ ist in der Lage, ein Zirkular zu veröffentlichen, das das Königsberger „Schutzkomitee für durchreisende russische Juden“ an die übrigen deutschen Schutzkomitees versandt hat. Das überaus charakteristische Schreiben lautet:

„Der Auswandererstrom von jungen Leuten, welche verchiedentlich sogar mit jungen Mädchen, angeblich Frauen, erscheinen, nimmt täglich stärkere Dimensionen an.

Nach unserer Sichtung gehören die Ankömmlinge fast durchweg dem „Bund“ an und sind ganz gewissen- und charakterlose Leute, von welchen unsere russischen Glaubensgenossen über alle Mahen zu leiden haben. Die Beförderung derartiger Leute bedeutet nichts anderes, als eine Seuche überalshin zu verbreiten und unsere Glaubensgenossen anderer Länder in Gefahr zu bringen.

Wir haben daher beschlossen, die Unterstützung und Beförderung derartiger Elemente gänzlich auszuschließen und hoffen wir, daß Sie in gleicher Weise verfahren.

Mit Achtung

R. Perlmann.

Unser Königsberger Bruderorgan bemerkt zu dem Schreiben: „Der Brief spricht Wände. Ueber die Mädchen, die, um nicht von den Kofaken vergewaltigt und mit Nagalfahnen traktiert zu werden, als „angebliche Frauen“ fliehen, entrißtet man sich. Das ist satte Spieghermoral. Man blickt mit Verachtung auf jene Mädchen herab und dankt dem lieben Gott, daß die Töchter der deutschen Juden nicht so wie jene sind. Aber trotzdem sind die russisch-jüdischen Mädchen Heldinnen, weil sie zusammen mit den Männern den Zarismus bekämpfen. Und leichten Herzens trennen sie sich gewiß nicht von der Heimat, von den Eltern und Geschwistern, aber sie

fliehen, weil sie sonst dem Henker in die Hände geraten. Daß es sich um Kämpfer für die Freiheit des Volkes handelt, sagt ja das Schutzkomitee selber. Es meint, die Ankömmlinge gehören fast durchweg dem „Bund“ an. Gemeint ist damit der jüdische Arbeiterbund. Die Mitglieder dieses Bundes haben sich in hervorragender Weise an der Revolution beteiligt. Deshalb wird jezt auch Jagd auf sie gemacht und daher der immer stärker werdende Auswandererstrom.“

Dies Vorgehen des Königsberger Schutzkomitees ist ein trefflicher Beitrag zu dem blöden antisemitischen Märchen von der Verbrüderung der „roten“ und der „goldenen Internationale“. Die Mitglieder des Bundes sind Proletarier, revolutionäre Proletarier, und deshalb gelten sie dem beschneiten Kapital genau so als „gerissene und charakterlose Leute“, wie dem nichtbeschneiten Kapital!

Zur Wahlrechtsfrage in Sachsen.

Der freie Wahlausschuß der Zweiten sächsischen Ständekammer hat in seiner letzten Sitzung das Resultat der bisherigen Beratungen zu „Grundsätzen“ zusammengefaßt, denen die konservativen und nationalliberalen Ausschußmitglieder ebenfalls zugestimmt haben. Es soll nach diesen Grundsätzen keinem das Stimmrecht entzogen werden, der es jezt besitzt. Den Angehörigen der dritten Wählerklasse soll der Zutritt zur Kammer in größter, jedoch nicht in solcher Anzahl ermöglicht werden, daß dadurch — angesichts des Uebergewichts der Sozialdemokratie in dieser Klasse — eine „gedehliche Weiterführung der Staatsverwaltung erheblich erschwert oder unmöglich gemacht wird“. Unter diesen Voraussetzungen erachtet der Ausschuß, so heißt es weiter, ein allgemeines direktes und geheimes Wahlrecht mit Zusatzstimmen, bei dem mindestens das Alter, die Steuerleistung und die Bildung zu berücksichtigen sind, für das empfehlenswerteste. Für den Fall, daß sich der Durchführung eines solchen Systems unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, wünscht man ein System, wonach die Wähler nach der Steuerleistung oder nach sonstigen Grundsätzen in zwei Klassen geteilt werden und jede Klasse in besonderen Wahlkreisen die Abgeordneten erwählt. Einer dieser Vorschläge, auf den man sich für den Eventualfall stützt (System Dr. Wagner), geht dahin: Alle Wähler mit 1500 M. Einkommen wählen in den jetzigen Landtagswahlkreisen 82 Abgeordnete. Für die Wähler mit weniger als 1500 M. Einkommen (2. Klasse) werden 15 große Wahlkreise gebildet. In jedem Wahlkreise soll (jede Klasse für sich) ein Abgeordneter auf Grund des allgemeinen, direkten Wahlrechts erwählt werden. Danach sollen also die Besitzenden 82, die Besitzlosen und Rinderbemittelten 15 Vertreter erhalten. Ein ähnlicher Antrag Dpiz, auf den man sich für den Eventualfall ebenfalls stützt, will aber den Besitzlosen nur sechs Vertreter zugestehen, die lediglich in den drei größten Städten des Landes erwählt werden sollen. Im übrigen soll nach Dpiz alles so bleiben wie es ist.

Das Festhalten an der Drittelerneuerung der Kammer hat man für nötig erklärt und eine Vermehrung der Wahlkreise unter Umständen ausgeschlossen.

Durch diese Beschlüsse ist man auch nicht einen Schritt weiter gekommen. Was in den „Grundsätzen“ über das Pluralwahlrecht gesagt wird, haben die Nationalliberalen schon vor zwei Jahren betont. Die „Grundsätze“ haben den Fehler, daß ihnen gerade die wichtigsten Grundsätze fehlen. Denn über die eventuelle Ausgestaltung des Pluralwahlrechts sagt man so gut wie nichts. Die Hauptfrage ist hier aber doch, in welchem Maße die Stimmenhäufung eintreten soll. Da man darüber gar nichts vereinbart hat, ist die Zustimmung der Konservativen zum Pluralwahlrecht, auf die man so großen Wert legt, völlig bedeutungslos. Denn die Gegenfrage treten hier ja gerade dann zutage, wenn festgestellt werden soll, in welcher Weise und in welchem Maße die Zuteilung der Stimmen erfolgen soll. Was man aber für den Eventualfall plant, ist nicht weiter als ein etwas modifiziertes Klassenwahlrecht, durch das die Arbeiter mit einer minimalen Vertreterzahl abgefunden werden sollen. Auf jeden Fall will man sich zu nichts weiter verstehen, als das herrschende Wahlrecht in eine andere Form zu bringen, an Verfechtung der Wahlentziehung denkt ernstlich niemand von den bürgerlichen Parteien.

Genosse Goldstein hat bereits vor der letzten Sitzung seinen Austritt aus dem freien Wahlausschuß erklärt und dadurch schon nachdrücklich gegen die eingeleiteten Versuche protestiert, ein Wahlrecht in anderer Form durchzuführen. Die oben erwähnten Beschlüsse sind gegen die Stimme des Freistimmigen Günstler gefaßt worden.

Immer nobel!

„Die literarische Praxis“, eine Fachzeitung für Journalisten, Schriftsteller usw., nagelt in ihrer Nummer vom 1. dieses Monats ein eigenwilliges Verhalten der „Post“ fest. Das noble Blättchen soll in bestimmten Fällen Mitarbeiter zur Ermöglichung ihrer gerechten Honoraransprüche haben veranlassen wollen, indem mit dem Abbruch der Beziehungen gedroht wurde, falls das Verlangen der „Post“ nicht erfüllt werde. Die Versammlung, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, nahm folgende Resolution an:

„Der Verein hat mit Bedauern davon Kenntnis genommen, in welcher Art und Weise die Zeitung „Die Post“ sich in verschiedenen Fällen ihren Honoraransprüchen zu entziehen und die üblichen Honorare herabzudrücken versucht hat.“

Daß „Die Post“ die Gelder nicht „allzu dick“ hat, ist zwar eine alte Sache. Daß sie aber auf die oben geschilderte Weise an den Honoraren ihrer Mitarbeiter herummaniert, ist ebenso neu wie pikant. Gerade diesem Blatte gegenüber muß ein solches Gebahren scharf gekennzeichnet werden. Gehört doch nicht allzu viel Phantasie dazu, um sich auszumalen, was „Die Post“ zusammenschmiert hätte, wenn der — allerdings undenkbar — Fall eingetreten wäre, daß sie ein gleiches Verfahren einem sozialdemokratischen Blatte nachzuweisen imstande gewesen wäre.

Aber natürlich!

Die „Arbeitsbeziehung“ scheint es als ihre Aufgabe zu betrachten, für das wüste demagogische Geschimpfe auf die Sozialdemokratie, das die Leser in jeder Nummer über sich ergehen lassen müssen, diese dafür durch etliche logische Kurzweilbäume zu erheitern. In stichtiger Entrüstung legt sie in der letzten Nummer gegen den „Vorwärts“ los, weil dieser für alle Vergehen der Proletarier in erster Linie die Verantwortliche verantwortlich macht. Hocherfreut, eine funkelneluene Entdeckung gemacht zu haben, richtet das Blatt an uns die Anforderung, konsequenterweise für die Vergehen der Reichen ebenfalls die Verhältnisse als Ursache gelten zu lassen.

Aber natürlich sind wir so konsequent! Wir sind sogar noch konsequenter! Weil wir in beiden Fällen, hier die Armut, dort den müßiggängerischen Reichtum, als Nährboden und Triebkraft der Vergehen und Verbrechen erkennen, wollen wir ja gerade die umgebenen Verhältnisse beseitigen, wollen wir sowohl die Armut, als auch den prassenden, übermütigen Reichtum abschaffen und dergestalt für Arm und Reich die Fallstricke fortträumen, über welche so viele stolpern. Hoeffentlich ist die „Arbeitsbeziehung“ nun mit uns zufrieden.

Preußen in der Welt voran!

Zu den trostlosen Zuständen auf dem Gebiete des preussischen Schulwesens liefert die „Berliner Volkszeitung“ folgende Beiträge: In Pfaffenborn, einem Ort zwischen Fürstenwalde und Beeskow, hat ein bejahrter Lehrer in einer Halbtagschule gegen 110 Kinder zu unterrichten. Die Gemeinde hat eine zweite Schulklasse eingerichtet und das Gehalt für den zweiten Lehrer bewilligt. Rumreicht petitioniert sie schon seit vier Jahren bei der Regierung in Potsdam vergeblich um die neue Lehrkraft!

Besonders schlimm steht es stellenweise in der Neumark. Die dreiklassige Schule in Rietzwerder mit 170 Kindern hat seit dem 1. Oktober 1905 nur eine Lehrkraft. Zum 1. April er. wird auch dieser Lehrer verjezt; ob für ihn Ersatz geschaffen ist, darüber verlanet noch nichts. In Pyrehne ist seit dem Herbst 1905 ebenfalls die zweite Stelle unbesezt; 160 Kinder müssen von einem Lehrer unterrichtet werden. Pyrehner-Holländer hat seit drei Jahren keinen Lehrer und Unter-Germin seit dem 1. Januar er. für 160 Kinder nur eine Lehrkraft. In Staffelde werden 263 Kinder in vier Klassen seit dem 1. Juli 1905 von zwei Lehrern unterrichtet. Carzig hat in sechs Klassen 255 Kinder, für die seit einem Jahre nur drei Lehrer vorhanden sind. Groß-Fahlenwerder hat bei 200 Kindern zwei und Klein-Fahlenwerder bei 100 Kindern einen Lehrer.

Da die Reaktion befürchtet, daß trotz alledem die proletarische Jugend zu aufgekält werden könnte, will sie durch die Verpflanzung der Volksschule deren Niveau noch weiter herabdrücken! —

Ein „sozialdemokratisches“ Urteil. Im „Plutus“ vertritt der Herausgeber in der Frage des deutschen Handelsprovisoriums mit Amerika einen Standpunkt, der sich mit dem der zollhungerigen Agrarier deckt. Der Unterschied besteht nur in einer teilweise anderen Argumentation. Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt das Urteil des „Plutus“ schmunzelnd ad notam und fragt: „Was werden zu dieser Kritik die Genossen sagen, die im Reichstage nicht nur für das Provisorium gestimmt, sondern es auch am wärmsten befürwortet haben?“

Die Genossen sagen: das was der „Plutus“ schreibt, ist für die Sozialdemokratie genau so unverbindlich, wie das, was z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ von sich gibt.

Eine Werkstattbesprechung eine „öffentliche Angelegenheit“.

In Oberhausen standen vor einigen Monaten die Arbeiter der Beckerischen Glasbläse wegen Lohnbifferenzen mit ihrem Arbeitgeber auf Kriegsfuß. Da etwa zwei Fünftel der in Betracht kommenden Arbeiter „christlich“ und zirka drei Fünftel freigezelliglich organisiert waren, so konnte selbstverständlich der eine Teil der Arbeiter ohne die Solidarität des anderen Teiles nichts unternehmen. Zwecks gegenseitiger Verständigung über das Vorgehen wurde daher eine Werkstattbesprechung einberufen, zu der seitens des „christlichen“ Arbeiterverbandes der Bezirksleiter Kott und seitens des Glasarbeiterverbandes Arbeitersekretär Thielhorn als Bevollmächtigte delegiert waren. Diese lediglich aus Angehörigen des Glasbläsenbetriebes bestehende Zusammenkunft, die sich nur mit den im Betriebe herrschenden Mißständen befaßte, wurde plötzlich polizeilich aufgelöst — im Namen des „Gesetzes“ natürlich! Welches Gesetzes, darüber schweigen sich wie gewöhnlich die Polizeibeamten aus. Ein Strafmandat von je 30 M. für die beiden Verbandsbevollmächtigten, für den Wirt, in dessen Lokal die Besprechung stattfand und für den Vorsitzenden der Zahlstelle war die Folge. Selbstverständlich wurde gegen die polizeilichen Strafmandate richterliche Entscheidung anrufen. Diese ist denn auch vor einigen Tagen vom Schöffengericht in Oberhausen dahin erfolgt, daß der Einspruch verworfen und die Strafmandate somit bestätigt wurden. Natürlich ist damit die Sache nicht erledigt, sondern es wird die höhere Instanz angerufen, aber die Vergründung des schöffengerichtlichen Urteils ist doch derart, daß sie verdient, festgehalten und der Vergegenständlichung zu werden. Die lauschartige Dehnbarkeit der Urteilsbegründung eröffnet geradezu wunderbare Perspektiven auf dem Gebiete der Jurisprudenz.

Die Beurteilung wird damit begründet, daß zwei Polizeibeamte hinter den Saalfenstern gestanden und gehorcht und dabei gehört haben wollen, daß jemand im Saale gesagt habe, die Anwesenden möchten sich alle der Organisation „anschlüssen“, an der Organisation „festhalten“ oder „so etwas ähnliches“.

Nun debuziert das Schöffengericht in Oberhausen so: „Wenn auch die Verammlung von Anfang an den Charakter einer privaten Werkstattbesprechung getragen haben möge, so sei doch einwandfrei durch die Polizeibeamten festgestelt, daß in der Zusammenkunft auch über Organisationsfragen gesprochen sei. Schon hierdurch habe die Zusammenkunft den privaten Charakter verloren! Denn: das Kammergericht habe entschieden, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter auf „öffentliche Angelegenheiten“ einzuwirken suchen, ergo sei die Besprechung von Organisationsangelegenheiten ebenfalls eine — öffentliche Angelegenheit!“

Abgesehen davon, daß in der Zusammenkunft die „Erörterung von Organisationsfragen“ überhaupt nicht erforderlich war, weil sämtliche Glasbläsenarbeiter längst organisiert waren, ist auch schon deshalb die Urteilsbegründung eine geradezu ungeheuerliche, weil die Polizeibeamten ihre unsicheren Bekundungen auf Wahnelementen stützen, die sie von der Strafe aus bei geschlossenen Fenstern erborcht haben wollen. Wenn schon die bloße Nennung des Wortes „Organisation“ oder „so etwas ähnliches“ eine öffentliche Angelegenheit darstellt, dann können wir ja in eine Rechtsprechung hineingeraten, die überhaupt nicht ausgedenken ist.

Moronga abermals entkommen.

Zur Lage auf dem südwestafrikanischen Kriegsschauplatz meldet ein „Lassan“-Telegramm aus Kapstadt, 1. März: Moronga wurde bei einem Versuch, in Baroga zu landen, von deutschen Truppen umzingelt, nahm sich jedoch einen Ausweg. Er verlor dabei 20 Mann an Toten. In allen Kämpfen seit Oktober haben die Deutschen die deutschen Soldaten angegriffen. Im Westen von Swinanshoop ist Cornelius Herr der Lage. Zufahren können dieses Gebiet vorläufig nicht passieren.

Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt bis jezt noch nicht vor.

Ausland.

Ungarn.

Retrogene Betrüger.

Was voranzusehen war, ist eingetroffen. Die ungenen Maßregeln, welche bislang nur der ungarischen Arbeiterschaft gegenüber angewendet und von sämtlichen im Reichstage vertretenen politischen Parteien stets mit Genugthuung aufgenommen wurden, werden nunmehr auch den privilegierten Patrioten zu Gemüte geführt, deren stete Gleichgültigkeit gegenüber den arbeitereindlichen Maßnahmen gebührender gar nicht gerächt werden konnte!

Die „tatsendjährige Verfassung“ soll derzeit angeblich in Gefahr schweben! Dies konstatieren nämlich erst heute all jene, die doch stets daran gelegen war, daß diese Verfassung niemals zur Geltung gelange. Im großen Ganzen nämlich wäre die ungarische Verfassung gar nicht so schlecht. Wozu haben Merkantilismus und Feudalismus bisher stets mit dazu beigetragen, daß die Verfassung nicht beachtet wurde. Und eben diese Verfassung wollte die Regierung Fejervarys endlich — modernisiert — durchführen! Dieser lächerliche, gesechtigte Schritt hat aber bei den privilegierten Patrioten Mißfallen erregt. Statt daß sie ihre bei den letzten Wahlen abgegebenen Versprechungen einhielten, denen sie doch zweifellos ihren kolossalen Wahlsieg verdanken konnten, haben sie leichtfertigweise von der Einlösung jener Versprechungen Abstand genommen, und sie forderten

Reichstag.

55. Sitzung vom Freitag, den 2. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Niederding. Erster Punkt der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Ueberleitung von Hypotheken des früheren Reiches. Der Entwurf sieht, besonders mit Rücksicht auf Bayern, niedrige Uebergangsbestimmungen für das Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf dem Gebiete des Grundbuchsverfahrens vor und stellt den Einzelstaaten anheim, ob sie solche Uebergangsbestimmungen erlassen wollen oder nicht.

In zweiter Lesung wird die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Generaldebatte über den Justizetat. Abg. Kocern (Z.):

Wenn die Wortworte des Abg. Heine gegen den Richterstand auch nur zu 1/10 richtig wären, so müßte ich als Richter ja um Entschuldigung bitten, hier überhaupt noch den Mund aufzumachen. Aber wer zu viel beweisen will, beweist gar nichts. Leider sind die Hauptargumente unter den Richtern, die Herr Kollege Heine anführte, nicht mehr am Leben. Wenn insbesondere der Fall des Antiquars, der dem Referendar vorwarf, die Zeugnisauslagen zu protokollieren, bevor sie gemacht waren, wirklich so liegt, wie es Kollege Heine darstellte, so muß der Mann entweder verrückt oder ein Juchthändler gewesen sein. Ich bezweifle aber ganz entschieden, daß ein Richter sich irgendwie anders benimmt, wenn der Kollege Heine als Anwalt auftritt und wenn er nicht auftritt. Kollege Heine unterschätzt hier entweder die Richter, oder er überschätzt sich selbst, oder beides.

Dem Kollegen Abloh gegenüber muß ich feststellen, daß ich in meiner Rede neulich eine neue Verzerrung kurzweilig nicht für opportun erklärt habe. In der neulichen Debatte ist der „Simplizissimus“ vom Kollegen Dr. Müller-Reinigen als das vielleicht geistreichste Blatt Deutschlands bezeichnet worden. Ich konstatiere demgegenüber, daß das absperrende Urteil über den „Simplizissimus“ in der ganzen gebildeten Welt feststeht. (Große Heiterkeit links.) Wenn aber der Kollege Heine den „Simplizissimus“ als eine nationale Erziehungsgesellschaft gepriesen hat, so müssen und solche Neuherungen dem Auslande gegenüber geradezu bloßstellen. Ein Blatt, das, um geistreich zu sein, zum Schmutz und zur Bete greifen muß, das sich geradezu zu einer Kloakengrube der schmutzigen Erzeugnisse Deutschlands gemacht hat, sollte nicht geduldet werden. Ich lege hier die schweinfischen Bilder, welche in dem monströsen Wüthener Prozesse als nicht strafbar bezeichnet wurden, auf den Tisch des Hauses nieder, und ich bitte die Herren Kollegen, sich selbst von ihrer Gemeinheit zu überzeugen. (Die Abgeordneten umlagern in dichten Haufen den Tisch des Hauses und machen sich gegenseitig auf besonders bezeichnende Bilder aufmerksam. Insbesondere die Abgeordneten des Zentrums zeigen großes Interesse für den Gegenstand.)

Abg. Dr. Wollau (natl.): Dem Antrag Müller-Reinigen auf Diätengewährung an Schöffen und Geschworene können wir nur zustimmen. — Was die Ausführungen des Herrn Kocern betrifft, so wiederhole ich, daß wir die Bestimmungen des § 184 für ausreichend erachten, aber zugeben, daß besonders in letzter Zeit diese Bestimmungen nicht so ausgeübt werden, wie es möglich wäre. — Redner tritt des weiteren für besondere Gerichtsstände für jugendliche Verbrecher ein. — Ueber die Ausführungen des Herrn Abg. Heine muß wohl jeder unabhängig denkende Mann entsetzt sein. Was uns empörte, waren die Verallgemeinerungen, mit denen er die gewiß recht krafftigen Vorwürfe. Damit hat er die Wirkung seiner Neuherungen abgeschwächt. Was berechtigte ihn zum Beispiel, da er doch nur preussische Urteile vorbrachte, seine aburteilende Kritik ohne weiteres auch auf die badischen, bayerischen und hessischen Gerichte, die er gar nicht kennt, auszu dehnen? Wenn er Preußen kritisieren will, mag er sich doch in das preussische Abgeordnetenhaus wählen lassen! (Heiterkeit bei den Nationalliberalen, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk auf unrennen Richterstand wegen seiner gründlichen Vorbildung, Unbestechlichkeit, Unparteilichkeit und Gewissenhaftigkeit — Ausnahmen behält die Regel — stolz sein kann. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Niederding: Die Frage der Behandlung jugendlicher Verbrecher unterliegt unserer sorgfältigen Prüfung; ihre Regelung bildet einen integrierenden Bestandteil der Strafprozessrevision.

Abg. Dr. Bödler (Antif.) führt Beschwerde über die schlanke Behandlung, die seitens der Polizei, der Gerichte und Staatsanwälte seinem Parteigenossen Krödel in Preußen widerfahren sei. Redner greift insbesondere den Amtsanwalt, Polizeichef und Bürgermeister Dr. Weich in Preußen an, dem in öffentlichen Flugblättern die schlimmsten Dinge, auch in förmlicher Beziehung nachgesagt wurden. Leider sind ja gerade die Amtsblätter oft die größten Schmutzblätter. (Hört! hört! links) und das Preußische Amtsblatt ist es gewesen, das gegen den Abg. Krödel die schlimmsten Verleumdungen veröffentlicht hat. Natürlich eine ausländische Tänzerin in Deutschland, (Zuruf: Jadora!) die bekommt einen neuen Termin, wenn sie es will. Bodharte Leute behaupten, eine jede solche leichfertige Dame hätte ihren Clewold. (Stürmische Heiterkeit.) Unreiner aber wird von solch einer Obrigkeit mit Vorladungen bedacht, auf denen man noch nicht einmal mit „Herr“ angeredet wird. Der von der Stargarder Staatsanwaltschaft ständlichlich verfolgte Krödel wurde von der Bauernschaft zum Ehrenmitglied eines Vereins gewählt. Gegen einen reichen Juden wäre kein Steckbrief erlassen worden!

Präsident Graf Ballestrem: Jetzt gehen Sie zu weit. Sie beleidigen die Staatsanwaltschaft und ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Bödler (fortfahrend) kritisiert dann die Gefangenensbeschäftigung und Gefangenensbehandlung in Moabit, Bismarckstr. u. s. w.: Der Sanitätsrat Gaer, ohne Zweifel von jüdischer Abstammung, ist eine derartig hygienisch unzureichende Persönlichkeit, daß man nicht begreift, wie man ihn zum Anstaltsarzt machen konnte. (Weißal bei den Antisemiten.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Der Herr Abg. Heine hat Fälle vorgebracht, die mir als Süddeutschen ganz unglaublich vorkommen. Die von ihm behaupteten Verallgemeinerungen aber stehen durchaus im Widerspruch zu dem, was ich in meiner Praxis als Richter kennen gelernt habe. Ich habe noch nie bemerkt, daß sich ein Richter bei der Urteilsfindung von politischer Leidenschaft leiten ließe. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Dann muß es bei Ihnen im Norden anders sein als bei uns im Süden.

In der Institution der Schwurgerichte halten die freisinnigen Parteien, wie ich erklären kann, unter allen Umständen fest. Vor allem treten wir für die Ausdehnung ihrer Zuständigkeit auf Preußen ein. Hier Fehler der Justiz zu kritisieren ist jedenfalls verdienstvoller als liberale Beamte zu kritisieren, wie es Herr v. Dirksen leider getan hat. Von diesem Standpunkte aus muß man es auf das tiefste bedauern, daß doch Fälle vorkommen, in denen das Strafmaß so verschieden ausfällt je nach der sozialen Lage, und daß auch die formale Verhandlung vor Gericht sehr verschieden ist. In einem Artikel der „Dresdener Rundschau“, einem bürgerlichen Blatte, für dessen Tendenzen ich an sich nicht viel übrig habe, war bedauert, daß bei der Thronbesteigung des neuen Königs keine Amnestie erlassen und daß die Zivilliste in einer Zeit erhöht wurde, in der das Volk bis zum Verbluten mit neuen Steuern bedacht würde. Wegen dieses Artikels wurden vier Monate als Strafe gegen den Redakteur erlaunt. Man darf also in Sachsen, wie der Fall Kalkshagen beweist, eher einen Menschen lebenslanglich zum Krüppel machen, als einen oppositionellen Artikel schreiben, an dem die Mehrzahl der deutschen Juristen kaum etwas Straffälliges finden würde!

Um das Flugblatt der Herren Ludwig Thoma, Gulbranson „Fort mit der Liebe“ zu verstehen, und über das sich Herr Kocern so aufregte, muß man wissen, daß es auf Veranlassung des Ausspruches jenes Exzentriker Wahn auf dem Pastorentag in Magdeburg: „Ganz Deutschland ist verbrüt“ erschien.

Aber sogar Diberots „Könne“ ist von einem deutschen Gericht konfisziert worden, jenes Werk, welches bereits vom Konfiskationspräsidenten Herber gepriesen wurde, und welches Goethe und Schiller als edles Kunstprodukt angesehen haben.

Den Herrn Staatssekretär aber möchte ich im Hinblick auf die jüngeren Angriffe auf das deutsche Richteramt ersuchen, alle Anregungen in bezug auf eine baldige Reformierung des materiellen wie des formellen Rechtes zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Wegen die Bilder in Mainz ist an sich nichts einzuwenden, aber sie sind an der Stelle ausgelegt, wo alle Kinder, die zum Dome gehen, vorbeigehen müssen. Das ist für uns das Bedenkliche. — Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Thiels-Galle (Soz.):

Daß die Richter wider besseres Wissen ihre Urteile abgeben, hat noch niemand behauptet. Wohl aber ist behauptet worden — und das muß aufrechterhalten werden —, daß temperamentvolle Richter sich zu leicht von den in ihrem Milieu herrschenden Anschauungen beeinflussen lassen und dadurch zu Urteilen kommen, die wir als Klassenurteile bezeichnen müssen. Es ist uns vorgeworfen worden, wir verallgemeinerten einzelne Fälle. Ganz mit Unrecht; wir haben noch nie behauptet, daß alle deutschen Richter Betrüger und Lügner seien, weil Flumenberg einer war. Wir haben nur betont: aus den vielen Einzelfällen ergebe sich, daß mehr oder weniger, namentlich in politischen Prozessen, eine Richtung zutage trete, die einer objektiven Rechtspredung fernbleiben sollte. Auch Herr Müller-Reinigen hat zugeben müssen, daß die Unzufriedenheit im Volke mit unserer Rechtspredung im Wachsen begriffen ist. Es ist Tatsache, daß das Volk sich der Rechtspredung gegenüber vollständig hilflos fühlt und daß Urteile ergeben, die seinem Rechtsempfinden direkt entgegenlaufen. Es ist sicher kein Zufall, daß unsere Justizdebatten von Jahr zu Jahr länger werden. Der Uebelstand liegt darin, daß man unsere Richter nicht auf ihre moralische Qualitäten und auf ihre Fähigkeit, objektiv zu urteilen, prüft, sondern nur auf ein gewisses Maß von Kenntnissen.

In Ansehung an die Ausführungen des Abg. Gerlach über die Vertrauenswürdigkeit der Zeugnisabgabe möchte ich folgenden Fall anführen: Im vergangenen Sommer stand in dem Saale, an dessen Redaktion ich mit tätig bin, ein Artikel, durch den sich jemand beleidigt fühlte, der gegen mich Privatklage erhob, obwohl ich nicht verantwortlich für den Artikel war, sondern ein Kollege. Nun wird mein Kollege als Zeuge vernommen darüber, ob ich den Artikel geschrieben habe. Er erklärt, er sei verantwortlich für den Inhalt der Nummer und übernehme diese Verantwortung. Grundfalsch würde er auch nichts darüber ausfragen, weil das eine ehrlose Handlung wäre. Darauf nimmt das Gericht ihn wegen Zeugnisverweigerung in 75 M. Strafe, und das Landgericht bestätigt auf eine Beschwerde hin die Strafe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn nach der Beendigung der Session das Verfahren seinen Fortgang nehmen wird, wird der Kollege einfach erklären, daß er der Verfasser sei und daß er deshalb mit Recht das Zeugnis verweigert hat. (Heiterkeit.)

In einem anderen Prozesse hatte eine Frau unter Eid in Abrede gestellt, den Witzzeugen gegenüber gewisse Neuherungen getan zu haben. Der Anwalt der Frau brachte meinem Kollegen drei Monate Gefängnis ein. Es wurde gegen die Frau Anzeige wegen Meineides erhoben, aber bis in die oberste Instanz das Verfahren abgelaufen, obwohl die anderen Zeugen bezeugten wollten, daß die Frau die von ihr geleugneten Neuherungen wiederholt und zu verschiedenen Personen getan hatte. Ein alter Kriegervereiner aber, der gegen ein schwachmütiges Mädchen sich förmlich schwer vergangen hatte, blieb gleichfalls von Verfolgung frei; auch der Oberstaatsanwalt ging nicht gegen ihn vor. Wenn man sich an die Meineidsprozesse in Götrow, Bromberg und anderwärts erinnert, die gegen Sozialdemokraten geführt worden sind, so glaubt doch niemand, daß in jenen anderen Fällen gleichfalls von der Verfolgung abgesehen worden wäre, wenn es sich etwa um Sozialdemokraten gehandelt hätte. Wer das glauben wollte, soll einen Taler bekommen. (Heiterkeit.)

Die Justiz scheint auch die Moden zu lieben. Nachdem jahrelang mit dem großen Unfugparagrafen der größte Unfug getrieben ist, bis wir endlich einen Damm dagegen aufgerichtet haben, kommen neuerdings die §§ 130 und 131 in Mode. Seit 32 Jahren besteht unser Strafgesetz. Niemand hat bisher daran gedacht, diese beiden Paragraphen in Fällen anzuwenden, wie es jetzt geschieht. In Mode zu kommen scheint auch das Verleibungsgesetz, auch dann aus § 185 angeklagt werden, wenn 186 angezogen werden müßte. Bei 185 liegt es allerdings im Ermessen der Richter, ob und inwieweit sie eine Verweissnahme zulassen wollen. Ein Kollege von mir sollte eine Vergewaltigung beklagt haben. Zweifellos hätte müssen, wenn einmal geklagt wurde, aus § 186 geklagt werden. Das Gericht tat das nicht. Es erkannte auf mehrere Monate Gefängnis wegen formeller Verleibung nach § 185, obwohl in Wirklichkeit von formellen Verleibungen in dem Artikel nicht die Rede sein konnte. Das Verlangen meines Kollegen auf Jugendvernehmung wurde damit abgelehnt, daß das Gericht veriprachte, alles was die Zeugen beweisen sollten, als bewiesen anzunehmen. Aber, meine Herren, wie kam ein Richter wissen, welchen Eindruck die Zeugnisausagen auf ihn machen werden?

Fortgesetzt und fast überall kommt es vor, daß Arbeiter, die einem Streikbrecher ein solches Wort gesagt oder einen Kniff verlegt haben, zu den härtesten Freiheitsstrafen verurteilt werden, während Studenten oder andere Angehörige der besitzenden Klassen selbst bei sehr schweren Verleibungen und Täthlichkeiten gegen Polizeibeamte mit geringen Geldstrafen davonkommen. Das ist Klassenjustiz. Auch auf dem Gebiete des Verwaltungswesens und der Polizei macht sich die Erscheinung der Klassenurteile geltend. Die Regierung wird nicht in der Lage sein, das zu verhindern; denn es liegt eben darin der Ausdruck unseres Klassenstaates. Wenn es zum Zusammenbruch unserer Gesellschaft kommen wird, dann wird die Untergrabung allen Rechtsempfindens durch die Gerichte eine große Rolle dabei gespielt haben. Die Regierung erweist sich selbst und der von ihr vertretenen Rechtsordnung den besten Dienst, wenn sie rücksichtslos gegen alle Justizbeamte vorgeht, die Objektivität in politischen Prozessen vernichten lassen. (Weißal bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Penzmann (fr. Sp.): Die Debatten beim Justizetat sind für die Richteristen so langweilig, daß ich auch als Jurist nicht das Wort ergriffen hätte, wenn meine Stellungnahme in der Reichsjustizkommission nicht zu lebhaften Angriffen gegen meine Person geführt hätte. Mein Kollege Müller-Reinigen hat vollständig recht, wenn er betont, daß die freisinnige Volkspartei in ihrer großen Mehrheit auf dem Standpunkte steht, daß die Schwurgerichte in der gegenwärtigen Form beibehalten werden sollen. Man hat mich wegen meiner persönlichen Abweichung in dieser Frage als Verräter an der Freiheit bezeichnet. Nun aber wird jeder, der meine politische Entwicklung kennt, davon überzeugt sein, daß ich sehr weit davon entfernt bin, die Freiheit zu verraten und daß ich mich höchstens mehr nach links hin entwickle, nicht aber nach rechts.

Ich habe mich bei aller Hochachtung vor den Herren v. Böttg und Dahl doch gewundert, wie diese beiden Autoritäten über die Kommission und ihre Arbeiten abgewartet haben. Ich wäre ganz gerne aus der Kommission ferngeblieben und hätte es für viel richtiger gehalten, wenn Herr Kollege Heine berufen worden wäre

oder der Herr Abg. Stadthagen. (Heiterkeit rechts.) Vielleicht hätte Herr Stadthagen in der Kommission seinen Vorschlag durchgeleitet, daß jeder Richter, der einen Zeugen nach seiner Konfession fragt, wegen Verstoßes der Verleibung zum Verneid ins Justizhaus gesteckt werden soll. (Große Heiterkeit.) Die Kommission hatte kein Geleg zu machen oder auch nur in Vorschlag zu bringen, sondern die Regierung darüber zu unterrichten, wie man in Sachkreisen über die strittigen Fragen denkt.

— Ich bin heftig angegriffen worden, weil ich mich für die Verwandelung der Schwurgerichte in große Schöffengerichte ausgesprochen habe. Ich will aber keineswegs mit dem bewährten Grundgedanken der Schwurgerichte — der überwiegenden Teilnahme des Laienelements — brechen, sondern diesen Grundgedanken vielmehr in lebensfähiger Weise entwickeln. Ich bin aber überzeugt, daß diese Teilnahme im Rahmen des großen Schöffengerichts sich besser durchführen läßt als im Rahmen der Schwurgerichte. Ich möchte hier einmal einen Fall vorführen, der die Schattenseiten der Schwurgerichte beleuchtet. Der Fall ist etwas erotisch; es war ja aber heute schon so viel von erotischen Dingen die Rede, daß es auf einmal mehr nicht ankommt. (Heiterkeit.) Der Fall lag so: Ein Jude war angeklagt, an einem blödsinnigen Mädchen Notzucht verübt zu haben. Der Angeklagte machte den Einwand, er habe gar nicht gewußt, daß das Mädchen blödsinnig sei. Da gab der Richter folgende Rechtsbelehrung: Wenn ein deutsches Mädchen sich von einem Juden geschlechtlich mißbrauchen läßt, so spricht in der Tat von selbst die Vermutung dafür, daß das Mädchen verrückt sein muß. (Heiterkeit.) Wenn einer von den Geschworenen auch nur halbwegs verständlich war, so mußte er dem Richter antworten, nicht das Mädchen, aber Sie sind blödsinnig.

— Der Kollege Heine erklärt, daß die Kommission keine nennenswerten Verbesserungen im Vorverfahren in Vorschlag gebracht habe. Das ist nicht zutreffend. Die Kommission hat z. B. die Rechte der Verteidigung bedeutend erweitert. Ueber die sehr bedeutsame Frage, die durch die bekannte Entscheidung des Kaisers in Sachen der französischen Karikaturensammlung wieder breunend geworden ist, ob Majestätsbeleidigungen ein Antragsdelikt sein sollen oder nicht, d. h. ob sie überhaupt oder nur auf Antrag zu verfolgen sind, können wir uns vielleicht gelegentlich des sozialdemokratischen Antrages auf Abschaffung des § 195 (Majestätsbeleidigungsparagraf) unterhalten. — Ein großer Fortschritt ist es auch, daß die Kommission verlangt, die Verhaftung wegen „Justizverstoßes“ müsse schriftlich begründet werden. Damit ist jüngeren Richtern, die sehr gern verhaften, ein Riegel vorgehalten. Auf dem Standpunkt, daß man lieber hunderttausend Schuldige laufen lassen als einen einzigen Unschuldigen unrecht tun soll, kann und darf man sich nicht stellen. Ich bin stolz darauf, daß wir im Westen keine Klassenjustiz kennen. (Widerspruch des Abgeordneten Stadthagen.) Herr Abgeordneter Stadthagen, Sie kennen ja den Westen nicht. Ich wiederhole: in Süddeutschland gibt es ebensowenig Klassenjustiz wie in Süddeutschland. Kam da einmal ein schneidiger Assessor aus dem Osten nach dem Westen und fungierte in einem Prozeß als Staatsanwalt. Als er in dieser Eigenschaft den Angeklagten fragte, ob er Sozialdemokrat sei, erklärte der Vorsitzende: „Wie kommen Sie zu dieser Frage? Die politische Stimmung tut nichts zur Sache. Uninteressant kann der Mann nur sein.“ (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Weiser Rede!) Nun — dann sind im Westen alle haben weiß. (Große Heiterkeit.) Ich habe alle diese Ausführungen gemacht, um zu betonen, daß ich meine Sonderstellung in der Frage der Schwurgerichte vor meinem Gewissen verteidigen kann, und daß ich kein Verräter an der Freiheit bin. Daß großes Vertrauen im Volke gegen die Strafrechtspflege herrscht, gebe ich zu. Deshalb wollen wir ja eine gründliche Reform der Strafprozessordnung, die nicht zu denken ist ohne Wiedereinführung der Berufung. Diese Berufung verlangt das Volk seit Jahrzehnten, daher dürfen wir an kleinen technischen Fragen — wie der des Schwurgerichts — die Reform nicht scheitern lassen. (Bravo! links.)

Abg. Krödel (Antif.) kommt zu seinen eigenen Fall, in dem er ständlichlich verfolgt wurde, zurück und bedauert unter Anführung einiger Fälle, daß man als friedlicher Mensch so leicht mit der Polizei in Konflikt geraten kann. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr.

Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung, Freitag, den 2. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Studt. Fortsetzung der zweiten Beratung des Kullinschals. Abg. Böh (natl.) führt Beschwerde, daß der Stadt Hannover das Recht der Verbrüderung genommen sei.

Abg. Cassel (fr. Sp.) bringt Beschwerden über Eingriffe des Provinzialschulkollegiums in die Selbstverwaltung des Berliner Schulwesens zur Sprache. Die Beschwerden gehen dahin, daß mitten im Semester Abberufungen von Lehrern erfolgen, ohne daß die Schuldeputation rechtzeitig unterrichtet wird; daß das Provinzialschulkollegium die Stadt Berlin drängt, disziplinarisch vorbestrafte Hülfsschüler fest anzustellen und schließlich, daß das Provinzialschulkollegium

das Behandeln Schillerischer Dramen, wie „Die Jungfrau von Orléans“ in den oberen Klassen der Berliner Gemeindeschulen verbietet

hat, die dort behandelt wurden, weil die Schüler aus den Mitteln einer Stiftung in die Aufführungen dieser Schillerischen Dramen geführt wurden.

Das Schulwesen kann nur gedeihen, wenn die Schulleitung nicht fortwährend bezwungen wird. (Weißal links.)

Ministerialdirektor Schwarzhoff: Die Schule ist eine Vermittlung des Staates, der die Aufsicht nicht aus der Hand geben kann. Es liegt der staatlichen Unterrichtsverwaltung aber fern, in die Rechte der Selbstverwaltung ungerichtet einzugreifen. Der letzte Fall ist der Zentralstelle nicht bekannt. Das eine kann ich aber schon heute sagen: Was an Verstoß in der Schule handelt wird, wird von der Unterrichtsverwaltung angeordnet. Darüber kann nicht von privater Seite befunden werden.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): In dem letzten vom Abg. Cassel erwähnten Falle hat die Schulaufsichtsbehörde es am nötigen Takt fehlen lassen, und es zeigt sich da eine gewisse bürokratische Ueberhebung.

Abg. Freiherr v. Beldin (H.) tritt für eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse zwischen Staatsaufsicht und Selbstverwaltung ein.

Abg. Cassel (fr. Sp.): Wir bringen die Beschwerden hier vor, weil uns ein anderes Mittel zur Abhilfe nicht zu Gebote steht. Auf dem Instanzenwege erhalten wir keine Abhilfe. Die Berufung des Ministerialdirektors verfehlt aber die Sache.

Unsere Beschwerde richtet sich gegen die Behandlung der städtischen Schuldeputation, von der verlangt wurde: Es müsse der Aufsichtsbekörde mitgeteilt werden, was in der Schule gelesen werden solle. Die Leiter des Berliner Schulwesens sind Mannes genug und wohl geeignet, selbst zu entscheiden, welche Stücke ausgewählt werden sollen. Sie brauchen nicht auf Schritt und Tritt von Männern überwacht zu werden die keine höhere Bildung haben als sie selbst. (Sehr richtig! links.) Aus der Schulaufsicht darf keine Bevormundung der Schule werden.

Minister Dr. Studt bestreitet, daß es der Berliner Schuldeputation unmöglich sei, auf dem Instanzenwege Abhilfe auf Beschwerden herbeizuführen, und protestiert dagegen, daß das Abgeordnetenhaus zum Gericht über noch nicht rechtskräftige Fälle aufgerufen wird. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Friedberg (natl.): Der Minister mag über Fälle, die noch nicht endgültig entschieden sind, Schweigen beobachten; wir Ab-

Ein Kulturbild aus Rheinland-Westfalen.

In welcher unglücklicher Weise das Kapital mit seinen Lohn-
sklaven umspringt, darüber gibt nachstehender Bericht aus dem Reiche
der rheinisch-westfälischen Industriefürstlinge ein anschauliches Bild: In
Kettwig an der Ruhr über der Textilstadt W. Scheidt in
jeder Beziehung eine fast absolute Herrschaft aus. In
seinem Reiche sind kürzlich mehrere Sendungen Oester-
reicher, Italiener und Deutsch-Russen als frische
Ware zum Schutze der — nationalen Arbeit eingetroffen. Die
Deutsch-Russen, Spinner und Weber aus Lodz, sind durch Vermittel-
lung des evangelischen Pastors Koenig, früher in Konstantin, jetzt
in Belowitz, nach dem Ruhrrevier importiert worden. Durch
massenhaft verbreitete Flugblätter und in Zeitungsinserten wurden
Leute gesucht, denen man gute und leichte Arbeit in
Deutschland versprach. Und der Leichtgläubigen, denen die
Vermittlerfähigkeit des Pastors als sichere Garantie dafür
galt, daß sie, den Werbungen folgend, einer besseren
Zukunft entgegen gingen, fanden sich in Menge. Zwecks Deckung
des ersten Kosten verkauften viele von ihnen alles, was nur eben
verfüglich war. Um dem Vater die Reise ins — gelobte Land zu
ermöglichen, mußten sich die Familienmitglieder in manchen Fällen
des Notwendigsten entäußern. Die Reise bis Ostrowo verbrachte
fast alle Barmittel, mancher hatte sogar den Rod vom Leibe ver-
kauft. An der Grenze waren ihnen die Pässe abgenommen, nun
waren sie frei wie der Vogel in der Luft!

In Ostrowo nahm sich der „Verein für deutsche Rückwanderer“ —
Liebesvol der Ärmsten an, sie wurden versorgt und — damit nicht
das bittere Gefühl der Armut in ihnen stark werde — wurde ihnen
mitgeteilt, daß ihnen für jeden Verpflegungstag später 1,25 M. vom
Lohne gefürzt werde. — Welche Gefühle solcher Jartimm auslöste,
läßt sich denken!

Später ging die Reise weiter nach — Vochum in Westfalen. Dort,
in der G u t s t a h l f a b r i k des Vochumer Vereins brachte man die
Leute unter, denen als Textilarbeiter die hier verlangte Beschäftigung über
die physischen Kräfte ging. Bald stellten sich Gliedererschwellungen und
andere Beschwerden ein, sodas die Rekrutenordnen die Arbeit wieder
einstellen mußten. Da sie bares Geld nicht in die Hände bekamen,
mußten sie am Tage der Abkehr um die Gnade betteln, die Nacht
noch in der Fabrikmenage, wo sie untergebracht worden waren,
zubringen zu dürfen, um nicht obdachlos auf der Straße
zu liegen. Am nächsten Tage wurden die armen
Menschen durch Vermittelung eines Herrn Reubaus in Vochum der
Firma Scheidt in Kettwig überwiesen. Hier durften sie zunächst für
einige Tage auf einer Diele im Strohdachlager aufgeschlagen.
Kollektibeante gaben ihrer Enttäuschung über eine solche Art mit
Menschen umzugehen, lebhaften Ausdruck. Die Firma Scheidt zahlte
den Leuten, die teilweise eine zahlreiche Familie in der Heimat
zurückgelassen haben, Stundenlöhne von — 23 Pf. Um
von diesen horrenden Löhnen doch noch etwas zu erkränken, leben
die armen Teufel durchgängig von trockenem Brot und Kartoffelsuppe.
Einer von ihnen zog es vor, nach sechstägiger — Beschäftigung
bei der Wohlfahrtsfirma Scheidt, das Colorado zu verlassen und bei
einem Bauern als Knecht einzutreten. Die Firma verlangte von
ihm in rührender Bescheidenheit 35 Mark Schadenersatz
wegen Kontraktbruchs und hielt als PreSSION gegen Recht
und Gesetz sogar mehrere Tage die Invalidenkarte zurück. Und an
Energie läßt es die Firma in dem Streben, die armen Teufel auf
irgend eine Weise als Profitquelle zu benutzen, nicht fehlen. Einen
Befindebermieter beglückte sie jetzt mit folgendem Schreibebrief:

Herrn ... Kettwig (Ruhr)

Wie ich höre, haben Sie einen der von mir* engagierten
Deutsch-Russen namens Hugo Fischbach verleiht anderweitig
Arbeit anzunehmen, obwohl Ihnen bekannt war, daß derselbe bei
mir in einem festen Arbeitsverhältnis stand. Ich fordere Sie
daher auf Grund des § 126 der Gewerbe-Ordnung hiermit auf,
den mir hierdurch entstandenen Schaden von 35 M. innerhalb
3 Tagen zu ersetzen, andernfalls ich gegen Sie klagen werde.

Achtungsvoll
J. W. Scheidt.

Die Figura zeigt, bei Herrn Scheidt können selbst unsere ost-
preussischen Junker noch lernen.

Aus dem Bericht der Essener Handelskammer pro 1904 ent-
nehmen wir über die Verhältnisse bei der Firma Scheidt noch
folgendes:

Die allgemeine Lage der Rammgarnindustrie hat sich ge-
bessert. . . . Die Beschäftigung darf im allgemeinen noch als eine
normale bezeichnet werden. Die Arbeitslöhne wurden wegen
Arbeitsmangel (!) um einige Prozent erhöht.

Die Zahl der Arbeiter betrug

	Ende 1904	im Vorjahre
männliche	325	356
weibliche	552	507
Knaben unter	32	37
Mädchen 16 Jahren	44	40
	953	940

Also obwohl die Gesamtzahl der Beschäftigten um 4 gesunken
ist, nahm die Zahl der männlichen erwachsenen Arbeiter um 31 ab,
die Zahl der beschäftigten Frauen dagegen stieg um 45. Da die
Frauen billiger arbeiten als Männer, braucht man nach der Ursache
der Veränderung nicht weiter zu forschen.

Wenn Herr Scheidt bei Stundenlöhnen von 8—23 Pf. die an-
geführte Schadenersatzforderung geltend machen kann, so muß ja
sein Profit ein gewaltiger sein. Daß der Arbeiter gar nicht fähig
war die Arbeit bei ihm fortzusetzen und deshalb be-
rechtigt war die Arbeit sofort einzustellen, geht schon daraus hervor,
daß sein Magen schon zu schwach war, die bei dem Vauer übliche
Kost anzunehmen. Ueberdies aber ist der Arbeitsvertrag wegen
der in demselben vereinbarten niedrigen Löhne ungültig, weil gegen
die guten Sitten verstoßend.

Wir erinnern unsere Leser an die vor wenigen Wochen von uns
geschilderte Herüberlodung russischer Glasmacher: es liegt in dem
wachsenden Hinüberziehen ausländischer, mit den Verhältnissen in
Deutschland unbekannter Arbeiter ein auf Schwächung der deutschen
Arbeiter, insbesondere auf Schwächung ihrer Organisationen ab-
zielendes System der „patriotischen“ Industriebatone.

Zum Arztstreik in Königsberg. Gestern teilten wir bereits
mit, daß das Landgericht in Königsberg am 28. v. M. zum Ausdruck
gebracht hat, daß von den Ärzten durch Einstellung ihrer lassen-
ärztlichen Tätigkeit Vertragsbruch an dem bis Ablauf des Jahres
verpflichtenden Vertrag begangen ist. Charakteristisch ist das
Zirkular, durch welches die Ärzte zum Vertragsbruch auffordern.
Es lautet:

„Sehr geehrter Herr Kollege!

Der Vorstand des Vereins Königsbergerer Ärzte macht Sie, Bezug-
nehmend auf das Rundschreiben vom 22. Februar und die letzten der
Versammlung vom 21. Februar gefassten Beschlüsse, nochmals darauf
aufmerksam, daß von Mittwoch, den 28. Februar 1906 Ihre lassen-
ärztliche Tätigkeit bei der Gemeinsamen Ortskrankenkasse aufhöret
und demgemäß von diesem Tage ab zu unterbleiben haben:

1. Jegliche Krankenmeldungen (sowohl von Mitgliedern der
Gemeinsamen Ortskrankenkasse, als auch von deren Ange-
hörigen) bei der Kasse.
2. Jegliche Verschreibungen über Erwerbsfähigkeit resp. Unfähig-
keit (Krankenbücher).
3. Verschreibungen von Arzneien, Heilmitteln, Wäber, Pflastern usw.
auf Rezeptformularen der Kassen (d. h. auf Kosten der Kasse).
4. Jegliche private Korrespondenz mit der
Krankenkasse und betrafte es auch ganz kurze
Mitteilungen.

Ferner werden Sie ersucht, bei der naturgemäß auf-
tretenden Unzufriedenheit der Kassemitglieder resp.
deren Angehörigen mit Ihrem pflichtgemäßen Vorgehen, diese

geordnete aber können und das Recht nicht nehmen lassen, solche
Fälle zur Sprache zu bringen.

Hiermit schließt die Vesperpredigt.
Beim Abschluß „Schulaufsicht“ empfiehlt
Abg. Hedenroth (L.), die geistliche Ortsschulinspektion beizu-
behalten.

Die Abgg. Dr. Dittich (Z.) und Geisler (Z.) sprechen in
demselben Sinne.

Abg. Ernst (fr. Vg.): Die Lehrer verkennen gar nicht, daß
sie viele Aufgaben mit den Geistlichen gemeinsam haben, sie können
aber verlangen, nicht unter ihnen, sondern neben ihnen zu
arbeiten.

Abg. Freiherr v. Zedlitz (H.): Für die schultechnische und
methodische Aufsicht müssen die Geistlichen ausgeschaltet werden.
Kultusminister Dr. Staudt: Wir halten daran fest, daß wir
zurzeit die Geistlichen bei der Schulaufsicht nicht entbehren können.

Beim Kapitel „Höheres Mädchenschulwesen“ bespricht

Abg. Dr. Krüger (L.) die Vorschläge der vom Kultusminister
gebildeten Kommission zur Reform des Mädchenschulwesens. Die
Vorschläge stellen ein Rückgehen gegenüber der Frauenbewegung
dar. Die Frauen würden das gelehrte Proletariat vermehren, die
Sozialdemokratie stärken und das aktive und passive Wahlrecht
fordern.

Kultusminister Dr. Staudt: Die Frauenemanzipation ent-
spricht der deutschen Eigenart nicht. An die Gleichstellung der
Frauen und die Gewährung politischer Rechte denken wir nicht;
auch die Verechtigungsfrage soll nicht entschieden werden.

Abg. Ernst (fr. Vg.): Den Hauptwert des Reformplanes
sehe er darin, daß vom Abc an bis zum Universitätsbesuch eine
einheitliche Regelung des Unterrichtes erfolge.

Abg. Metzger (natl.): Die Forderung des gemeinsamen Unter-
richtes für beide Geschlechter halte ich nicht für richtig.

Abg. D. Hadenberg (natl.): Wenn man befürchtet, daß durch
eine höhere Bildung die Frauen nicht zu guten Hausfrauen und
Müttern erzogen würden, so übersteht man doch, daß gerade die
Aufgaben der Hausfrauen und Mütter heute so sehr gesteigert sind.
Man soll doch die Frauen heute hineinführen in alle Probleme,
damit sie ihre Kinder wirklich führen und leiten können. (Unruhe
und Gelächter rechts. Beifall links.)

Der Titel „Mädchenschulwesen“ wird bewilligt.

Das Haus verläßt die Weiterberatung auf Sonnabend
früh 10 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Erbschaftsteuer.

Die Finanzreformkommission beschäftigte sich gestern mit der
Erbschaftsteuerentwurf der Regierung und zwar zunächst mit dem
§ 12, der den Betrag der Steuer betrifft, sowie dem dazu
vorliegenden, schon in Nr. 33 des „Vorwärts“ veröffentlichten sozial-
demokratischen Antrag. Ein von Dr. am Jahnhoff dazu gestellter
Antrag ist auf Veranlassung des Zentrums zurückgezogen worden.
Dr. am Jahnhoff (Z.) als Referent berichtet, daß die meisten der
eingegangenen Petitionen sich gegen eine Reichserbschaftsteuer richten,
einige dafür eine stärkere Steigerung der großen Erbschaften an entfernte
Verwandte usw. befürworten. Er verweist auf die englische Erb-
schaftssteuer, die etwa 300 Millionen Mark bringe, gerade so wie der
sozialdemokratische Antrag die Nachlassmasse besteuert und nicht wie
die Regierungsvorlage vorschlägt, den Erbschaftsanfall. Dadurch
entständen aber Härten und Ungerechtigkeiten, die bei Besteuerung
des Erbanalles vermieden würden. In Frankreich bringe die Erb-
schaftssteuer 200 Millionen Mark, jedoch sei zu berücksichtigen, daß
in Frankreich die Einkommen- und Vermögenssteuer nicht
so ausgebildet sei wie in Deutschland. Der Korreferent
Dietrich bringt den grimmigen Haß der Agrarier gegen eine Erb-
schaftssteuer zum Ausdruck, noch weitgehendere Veranschlagung des
Grundbesitzes befürwortend, als wie sie ohnehin schon in der
Vorlage gefunden hat. Die Erbschaftsteuer, meint er, sei schädlicher
wie die Einkommensteuer für den Grundbesitz. Entschieden wendet
er sich gegen den Antrag, der den Ehegatten und Kindern eine un-
erschwingliche Last aufbürde.

Genosse Bernstein bestätigt dem Referenten, daß der
Antrag dem englischen Erbrecht angepaßt sei; dies bestehe
seit 1890 und habe seit jener Zeit noch nie Anfang zu
irgendwelcher Milderung gegeben, ein Beweis, daß es sich be-
währt habe. Alle Bedenken, die von den beiden Referenten
dagegen erhoben werden, sind auch damals in England geltend
gemacht worden, ohne daß sie durch die Erfahrung bestätigt worden
wären. Der Antrag sei noch verbesserungsfähig in der Weise, daß
die Steigerung der Erbmassen von über 10 Millionen Mark noch
über 16 Proz. fortgeführt werden könne. Ein solcher Steuerfuß sei
nach der ganzen Natur unseres Wirtschaftslebens, das die Vermögens-
bildung bis ins ungeheuerliche ermögliche, durchaus nicht zu hoch.
An Stelle des Einzelkapitals ist das Kollektivkapital getreten, die
Aktiengesellschaften. Die alten Firmen verschwinden, gehen in Aktien-
gesellschaften über und diese führen zu der ungeheuerlichen Vermögens-
bildung. Diese müßten mehr zur Steuer herangezogen werden, als
es nach dem Vorschlage der Regierung möglich ist. Erfreulich sei,
daß der Gedanke, entfernte Verwandte als Intestatarben von der
Erbschaft auszuschließen, auch schon von konservativer Seite (Camp
und v. Damm) befürwortet sei und würde der vorliegende Antrag auch da-
rauf ausgehend werden sein, wenn nicht die Bestimmungen des Bürger-
lichen Gesetzbuches dem entgegenständen. Durch Annahme des An-
trages, der sich durch Einfachheit auszeichnet, werden eine ganze
Anzahl Bestimmungen der Vorlage überflüssig. Selbstverständlich
sei die Beseitigung aller Ausnahmen bezüglich der Steuerfreiheit
landbesitzlicher Familienerbschaften, weil diese keine Verechtigung
haben und der gesetzlichen Gleichheit widerspricht, ebenso wie die
Ausnahmebestimmung bezüglich des Grundbesitzes. Einbezogen
müßten ferner nach dem Antrage Mitgift und Schenkungen werden.
So werde hinreichend Geld genug zusammenkommen, um die kultur-
schädlichen indirekten Steuern auf Salz und Petroleum aufheben zu können
und alle anderen von der Kommission im Prinzip schon beschlossenen
Steuern auf Ansichtspostkarten, Zigaretten und Fahrkarten gänzlich
überflüssig zu machen, die sämtlich geeignet sind, große Erwerbs-
klassen zu schädigen, während die Besteuerung der Erbschaften ent-
sprechend dem Antrage niemand schädige. Die großen Vermögen
sangen an eine soziale Gefahr zu bilden, sie repräsentierten eine
große Macht in unserem Staatsleben, deshalb ist es notwendig, sie
durch eine hohe Steuer zu treffen. Es sei dies ein Akt steuer-
politischer Gerechtigkeit. Deshalb möge die Mehrheit den Antrag an-
nehmen, zumal er durchaus den Grundfragen der bürgerlichen Wirt-
schaftsordnung entspreche.

Der preussische Finanzminister v. Rheinbaben wendet sich
sehr entschieden gegen den Antrag. Er behauptet, die kleinen und
mittleren Vermögen würden dadurch am schwersten getroffen, und
verteidigt die von der Kommission beschlossene Ansichtlosensteuer.
Seine ganzen Ausführungen sind nicht nur gegen den Antrag,
sondern mindestens in dem gleichen Maße gegen die ganze Erbschafts-
steuer gerichtet.

Der Antrag wird von Dr. Wiemer (Freis.) bekämpft, der sich
für die Regierungsvorlage erklärt.

Der Reichshaussekretär v. Stengel bemächtigt sich in längeren
Ausführungen den Nachweis zu führen, daß die Erbschaftsteuer
nach der Vorlage nicht wie Dr. Wiemer gemeint hat, mit dem
Grundgedanke des indirekten Steuerwesens breche. Nach dem Reichsrecht
ist die vorgelegene Erbschaftsteuer als eine indirekte ge-
achtet. Der sozialdemokratische Antrag gehe über die gesteckte
Grenze hinaus, deshalb muß er abgelehnt werden. Müller-
Fulda (Z.), Raab (Antif.) und Dr. Becker (natl.) finden,
daß der Antrag die kleinen Leute am schwersten treffe, da er
schon eine Nachlassmasse von 2000 M. mit einer Steuer von 1 Proz.
treffe. Bei kleinen Nachlässen in großen Familien würde diese Steuer am
schwersten empfunden werden. Dr. Becker bindet der Kommission
auf, daß in seinem Wahlkreise die Arbeiter alle so hohe Löhne

erhalten, daß es ihnen in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich ist,
Vermögen von 2000 M. und mehr zu sparen, woher es auch komme,
daß so viele Hausbesitzer seien bezw. werden. Genosse Scherz
macht die Gegner darauf aufmerksam, daß es ihnen ja frei stehe,
Abänderungsanträge zu dem Antrage einzubringen, und gibt die
untersten Steuerstufen bis zu 5000 M. gern preis. Die Gegner
haben auch nicht beachtet, daß die Steuer auf Erbschaften
als Äquivalent die Aufhebung zweier drückender indirekter
Steuern biete und andere indirekte Steuern überflüssig mache.
Für M. 2 Belastung werden die Erben um M. 20 pro Jahr ent-
lastet. Bemerkenswert sei, daß gerade diejenigen Herren sich so sehr
über diese Belastung der unteren Klassen entrüsten, die unbedenklich
der viel schwereren Belastung mit den Zöllen auf Lebensmittel zu-
gestimmt haben. Die Zurückziehung des Antrages am Jahnhoff durch
das Zentrum läßt darauf schließen, daß diese der Furcht vor einem
Sturm der Entrüstung der Besitzenden entsprungen sei.
Die Weiterberatung wird auf heute vertagt.

Wüfings Wahl beanstandet.

Im Wahlkreise Schwerin-Wismar sind bei der Nachwahl
am 23. November 1904 24 668 Stimmen abgegeben worden, davon
erhielten Antrid (Soz.) 10 500, Wüfing (natl.) 7034, Dade
7033 Stimmen; bei der Stichwahl siegte Wüfing mit 13 315 Stimmen
gegen 11 213. Wegen die Hauptwahl richten sich vier Proteste, zwei
zugunsten Wüfings. Nach den Behauptungen eines Protestes sind in
einzelnen Orten nur zwei Wähler ernannt worden, und
der zugunsten Wüfings eingereichte Protest verlangt die
Kassierung dieser Wähler, weil durch die Kassierung
die Stimmenzahl Wüfings vor der Dades einen größeren Vorsprung
erhält, während die gegnerischen Proteste Fälle anführen, die, wenn
sie sich als richtig erweisen, die Stimmenzahl Wüfings so verringern,
daß nicht er, sondern Dade in die Stichwahl mit Antrid gekommen
wäre. Die Wahlprüfungskommission hielt in ihrer Sitzung am
Freitag die angeführten Behauptungen nicht für erheblich, dagegen
beschloß sie, Erhebungen darüber anzustellen, ob in Groß-Rogahn,
Hof, die Wahl vor 10 Uhr begonnen habe und schon vor 10 Uhr
wieder geschlossen worden sei, obgleich ein Wähler nicht gewählt
hatte. Müfte dieser Wähler kassiert werden, dann behielt Wüfing
noch den Vorsprung einiger Stimmen vor Dade, andernfalls
aber bleiben die Dadeschen zurück. Die Kommission beschloß daher,
die Wahl zu beanstanden und Erhebungen über den Fall anstellen
zu lassen.

Aus der Partei.

Als Fastnachtsscherz hat die Mannheimer „Vollstimme“ die
Geschichte über einen Besuch des Genossen Dreesbach bei den
Jährgingern aufgeführt. Der Mannheimer „Vollstimme“ scheint das
Empfinden dafür zu fehlen, wie sehr sie sich selbst durch die An-
nahme charakterisiert, ihr „Scherz“ werde als Ernst aufgefaßt werden.
Wir begnügen uns im übrigen damit, wiederzugeben was die
„Bremer Bürgerzeit.“ und das „Echo“ zu dieser Affäre sagen.
Unser Bremer Parteiorgan bemerkt:

„Einen höchst geschmacklosen Fastnachtsscherz“ macht die
Mannheimer „Vollstimme“, indem sie mitten zwischen Notizen
ersten Inhalts die Mitteilung bringt, Reichstagsabgeordneter
Dreesbach habe zwei Tage nach der Geburt eines neuen Jährging-
erbrüblings „dem Prinzen einen Besuch abgestattet“ und daran
die ziemlich alberne Bemerkung knüpfte: „Es darf wohl er-
wartet werden, daß der Gang unseres Parteigenossen zu Hofe,
der lediglich als ein Akt des Anstandes zu betrachten ist, von ge-
wisser Seite keine Mißachtung erfährt und nicht über Gebühr zu
einer cause obidra aufgeführt wird, wie es kürzlich in unserer
Nachbarstadt Darmstadt geschah.“ — „Der Hinweis auf Gramers
Hofgängerzeit“, so schreibt dazu das „Gamb. Echo“, „daß der
„Vollst.“ der höchst bedauerliche Mangel an demokratischem Gefühl,
wie er sich im Fall Gramer kundgab, und die von der Parteipresse
geübte Kritik — spähhaft erscheint. Das Blatt hat übrigens erst
neulich eine unglückliche Leistung vollbracht, indem es anlässlich der
Verurteilung des Genossen Dreytz von der „Leipziger Volks-
zeitung“ den Redakteuren und Mitarbeitern dieses Blattes vorwarf,
sie hätten sich hinter das Preßgesetz verrochen, indem sie sich nicht
als Verfasser bezeichneten. Sicherlich hätte nach der alseitigen Ab-
fertigung die „Vollstimme“ Anlaß zum Ueberlegen gehabt; doch
sah sie dies wohl nicht nötig, wie der oben erwähnte „Scherz“ zu
beweisen scheint.“

Parteilandwahlen. Die Frankfurter „Vollstimme“ berichtet unter
Oberursel aus einer Wahlvereinsversammlung:

„Ueber den weiteren Punkt der Tagesordnung: die Sommer-
heimer Gemeinderatswahlen betreffend, entspann sich eine lebhafteste
Debatte. Es sind in der dritten Klasse diesmal zwei Vertreter
zu wählen. Demgemäß schlägt die Wahlkommission zwei Kan-
didaten vor, zwei angegebene Handwerker, den Schmied Jstadt, seit
kurzem Mitglied des Wahlvereins und den früheren Gemeinderat
Schmied Braun, nicht organisiert. Ein Teil der Sommerheimer
Genossen glaubt durch die Aufstellung dieser beiden Herren einen
Erfolg zu erzielen, der andere Teil will an dem Parteibeschluß
festhalten und nur organisierte resp. überzeugte Genossen auf-
stellen, was auch von den Oberurseler Genossen für selbstverständ-
lich gehalten wurde. Nach langem Hin und Wieder, wobei auch
die Laune der Sommerheimer Genossen kritisiert wurde, die
zwar im Wahlverein, aber leider noch zum großen Teil
nicht einmal einer ihres Parteiorganen, der „Vollstimme“,
sind (überzeugte Parteigenossen!), wurde über die vor-
geschlagenen Kandidaten der Kommission abgestimmt. Die Mehrheit
stimmte für die obengenannten zwei Kandidaten. Unseres Er-
achtens sollte man lieber auf die Aufstellung von Kandidaten ver-
zichten, als Leute zu nominieren, die absolut noch keinen Beweis
von ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung erbracht haben.“

Der letzteren Ansicht stimmen wir vollständig zu. Durch solche
Opportunistenlandwahlen, wie die Sommerheimer Genossen be-
lieben, werden Stegmüllereien geradezu provoziert.

Gerichtliche Nachklänge zum roten Sonntag in Italien. Die fünf
Genossen, die am 20. Januar bei der Turiner Demonstration für
Rusland verhaftet wurden, sind am 24. Februar sämtlich mit un-
verhältnismäßig hohen Strafen bedacht worden. Genosse Gallo er-
hielt 6 Monate, Palliedo 4, Sobrito 3, Sie 2 und die Genossin
Bergamo ebenfalls 2 Monate. Für die letzte wurde die bedingte
Verurteilung angewendet, aber es ist eine ziemlich nutzlose „Milde“,
da die Verurteilten bereits über die Hälfte der Strafe in Unter-
suchungshaft verbracht hat.

Die diesjährige Märzschrift, herausgegeben von der Wiener
Volksbuchhandlung ist dem Andenken des revolutionären Dichters
Ferdinand Freiligrath, dessen Todestag sich am 18. März zum
dreißigstenmal jähr, gewidmet. Und man muß zugeben, daß die
Festschrift ihrer Bestimmung vollaus und auf das würdigste entspricht.
Man lese nur den prächtigen Aufsatz von Dr. J. Jäger: „Der
Kämpfer der Revolution“, in dem in kurzen Worten ein
geradezu greifbares Bild von Freiligraths Werdegang geboten wird.
Franz Vill und S. Raff haben mit ihren Aufsätzen („Freiligrath als
Dichter des Klassenkampfes“ und „Die soziale
Licht der vierziger Jahre“) nicht unwesentlich zur besseren
Kenntnis des Dichters in den Reihen der Arbeiterklasse beigetragen.
— Der Anzug aus einem Freiligrath'schen Briefe gibt Aufschluß
über des Dichters Willen und Leben. Interessant ist ein Aufsatz, der
zwei gegen Freiligrath erlassene Stadien widerlegt. — Ruß-
lands Freiheitskampf betitelt sich ein Aufsatz von Karl
Leubner. — Der russischen Revolution ist auch ein großartiges
Gemälde von Otto Friedrich gewidmet. Wir glauben uns in ein
Schalkpeare'sches Drama verleiht beim Anblick des Bildes. — Die
von der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VII, Gumpendorferstr. 18,
verlegte Festschrift kostet 20 Heller.

anzufordern, ihre diesbezüglichen Beschwerden sofort bei der Aufsichtsbehörde, Magisterstr. 67/69 I (Bureau für Krankenlastenangelegenheiten) persönlich anzubringen.

Die Behandlung geschieht vom 28. Februar 1906 nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung, so lange Ihnen nicht anderweitige Direktiven vom Vorstande zugehen. Die Behandlung hat zu erfolgen in jedem einzelnen Fall nur auf Grund einer vorher von der Kasse durch den Patienten bezubringenden Bescheinigung, nach welcher diese Ihre Zahlungspflicht Ihnen gegenüber ausdrücklich anerkennet.

Entsprechende Formulare liegen bei.
Der Vorstand des Vereins Königsberger Ärzte.
J. A.:
gez. Sammelsohn."

Wie würde die freisinnige und schmerzliche Presse vor Wut- und Schrecken überschäumen, wenn Arbeiter etwa in ähnlicher Weise ihren Vertrag brechen und gar zu Neuierungen der Unzufriedenheit über die Folgen ihres Vertragsbruchs dritte aufpassen würden. Und wie schnell hätten in solchem Falle Staatsanwaltschaft und Gericht alle Kriterien des objektiven Tatbestandes einer Erpressung herausgefunden.

Aus Industrie und Handel.

Schwindelnachrichten.

Kürzlich kennzeichneten wir schon den Schwindelcharakter verschiedener Preismeldungen, nach denen das deutsche Hoheisen Syndikat, angeblich weil sämtliche Werke mit Aufträgen auf längere Zeit reichlich versehen seien, ausländische Offerten auf Lieferung von Spiegeln und Blechereirohrchen ablehnen müssen. In den letzten Tagen wurde wieder eine Nachricht verbreitet, die offensichtlich dem Zwecke diene, irtige Ansichten zu erwecken; es hieß, das Hoheisen Syndikat habe zu den jetzt geltenden Preisen bereits Abschlüsse pro Quartal 1907 vollzogen. Der mit den Verhältnissen Vertraute erkannte die Meldung sofort als Schwindel, denn das Syndikat läuft Ende 1906 ab, seine Erneuerung ist noch sehr ungewiß, auf keinen Fall kann es über die Zeit seiner Rechtswirksamkeit hinaus Verträge abschließen. Rummel wird auch bestätigt, daß es sich bei der Meldung um vollständig freie Erfindung handelt. Sicher liegen solchen Schwindeleien bestimmte Absichten zugrunde. Sie rufen zweifellos von Interessenten her, denen an einer Preissteigerung resp. Hochhaltung der Konjunkturpreise viel gelegen ist. Soweit sich bei solchen Schwindeleien die Unternehmer und Betrüger nicht kalt lassen, bei diesen Geschäften kommen aber doch auch die Interessen der Arbeiter in Frage. Die hohen Preise auf Rohmaterialien, durch Verträge auf längere Zeit festgelegt, sichern der Großindustrie im Voraus einen bestimmten Gewinn; dieser Gewinn stellt eine Vorstufe der Weiterverarbeitung dar. Das ist bei der zu erwartenden Konjunkturabflauung besonders bedenklich. Die durch teure Rohmaterialien bedingten hohen Produktionskosten drücken weiter vernehmend auf die Kaufkraft, hohe Rohmaterialien vermindern die Kaufkraft auf dem Warenmarkt und steigern den Grad der Arbeitsverminderung. Weiter läßt dann nicht nur vermindertes Angebot auf dem Arbeitsmarkt Lohn- und Unternehmern versuchen auch, schon um die Differenz zwischen den Rohmaterialpreisen zu denen sie vertraglich verpflichtet sind und den marktgemäßen Preisen nach Einsetzung der Depression möglichst auszugleichen, die Arbeitskraft intensiver auszunutzen. Das Hoheisen Syndikat will z. B. jetzt die Preise für Norddeutschland eventuell um vier Mark herabsetzen, in Abwehr ausländischer Konkurrenz. Der Weiterverarbeiter, der zu den reduzierten Preisen kauft, produziert natürlich billiger als sein Konkurrent, der seinen vermeintlichen Bedarf zu Konjunkturpreisen eindeckte. Die Sucht, trotz der unüberhältnismäßig hohen Selbstkosten konkurrenzieren zu können, bleibt nicht ohne Einfluß auf die Lohnfestsetzung. Die wirtschaftlichen Schäden, die durch künstliche Preishochhaltung für Rohprodukte entstehen, sind ganz unübersehbar. Diejenigen, welche durch schwindelhafte Machinationen die geschädigten Verhältnisse schaffen, sind viel, viel schlimmere und bössere Schädlinge der menschlichen Gesellschaft, als Spitzbuben und Straßenräuber.

Dividenden-Tafel. Die nachstehenden Gesellschaften verteilen in den beiden letzten Jahren Dividende:

	1904	1905
	in Prozent	
Leibnizberg-Werke, Bremen	10	10
Porzellanfabrik A. G. in Sella	20	18
Gelbe u. Co. A. G., Dresden	11	12
Nähmaschinenfabrik Koch, Bielefeld	10	10
Tecrain-G. Groß-Viktorsfelde	35	14
Norddeutsche Kreditanstalt Königsberg	6 1/2	7
Dager Porzellan-Manufaktur	6	7 1/2
Sächsisch-Böhm. Porzellan-Zementfabrik	10	10
Norddeutsche Bank, Hamburg	8 1/2	9
Deutsche Linoleum- und Wachstuch-Co.	11	12 1/2
Rossmo's Dampfschiffahrt-G., Hamburg	10	14

Mit diesen Gewinnen stehen die Arbeitslöhne durchaus nicht im Einklang. Das Gefühl über die angebliche Belastung durch die Sozialgesetze hat sich für die Unternehmer als profitables Sicherheitsventil gegen Lohnsteigerungen erwiesen.

Kostenwucher. Die Niederkaufer Kohlenwerke wollen zu einem Preise von 4 Millionen Mark die Grube „Victoria“ übernehmen. Obwohl das Stammkapital nur 1,2 Millionen Mark beträgt, entspricht der gebotene Preis doch der derzeitigen Rentabilitätsquote der „Victoria“. Der Reingewinn des letzten Jahres beträgt rund 90 Proz. des Aktienkapitals. Solche Gewinne werden durch die fortgesetzten Preissteigerungen ermöglicht und die Erwerberin der „Victoria“ hofft doch jedenfalls, durch weitere Preissteigerungen,

denen die Fusionen im Braunkohlenabbau vorwiegend dienen sollen, die Gewinnrate noch zu steigern.

Handelspolitische Vorträge. Die auf der Mitgliederversammlung des Handelsvereins zu Frankfurt a. M. gehaltenen Referate sind mit dem Diszussionsreden in der Diskussionsform erschienen, und das Bureau des Handelsvereins, Berlin W. 9, Röhrenerstraße 28/29, stellt sie auf Wunsch Interessenten kostenlos zur Verfügung.

Aus der Frauenbewegung.

Wohnungsfrage. Angesichts der großen Bedeutung, welche die Wohnungsfrage für alle Kreise des Volkes und namentlich für alle sozialen Bestrebungen besitzt, veranstaltet der Verein „Frauenwohl“ Berlin einen vier Abende umfassenden „Kursus zur Wohnungsfrage“ (6., 9., 13. und 14. März). Als Vortragende sind die Herren Adolf Damaskle, Dr. Theodor Wehl, Dr. Eberhard, Bernhard Kampfmeyer gewonnen. Zwei von den Vorträgen — derjenige über „Hygiene der Wohnung“ und derjenige über „Die Gartenstadt“ — werden durch Vorführung von Lichtbildern ergänzt. Teilnehmerkarten à 3 M. für alle vier Vorträge sind durch die Schriftführerin, E. Lüders, Berlin, Ralderstraße 14, zu beziehen.

Friedenau. Dienstag, den 27. Februar, fand hier eine öffentliche Versammlung statt, welche sich mit der Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins beschäftigte. Fräulein Boar hielt einen Vortrag über „Was nützt der Arbeiterin die Bildung?“ Rednerin schilderte treffend die Nachteile, welche dem Volke erwachsen, wenn der Frau die Allgemeinbildung vorenthalten bleibt. Leider ist es den meisten Frauen des Arbeiterstandes infolge mangelhafter Schulbildung nicht möglich, ihren Männern, soweit sie aufgeklärte Arbeiter sind, gesellschaftlich zu genügen, und ihre Kinder, welche doch einst den Fortschritt fördern sollen, richtig zu erziehen. Eine Bildung, welche der Frau der wohlhabenden Klasse in reichstem Maße zuteil wird, da sie durch keinerlei Sorgen und Arbeit gehindert, sich der Erlangung derselben hingeben kann, muß von der arbeitenden Frau aus Vorträgen aller Art, und aus der Beteiligung an Diszussionen geschöpft werden. Rednerin spricht die Frauen sodann an, dem Vereine beizutreten, welcher es der Frau ermöglicht, ihrer Familie und sich selbst das Leben schöner und glücklicher zu gestalten. Der Vereinsabend soll eine Zeit der Freude und Erholung werden, eine Abwechslung in der stumpfen Eintönigkeit des Arbeiterlebens. Sehr nützlich sei eifriges Studium der „Gleichheit“. Die Arbeiterin muß erkennen, daß ihre Leistungen denselben Wert haben wie die des Mannes, sie hat deshalb zu verlangen, als gleichberechtigter Mensch behandelt zu werden. Durch Bildung kann die soziale und wirtschaftliche Lage der Frau aus dem Volke gehoben werden. Nach der kurzen Diskussion schritt man zur Gründung des Vereins. Die Wahl des provisorischen Vorstandes ergab: Frau Stoldt als erste, Frau Koch als zweite Vorsitzende, Frau Langosch als Kassiererin, Frau Dreiter als Schriftführerin. Die Frauen Schröder und Wittmann wurden als Beisitzerinnen und die Frauen Diefel, Gülde und Miercke als Revisorinnen gewählt. Die Zahl der Mitglieder beträgt 34, für die „Gleichheit“ wurden neun Abonnenten gewonnen. Mit einem dreifachen Hoch auf den neugegründeten Verein schloß Frau Stoldt die Versammlung. Am Dienstag, den 6. März, findet die erste Mitgliederversammlung statt, zu welcher auch zahlreiche Gäste freundlich eingeladen sind. Der Vorstand.

Teitow. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am Mittwoch, den 28. Februar, seine Monatsversammlung ab, in der Frau Thiele einen sehr lehrreichen Vortrag über „Kindererziehung, Schule und Haus“ hielt. Das Referat wurde von der sehr gut besetzten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Frau Marx wurde an Stelle einer verzogenen Revisorin für dieses Amt gewählt. Vier Aufnahmen wurden erzielt. Die nächste Versammlung findet am 28. März, abends 8 Uhr, statt. Jedes Mitglied muß fleißig agitierten und dem Verein neue Mitglieder zuführen.

Vorsigwalde-Tege. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält am Mittwoch, den 7. März 1906, abends 8 1/2 Uhr, in Vorsigwalde bei Tege die Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassensbericht. 3. Rechnung des Gesamtvorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert. Jedes Mitglied sollte es sich zur Pflicht machen, pünktlich zu erscheinen. — Am 3. März feiert der Verein sein erstes Stiftungsfest in Tege in Trapps Festsaal. Für einen genußreichen Abend ist bestens Sorge getragen. Freunde und Gönner unseres Vereins sind freundlichst eingeladen. Billets sind noch zu haben: in Tege bei Frau Wiegand, Schloßstraße 21, Gartenhaus II; Frau Koch, Berlinerstraße 80, Seitenflügel II; Frau Holzhäuser, Brunowstraße 20; Frau Pega, Schönebergerstraße 62; Frau Meineland, Berlinerstraße 91; in Vorsigwalde bei Frau Glombig, Spandauerstraße 5; Frau Range, Rauschstraße 59; Frau Köpke Rauschstraße 48; Frau Jarius, Schubartstraße 54; Fräulein Wegener, Rauschstraße 14. Reges Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Eine die Apotheker- und Krankenlastenkreis interessierende Privatklage beschäftigte gestern das hiesige Schöffengericht. Als Privatkläger trat der Apothekenbesitzer Dr. Martin Fränkel auf, die Klage richtete sich gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Krankenlasten-Zeitung“, Hermann Schow und den Apotheker Oskar Saller zu Charlottenburg. In Nr. 34 der „Deutschen Krankenlasten-Zeitung“ erschien unter der Ueberschrift „Kassenvertreter in der Arzneitaxungskommission“ ein Aufsatz, durch den sich Dr. Martin Fränkel beleidigt fühlte. Der Artikel knüpfte an einige kritische Bemerkungen an, die Dr. Martin Fränkel über die von den beiden Angeklagten

herausgegebene Broschüre „Der Arzneibezug der Krankenlasten“ in der „Apotheker-Zeitung“ gemacht hatte. In dem in frimintierten Artikel wird dem Dr. Fränkel unlogisches Denken vorgeworfen, es wird gesagt, daß er im Sprechsaal der „Apotheker-Zeitung“ seine juristischen Klatschereien treibe, daß er etwas „ausgemobelt“ habe, was in der Broschüre eine ganz andere Bedeutung habe, als er angebe usw. Der Privatkläger erblickt in diesem Artikel das Streben, ihn lächerlich zu machen, ferner die Verdächtigung, daß er seinen Kollegen etwas „erzähle“, trotzdem er das Gegenteil davon wüßte. Dr. Martin Fränkel hat auf diese Angriffe in scharfer Form in der „Apotheker-Zeitung“ geantwortet. — Die Angelegenheit kam gestern noch nicht zur Entscheidung, da die Angeklagten, von denen Saller bestritt, der Verfasser des Artikels zu sein, die Widerklage erhoben auf Grund der in der „Apotheker-Zeitung“ enthaltenen Kritik der Broschüre, in welcher die Angeklagten ehrenrührige Vorwürfe erblickten. Es soll Beweis in einem neuen Termin erhoben werden.

Vom Druck der Konkurrenzklause. Die Verkäuferin Anna Sch. war vom Warenhause Wertheim mit einem Monatsgehalt von 80 M. unter der Bedingung engagiert worden, daß sie sich verpflichtet, bei Zahlung einer Strafe von 80 M. im Falle Zuwiderhandelns ein Jahr nach dem Austritt aus dem Geschäft bei den Konkurrenzgeschäften Jandorf, D. Zieg, Leonh. Zieg, sowie bei solchen, die bei einer dieser Firmen beteiligt sind oder sich beteiligen werden, keine Stellung anzunehmen. Nach mehrmonatiger Tätigkeit kündigte die Verkäuferin, da man ihr keine Gehaltszulage bewilligen wollte und ließ sich von der Firma Wertheim verklagen auf Grund der vertragsmäßigen Konkurrenzklause und stellte den Antrag, die Beklagte zur Zahlung einer fiskalischen Strafe von 80 M. zu verurteilen. Die Beklagte wandte in der gestrigen Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht ein, es würden ihr beim Engagement Hoffnungen auf baldige Zulage gemacht. Als sie sich in der Hoffnung auf Gehaltsaufbesserung getäuscht sah, da habe sie sich auch nicht mehr an die Konkurrenzklause gebunden gefühlt. — Das Kaufmannsgericht entschied, daß es der Beklagten verboten sei, im Konkurrenzgeschäft von J. weiterhin tätig zu sein, für jeden Tag des Zuwiderhandelns habe sie eine fiskalische Strafe von drei Mark zu zahlen. Die Beklagte sei an die Vertragsklause gebunden, selbst wenn sich die Erwartung einer Gehaltsverhöhung nicht erfüllt habe, denn die Konkurrenzklause habe sich in der ihr durch Gesetz gezogenen Grenze. — Auf eine Befreiung der Konkurrenzklause zielt eine alte Forderung der Sozialdemokratie ab.

Vom Hammer gegen die Arbeiter. In der Fabrik „Brandenburgia“ zu Brandenburg war es Ende 1904 zu einem Streit mit der Direktion gekommen, weil die Direktion für die angekündigten Ueberstunden nicht einen prozentualen Zuschlag zu dem gewöhnlichen Stundenlohn zahlen wollte. Die Arbeiter verweigerten die Ueberstunden, zu denen die Arbeitsordnung an sich „auf Erfordern“ verpflichtete. Nachdem am ersten Tage eine Strafe von je 50 Pfennig nichts fruchtete, ließ sich die Arbeiter am nächsten Tage dadurch nicht abhalten liegen, wieder beim Eintritt des in der Regel üblichen Feierabends die Fabrik zu verlassen, sperrte die Direktion alle Arbeiter aus. Nach einigen Tagen begannen einige zu den bisherigen Bedingungen, d. h. ohne prozentualen Zuschlag für Ueberstunden zu beantragen, wieder zu arbeiten. Später gab es Strafprozesse wegen Uebertretung des § 158 der Gewerbeordnung. Davon wurde auch der Arbeiter Bergmann betroffen. Nachdem seine Sache bereits bis an das Kammergericht gewesen und von diesem an das Landgericht Potsdam zurückverwiesen worden war, verurteilte ihn das Landgericht wegen Uebertretung des § 158 der Gewerbeordnung zu zwei Tagen Gefängnis. Es erachtete für festgelegt, daß er mit anderen Ausgeperrten mehrere Arbeitswillige auf dem Nachhausewege öfter belästigt habe, wobei eine drohende Haltung eingenommen worden sei, indessen ohne die Absicht, Mißhandlungen anzudrohen. Es wäre anzunehmen, daß die Arbeitswilligen durch das fortgesetzte Aufsauern und durch die drohende Haltung bei ihrer Verfolgung durch die Strafen hätten müde gemacht werden sollen, sich wieder der Verabredung anzuschließen, Ueberstunden nur zu einem höheren Lohn zu machen. In jener Verhüllung mit einer drohenden Haltung, die den Arbeitswilligen habe z. u. r. t. einflößen sollen, wäre die Androhung eines Uebels zu sehen. Da die Absicht, Mißhandlungen anzudrohen, hierbei nicht bestanden habe, so läme § 158 der Gewerbeordnung in Betracht und nicht der Rätigungsparagraph des Strafgesetzbuchs. — Der Angeklagte wurde außerdem noch zu drei Tagen Gefängnis wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung verurteilt, weil er sich an einem anderen Tage in einer Menge befunden habe, aus der heraus auf Arbeitswillige geschlagen wurde. (Ein Zeuge wollte auch U. s. erhobene Hand gesehen haben.) Die zwei und drei Tage wandelte das Gericht in eine Gesamtstrafe von vier Tagen um. — Angeklagter legte wieder Revision ein. Der erste Strafbescheid des Kammergerichts wies aber dieser Tage das Rechtsmittel zurück, weil das Landgerichtsurteil diesmal keinen Rechtsirrtum erkennen lasse.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

G. S. Zum Eid kann man gezwungen werden. Entschädigung wird nicht gezahlt. Die Möglichkeit der Ausklagung besteht noch. — G. S. Mordart 16. 1. Ein Strafantrag wäre noch möglich. 2. Verleumdung oder Verleumdung können im Wege der Privatklage verfolgt werden. Es kann aber auch die Staatsanwaltschaft die Sache verfolgen. — R. G. 34. Reim. — G. S. 17. Darüber bestehen keine gesetzlichen Vorschriften. —

Lachmann & Scholz

Turmstraße 76.

Warenhaus.

Ottostraße 1.

Besonders billiges Angebot für:

Kleiderstoffe.

- Costüm-Cheviot, „reine Wolle“, schwarz u. farbig, doppeltbr., Mtr. 98 Pf.
- Mohair-Crêpe in schwarz und farbig, doppeltbreit 98 Pf.
- Satin-Tuch, „reine Wolle“, in schwarz und farbig, doppeltbreit . . 1.15 M.
- Weißer Stoffe in modernen Mustern, für Kleider und Blusen . . 98 Pf.
- Weißer, halbseid. Fantasiestoffe in neuesten Dessins, Mtr. 1.45 1.65-2.95 M.
- Costüm-Stoffe, Neuheiten in englischen Herren-Geschmack, Mtr. 1.35 1.55-3.25 M.
- Neuheiten für Blusen u. Kinderkleider, prachtvolle Caros u. Streifen Coupon ca. 2 1/2 Meter 98 Pf.

Damen-Konfektion.

- Einsegnungs-Kleider, moderne Façons, in Voile, Crêpe, Cheviot etc., reich garn. 18.50 21.45-29.65 M.
- Frühjahrs-Costüme in neuesten Formen und großer Auswahl 13.45 15.65-28.50 M.
- Damen-Blusen, prachtvolle Neuheiten in Seide und Wolle 3.45 3.95 4.85-21.50 M.
- Kleiderrock, saßfrei, neueste Façons, moderne Stoffe 2.95 M.
- Kleiderrock, saßfrei, in engl. Herrenstoff-Geschmack, neueste Façons 4.85 M.
- Unterrock aus Moirée mit Volant, in vielen Farben 3.15 M.

Bis 8. März: Doppelte Rabattmarken.

Die rapide Steigerung der Abonnentenzahl des „Vorwärts“ — unsere Tagesausgabe beträgt gegenwärtig **104 000** Exemplare — macht es notwendig, den Preis für Inserate vom 1. März d. J. ab zu erhöhen. Wir berechnen von diesem Zeitpunkte ab die sechsgespaltene Kolonelleile oder deren Raum mit 50 Pf., bei mindestens dreimaliger Aufgabe 10% Rabatt. — Familien-Anzeigen kosten wie bisher 40 Pf. Kleine Anzeigen das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche, Schlafstellen- und Zimmergesuche und -Angebote das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. — Anzeigen von politischen und gewerkschaftlichen Vereinen sowie Krankenkassen die Zeile 30 Pf.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein!

Verlag und Haupt-Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69.

Grösstes Specialgeschäft für Hüte und Mützen



Weiche Herrenhüte
von M. 1,50 — M. 7,00
Nur fehlerfreie, moderne Ware!

Oscar Arnold

Dresdenerstr. 116
Kein Laden (am Oranienplatz).

Filzhüte, Cylinderhüte,
Strohüte und Mützen

Engros! Export!
aussergewöhnlich reich-
haltige Auswahl!



Stiefe Herrenhüte
von M. 1,85 — M. 7,00
Nur fehlerfreie, moderne Ware!

Einzelverkauf zu auffallend billigen, aber streng festen Preisen.

Ausnahme-Angebot!

Während der nächsten Zeit werden zum Verkauf gestellt:

5000 Stück Werkzeugarten Nr. 980, enthaltend: 1 Bohrwinde nebst 4 Bohrern, 1 Haushammer, 1 Weiszange sowie 1 Handfähe, nur prima Ware, unentbehrlich für jeden Haushalt, alles zusammen fein auf Karton aufgeschichtet, nur 3,- M., sowie 5000 Stück Laubfähegarnituren Nr. 931, enthaltend: einen Laubfähebogen nebst 12 Stück Laubfäden, 2 Stück Laubfähefeilen, 1 Range, 1 Anstrichstößchen, 1 Schraubenzieher, 1 Drillbohrer, 1 Laubfähehammer, 1 Laubfähetischchen sowie Laubfähevorlagen, nur prima Ware, alles zusammen fein auf Karton aufgeschichtet, nur 2,80 M. Versand gegen Nachnahme. Porto 50 Pf. und Verpackung 20 Pf. für jedes Paket extra. Umtausch gestattet, daher kein Risiko.

Man verlange umsonst und portofrei den neuesten Hauptkatalog mit circa 3000 Gegenständen über Haushaltsartikel, Laubfähe- und Raschmäherei, Solinger Stahlwaren, Lederwaren, Bleiben, Stangenrohren, Seifen, Parfüms, etc.

Gebr. Wolfertz, Stahlwarenfabrik u. Versandhaus Wald h. Solingen, P1096
Rotkäppchen.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!

Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten zur gef. Kenntnissnahme, daß ich das herrlich an der Oberspross gelegene, mit Veranden und Hallen versehene circa 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich erworben habe. — Benutzen vom Bahnhof Nieder-Schönweide—Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen. Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft. 5685L*

Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: **Ball**. 6 Kegelbahnen.

△△△△ Volksbelustigungen aller Art. △△△△

In meinen Feestsälen Rüdersdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1909 unverändert fort.

Albert Scheruch, Rüdersdorferstr. 45.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige

Herren-Garderoben.

Ersatz für Maß.

Anfertigung nach Maß.

Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,

Große Frankfurter Str. 97, II.

Eingang Straußberger Platz.

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41,

Spezialarzt für

Haut- und Harnleiden.

10—2, 5—7. Sonntag 10—12, 2—4

KNORR'S

Hafermehl

Hafergrütze, Haferflocken.

Josef Fischer

Rohlen-Großhandlung

Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.

Greife ab Platz von 10 Str. an.

Industr.-Brikets, Halbsteine p. Str. 80 Pf.

la. Seiffenberger Salon-Briketts

„Anna“ oder „Marie“ p. Str. 80 Pf.

Henckels Werke „90“

110 u. Anh. Mariengrube „95“

1a engl. Anthrazit, Bruch, Koks,

Steinkohlen, Holz usw.

zu billigsten Tagespreisen.

Handwagen verteilte zu Rohlen.



W. Zapel,

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft

für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Mützen. 12842*

TUMA-ZARI

Beste 2 Pfg.-Zigarette.

„Seglerschloß“ Hankels Ablage a. Zentener See u. Wald gelegen, ist den verehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken und Schulen empfohlen. Große und kleine Säle, Hallen für 1000 Personen. Große Spielplätze. Bes. W. Heinrich.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Centrale für Herrenmoden
S. LITTMANN

nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2, Station Hochbahn Oranienstraße.

!!Jeder Käufer erhält ein Geschenk!!

Spezialangebot:

Elegante Paletots Herren-Anzüge Konfirmanten-Anzüge Herren-Beinkleider

von 10,50 Mark an.

von 11,50 Mark an.

von 9,50 Mark an.

von 2,50 Mark an.

Meine Konfektion zeichnet sich aus durch tadellosen Sitz, vorzügliche Verarbeitung, solideste Stoffe.

Neu eröffnet! nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2. Neu eröffnet!

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

Erhältlich in jeder besseren

Millionen im Gebrauch

Fahrradhandlung. Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verbandsstag der Hafnarbeiter.

Stettin, den 1. März 06.

Die Debatte über die Verschmelzung mit dem Eisenbahner-, Handels- und Transportarbeiter- und Seemannsverband wird wieder aufgenommen, aber nach einigen rein persönlichen Bemerkungen geschlossen. In der Abstimmung wird der geschlossene Kartellvertrag einstimmig angenommen. Da ihn die Generalversammlungen der anderen Verbände bereits genehmigt haben, ist er damit endgültig rechtskräftig geworden. Ueber die Verschmelzung soll nach dem Vorschlage Paul Müllers-Hamburg auf Grund eines von den beteiligten Zentralvorständen auszuarbeitenden Entwurfes eine Urabstimmung im Verbandsrat stattfinden, die für die Binnen-schiffahrt mit Rücksicht auf die eigentümlichen Arbeitsverhältnisse bis zum Winter 1906/07 verschoben wird. Selbst über die Frage der Verschmelzung abzustimmen, um die Meinung des Verbands-tages zu dokumentieren, wird nach dem einstimmigen Votum für die Nichtabstimmung abgelehnt.

Es folgt die Berichterstattung über die internationalen Kongresse in Amsterdam 1904.

Referent Decker-Ragdeburg gibt eine eingehende Darstellung zunächst der Verhandlungen des internationalen Sozialistenkongresses und geht dann auf den 4. Kongress der internationalen Transportarbeiterföderation ein.

Ergänzend führt der gegenwärtige internationale Sekretär Joseph-Hamburg aus: Die Uebertragung der Geschäfte an mich sollte am 1. Oktober 1904 erfolgen. Leider war erst viel später durch Drohungen aller Art den Takt zu bewegen, wenigstens ein Adressenverzeichnis zu übersenden; mehr war von ihm nicht zu erhalten. Das Sekretariat wandte sich also um Auskunft an die Landessekretäre und wurde von diesen allgemein bereitwillig unterstützt. Es wurde das internationale Korrespondenzblatt geschaffen, dessen 6. Nummer vom 15. Februar d. J. (3. Jahrgang, Nr. 1) in einem dreißigtägig geschriebenen Band von 68 Quartseiten vorliegt. Gepflegt wurde besonders die Lohnstatistik und die Statistik über die Organisationsverhältnisse. Unterstützt wurden durch Material über die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern die Eisenbahner in Oesterreich und Italien, sowie in Holland bei den jetzt schwebenden Beratungen der Kammer über die ihnen versprochene Lohnaufbesserung. Ueber die Organisationsverhältnisse ist folgender Ueberblick zu geben: In den Vereinigten Staaten sind in lokalen Sektionen 100 000 Hafnarbeiter organisiert. Eine Zeitung in verschiedenen Sprachen soll erst geschaffen werden. Die Engländer haben sich seit Amsterdam ja von der internationalen Transportarbeiterföderation zurückgezogen, werden aber hoffentlich bald nach Ueberwindung ihrer verständlichen Empfindlichkeit zu ihr zurückkehren. Sie haben in drei gemeinsamen Organisationen für Hafnarbeiter und Docks starke Kräfte vereinigt. In Schweden sind 5500 Hafnarbeiter organisiert. Daß sie gut diszipliniert und opferwillig sind, beweist die Tatsache, daß sie im letzten Jahre 250 000 Kr. aufgebracht haben. Sie haben gute Tarifverträge mit den Unternehmern durchgesetzt. In Norwegen ist die junge Organisation in günstiger Entwicklung. Auch die lange zurückgehaltene Organisation der dänischen Hafnarbeiter geht vorwärts und bereitet ihren Anschluß an die internationale Transportarbeiterföderation vor. In Oesterreich versucht man jetzt, die Triester Hafnarbeiter zu organisieren. Man muß jedoch für sie erst italienische und tschechische Zeitungen anschaffen. In Ungarn ist seit zwei Jahren das Statut für eine Hafnarbeiterorganisation eingereicht, hat aber bis jetzt die erforderliche Genehmigung nicht gefunden. In Holland haben die Getreidearbeiter jetzt trotz der Einführung von Skatoren die Beibehaltung der gleichen Lohnsätze und der gleichen Arbeiterzahl erreicht. Ein Erfolg der Rotterdam Organisation, der bisher in dieser Art ohne Beispiel dastand. Doch dürfte dieser Erfolg wohl vorübergehend sein, da diese Bekämpfung der Maschine doch gründlich ummodern und künstlerisch ist. In Belgien bestehen Vorkomitees, die sich auf dem demnächst stattfindenden Landeskongress zentralisieren wollen, mit zwei Zeitungen. In Frankreich sind die Organisationen durch die vielen Streiks, die durch die Selbständigkeit der einzelnen Spundelate mitverschuldet sind, finanziell und an Mitgliedern sehr geschwächt. Trotz ihrer schlechten Klassenverhältnisse und der herrschenden Arbeitslosigkeit betreiben sie jetzt die direkte Aktion: „Am 1. Mai 1906 an arbeiten wir nur noch acht Stunden.“ Vom Erfolg dieses Vorgehens sind sie so überzeugt, daß sie Veranlassung überhaupt nicht zugänglich sind. Italien hat eine kräftige Organisation nur in Genua; die Hafnarbeiter haben dort ein gemeinschaftliches Vereinshaus, in dem täglich 3000 bis 5000 Hafnarbeiter gespielt werden. In Spanien haben die Hafnarbeiter einen schweren Kampf um die Existenz ihrer Organisation überstanden. Die erhebliche Unterstützung wurde ihnen in jeder Beziehung gewährt. Durch die portugiesische Organisation stehen wir mit den organisierten Kameraden Südamerikas, in Buenos Aires, Montevideo und Rio in Verbindung. In heftigen Kämpfen sind sie im letzten Sommer teilweise auseinandergeprengt worden. Teilweise der Einfluß der Hamburg-Südamerika-Gesellschaft auf die Regierung, teilweise auch politische Unruhen mit folgender Verhängung des Belagerungszustandes erschweren die Organisationsarbeit ungemein. In Australien wirken starke Verbände in Melbourne, Sidney und Brisbane. Durch die Schiedsgerichtsakte erreichen sie mehr als die Kollegen anderswo durch Lohnkämpfe. Schließlich sind auch die Hafnarbeiter in den baltischen Provinzen und in Odessa mit der Bitte um Material an uns herangerufen, weil sie ihre Vorkomitees zu großen modernen Organisationen umgestalten wollten. Ob ihnen das jetzt möglich sein wird, bleibt ja abzuwarten. Neuerdings hat in Karlsruhe ein Kongress von Hafnarbeitern des Mittelmeeres getagt und beschlossen, das tragbare Gewicht auf 50 Kilogramm festzusetzen. Höhere Nachrichten stehen noch aus. Wir arbeiten jetzt noch an einem Telegraphencode, der ermöglichen soll, uns Streiknachrichten rasch zu übermitteln und uns damit von der bürgerlichen Berichterstattung gänzlich frei zu machen.

Die Debatte über die Verschmelzung mit dem Eisenbahner-, Handels- und Transportarbeiter- und Seemannsverband wird wieder aufgenommen, aber nach einigen rein persönlichen Bemerkungen geschlossen. In der Abstimmung wird der geschlossene Kartellvertrag einstimmig angenommen. Da ihn die Generalversammlungen der anderen Verbände bereits genehmigt haben, ist er damit endgültig rechtskräftig geworden. Ueber die Verschmelzung soll nach dem Vorschlage Paul Müllers-Hamburg auf Grund eines von den beteiligten Zentralvorständen auszuarbeitenden Entwurfes eine Urabstimmung im Verbandsrat stattfinden, die für die Binnen-schiffahrt mit Rücksicht auf die eigentümlichen Arbeitsverhältnisse bis zum Winter 1906/07 verschoben wird. Selbst über die Frage der Verschmelzung abzustimmen, um die Meinung des Verbands-tages zu dokumentieren, wird nach dem einstimmigen Votum für die Nichtabstimmung abgelehnt.

Es folgt die Berichterstattung über die internationalen Kongresse in Amsterdam 1904.

Referent Decker-Ragdeburg gibt eine eingehende Darstellung zunächst der Verhandlungen des internationalen Sozialistenkongresses und geht dann auf den 4. Kongress der internationalen Transportarbeiterföderation ein.

Ergänzend führt der gegenwärtige internationale Sekretär Joseph-Hamburg aus: Die Uebertragung der Geschäfte an mich sollte am 1. Oktober 1904 erfolgen. Leider war erst viel später durch Drohungen aller Art den Takt zu bewegen, wenigstens ein Adressenverzeichnis zu übersenden; mehr war von ihm nicht zu erhalten. Das Sekretariat wandte sich also um Auskunft an die Landessekretäre und wurde von diesen allgemein bereitwillig unterstützt. Es wurde das internationale Korrespondenzblatt geschaffen, dessen 6. Nummer vom 15. Februar d. J. (3. Jahrgang, Nr. 1) in einem dreißigtägig geschriebenen Band von 68 Quartseiten vorliegt. Gepflegt wurde besonders die Lohnstatistik und die Statistik über die Organisationsverhältnisse. Unterstützt wurden durch Material über die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern die Eisenbahner in Oesterreich und Italien, sowie in Holland bei den jetzt schwebenden Beratungen der Kammer über die ihnen versprochene Lohnaufbesserung. Ueber die Organisationsverhältnisse ist folgender Ueberblick zu geben: In den Vereinigten Staaten sind in lokalen Sektionen 100 000 Hafnarbeiter organisiert. Eine Zeitung in verschiedenen Sprachen soll erst geschaffen werden. Die Engländer haben sich seit Amsterdam ja von der internationalen Transportarbeiterföderation zurückgezogen, werden aber hoffentlich bald nach Ueberwindung ihrer verständlichen Empfindlichkeit zu ihr zurückkehren. Sie haben in drei gemeinsamen Organisationen für Hafnarbeiter und Docks starke Kräfte vereinigt. In Schweden sind 5500 Hafnarbeiter organisiert. Daß sie gut diszipliniert und opferwillig sind, beweist die Tatsache, daß sie im letzten Jahre 250 000 Kr. aufgebracht haben. Sie haben gute Tarifverträge mit den Unternehmern durchgesetzt. In Norwegen ist die junge Organisation in günstiger Entwicklung. Auch die lange zurückgehaltene Organisation der dänischen Hafnarbeiter geht vorwärts und bereitet ihren Anschluß an die internationale Transportarbeiterföderation vor. In Oesterreich versucht man jetzt, die Triester Hafnarbeiter zu organisieren. Man muß jedoch für sie erst italienische und tschechische Zeitungen anschaffen. In Ungarn ist seit zwei Jahren das Statut für eine Hafnarbeiterorganisation eingereicht, hat aber bis jetzt die erforderliche Genehmigung nicht gefunden. In Holland haben die Getreidearbeiter jetzt trotz der Einführung von Skatoren die Beibehaltung der gleichen Lohnsätze und der gleichen Arbeiterzahl erreicht. Ein Erfolg der Rotterdam Organisation, der bisher in dieser Art ohne Beispiel dastand. Doch dürfte dieser Erfolg wohl vorübergehend sein, da diese Bekämpfung der Maschine doch gründlich ummodern und künstlerisch ist. In Belgien bestehen Vorkomitees, die sich auf dem demnächst stattfindenden Landeskongress zentralisieren wollen, mit zwei Zeitungen. In Frankreich sind die Organisationen durch die vielen Streiks, die durch die Selbständigkeit der einzelnen Spundelate mitverschuldet sind, finanziell und an Mitgliedern sehr geschwächt. Trotz ihrer schlechten Klassenverhältnisse und der herrschenden Arbeitslosigkeit betreiben sie jetzt die direkte Aktion: „Am 1. Mai 1906 an arbeiten wir nur noch acht Stunden.“ Vom Erfolg dieses Vorgehens sind sie so überzeugt, daß sie Veranlassung überhaupt nicht zugänglich sind. Italien hat eine kräftige Organisation nur in Genua; die Hafnarbeiter haben dort ein gemeinschaftliches Vereinshaus, in dem täglich 3000 bis 5000 Hafnarbeiter gespielt werden. In Spanien haben die Hafnarbeiter einen schweren Kampf um die Existenz ihrer Organisation überstanden. Die erhebliche Unterstützung wurde ihnen in jeder Beziehung gewährt. Durch die portugiesische Organisation stehen wir mit den organisierten Kameraden Südamerikas, in Buenos Aires, Montevideo und Rio in Verbindung. In heftigen Kämpfen sind sie im letzten Sommer teilweise auseinandergeprengt worden. Teilweise der Einfluß der Hamburg-Südamerika-Gesellschaft auf die Regierung, teilweise auch politische Unruhen mit folgender Verhängung des Belagerungszustandes erschweren die Organisationsarbeit ungemein. In Australien wirken starke Verbände in Melbourne, Sidney und Brisbane. Durch die Schiedsgerichtsakte erreichen sie mehr als die Kollegen anderswo durch Lohnkämpfe. Schließlich sind auch die Hafnarbeiter in den baltischen Provinzen und in Odessa mit der Bitte um Material an uns herangerufen, weil sie ihre Vorkomitees zu großen modernen Organisationen umgestalten wollten. Ob ihnen das jetzt möglich sein wird, bleibt ja abzuwarten. Neuerdings hat in Karlsruhe ein Kongress von Hafnarbeitern des Mittelmeeres getagt und beschlossen, das tragbare Gewicht auf 50 Kilogramm festzusetzen. Höhere Nachrichten stehen noch aus. Wir arbeiten jetzt noch an einem Telegraphencode, der ermöglichen soll, uns Streiknachrichten rasch zu übermitteln und uns damit von der bürgerlichen Berichterstattung gänzlich frei zu machen.

Die Debatte über die Verschmelzung mit dem Eisenbahner-, Handels- und Transportarbeiter- und Seemannsverband wird wieder aufgenommen, aber nach einigen rein persönlichen Bemerkungen geschlossen. In der Abstimmung wird der geschlossene Kartellvertrag einstimmig angenommen. Da ihn die Generalversammlungen der anderen Verbände bereits genehmigt haben, ist er damit endgültig rechtskräftig geworden. Ueber die Verschmelzung soll nach dem Vorschlage Paul Müllers-Hamburg auf Grund eines von den beteiligten Zentralvorständen auszuarbeitenden Entwurfes eine Urabstimmung im Verbandsrat stattfinden, die für die Binnen-schiffahrt mit Rücksicht auf die eigentümlichen Arbeitsverhältnisse bis zum Winter 1906/07 verschoben wird. Selbst über die Frage der Verschmelzung abzustimmen, um die Meinung des Verbands-tages zu dokumentieren, wird nach dem einstimmigen Votum für die Nichtabstimmung abgelehnt.

Es folgt die Berichterstattung über die internationalen Kongresse in Amsterdam 1904.

Referent Decker-Ragdeburg gibt eine eingehende Darstellung zunächst der Verhandlungen des internationalen Sozialistenkongresses und geht dann auf den 4. Kongress der internationalen Transportarbeiterföderation ein.

Ergänzend führt der gegenwärtige internationale Sekretär Joseph-Hamburg aus: Die Uebertragung der Geschäfte an mich sollte am 1. Oktober 1904 erfolgen. Leider war erst viel später durch Drohungen aller Art den Takt zu bewegen, wenigstens ein Adressenverzeichnis zu übersenden; mehr war von ihm nicht zu erhalten. Das Sekretariat wandte sich also um Auskunft an die Landessekretäre und wurde von diesen allgemein bereitwillig unterstützt. Es wurde das internationale Korrespondenzblatt geschaffen, dessen 6. Nummer vom 15. Februar d. J. (3. Jahrgang, Nr. 1) in einem dreißigtägig geschriebenen Band von 68 Quartseiten vorliegt. Gepflegt wurde besonders die Lohnstatistik und die Statistik über die Organisationsverhältnisse. Unterstützt wurden durch Material über die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern die Eisenbahner in Oesterreich und Italien, sowie in Holland bei den jetzt schwebenden Beratungen der Kammer über die ihnen versprochene Lohnaufbesserung. Ueber die Organisationsverhältnisse ist folgender Ueberblick zu geben: In den Vereinigten Staaten sind in lokalen Sektionen 100 000 Hafnarbeiter organisiert. Eine Zeitung in verschiedenen Sprachen soll erst geschaffen werden. Die Engländer haben sich seit Amsterdam ja von der internationalen Transportarbeiterföderation zurückgezogen, werden aber hoffentlich bald nach Ueberwindung ihrer verständlichen Empfindlichkeit zu ihr zurückkehren. Sie haben in drei gemeinsamen Organisationen für Hafnarbeiter und Docks starke Kräfte vereinigt. In Schweden sind 5500 Hafnarbeiter organisiert. Daß sie gut diszipliniert und opferwillig sind, beweist die Tatsache, daß sie im letzten Jahre 250 000 Kr. aufgebracht haben. Sie haben gute Tarifverträge mit den Unternehmern durchgesetzt. In Norwegen ist die junge Organisation in günstiger Entwicklung. Auch die lange zurückgehaltene Organisation der dänischen Hafnarbeiter geht vorwärts und bereitet ihren Anschluß an die internationale Transportarbeiterföderation vor. In Oesterreich versucht man jetzt, die Triester Hafnarbeiter zu organisieren. Man muß jedoch für sie erst italienische und tschechische Zeitungen anschaffen. In Ungarn ist seit zwei Jahren das Statut für eine Hafnarbeiterorganisation eingereicht, hat aber bis jetzt die erforderliche Genehmigung nicht gefunden. In Holland haben die Getreidearbeiter jetzt trotz der Einführung von Skatoren die Beibehaltung der gleichen Lohnsätze und der gleichen Arbeiterzahl erreicht. Ein Erfolg der Rotterdam Organisation, der bisher in dieser Art ohne Beispiel dastand. Doch dürfte dieser Erfolg wohl vorübergehend sein, da diese Bekämpfung der Maschine doch gründlich ummodern und künstlerisch ist. In Belgien bestehen Vorkomitees, die sich auf dem demnächst stattfindenden Landeskongress zentralisieren wollen, mit zwei Zeitungen. In Frankreich sind die Organisationen durch die vielen Streiks, die durch die Selbständigkeit der einzelnen Spundelate mitverschuldet sind, finanziell und an Mitgliedern sehr geschwächt. Trotz ihrer schlechten Klassenverhältnisse und der herrschenden Arbeitslosigkeit betreiben sie jetzt die direkte Aktion: „Am 1. Mai 1906 an arbeiten wir nur noch acht Stunden.“ Vom Erfolg dieses Vorgehens sind sie so überzeugt, daß sie Veranlassung überhaupt nicht zugänglich sind. Italien hat eine kräftige Organisation nur in Genua; die Hafnarbeiter haben dort ein gemeinschaftliches Vereinshaus, in dem täglich 3000 bis 5000 Hafnarbeiter gespielt werden. In Spanien haben die Hafnarbeiter einen schweren Kampf um die Existenz ihrer Organisation überstanden. Die erhebliche Unterstützung wurde ihnen in jeder Beziehung gewährt. Durch die portugiesische Organisation stehen wir mit den organisierten Kameraden Südamerikas, in Buenos Aires, Montevideo und Rio in Verbindung. In heftigen Kämpfen sind sie im letzten Sommer teilweise auseinandergeprengt worden. Teilweise der Einfluß der Hamburg-Südamerika-Gesellschaft auf die Regierung, teilweise auch politische Unruhen mit folgender Verhängung des Belagerungszustandes erschweren die Organisationsarbeit ungemein. In Australien wirken starke Verbände in Melbourne, Sidney und Brisbane. Durch die Schiedsgerichtsakte erreichen sie mehr als die Kollegen anderswo durch Lohnkämpfe. Schließlich sind auch die Hafnarbeiter in den baltischen Provinzen und in Odessa mit der Bitte um Material an uns herangerufen, weil sie ihre Vorkomitees zu großen modernen Organisationen umgestalten wollten. Ob ihnen das jetzt möglich sein wird, bleibt ja abzuwarten. Neuerdings hat in Karlsruhe ein Kongress von Hafnarbeitern des Mittelmeeres getagt und beschlossen, das tragbare Gewicht auf 50 Kilogramm festzusetzen. Höhere Nachrichten stehen noch aus. Wir arbeiten jetzt noch an einem Telegraphencode, der ermöglichen soll, uns Streiknachrichten rasch zu übermitteln und uns damit von der bürgerlichen Berichterstattung gänzlich frei zu machen.

Die Debatte über die Verschmelzung mit dem Eisenbahner-, Handels- und Transportarbeiter- und Seemannsverband wird wieder aufgenommen, aber nach einigen rein persönlichen Bemerkungen geschlossen. In der Abstimmung wird der geschlossene Kartellvertrag einstimmig angenommen. Da ihn die Generalversammlungen der anderen Verbände bereits genehmigt haben, ist er damit endgültig rechtskräftig geworden. Ueber die Verschmelzung soll nach dem Vorschlage Paul Müllers-Hamburg auf Grund eines von den beteiligten Zentralvorständen auszuarbeitenden Entwurfes eine Urabstimmung im Verbandsrat stattfinden, die für die Binnen-schiffahrt mit Rücksicht auf die eigentümlichen Arbeitsverhältnisse bis zum Winter 1906/07 verschoben wird. Selbst über die Frage der Verschmelzung abzustimmen, um die Meinung des Verbands-tages zu dokumentieren, wird nach dem einstimmigen Votum für die Nichtabstimmung abgelehnt.

Es folgt die Berichterstattung über die internationalen Kongresse in Amsterdam 1904.

Referent Decker-Ragdeburg gibt eine eingehende Darstellung zunächst der Verhandlungen des internationalen Sozialistenkongresses und geht dann auf den 4. Kongress der internationalen Transportarbeiterföderation ein.

Ergänzend führt der gegenwärtige internationale Sekretär Joseph-Hamburg aus: Die Uebertragung der Geschäfte an mich sollte am 1. Oktober 1904 erfolgen. Leider war erst viel später durch Drohungen aller Art den Takt zu bewegen, wenigstens ein Adressenverzeichnis zu übersenden; mehr war von ihm nicht zu erhalten. Das Sekretariat wandte sich also um Auskunft an die Landessekretäre und wurde von diesen allgemein bereitwillig unterstützt. Es wurde das internationale Korrespondenzblatt geschaffen, dessen 6. Nummer vom 15. Februar d. J. (3. Jahrgang, Nr. 1) in einem dreißigtägig geschriebenen Band von 68 Quartseiten vorliegt. Gepflegt wurde besonders die Lohnstatistik und die Statistik über die Organisationsverhältnisse. Unterstützt wurden durch Material über die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern die Eisenbahner in Oesterreich und Italien, sowie in Holland bei den jetzt schwebenden Beratungen der Kammer über die ihnen versprochene Lohnaufbesserung. Ueber die Organisationsverhältnisse ist folgender Ueberblick zu geben: In den Vereinigten Staaten sind in lokalen Sektionen 100 000 Hafnarbeiter organisiert. Eine Zeitung in verschiedenen Sprachen soll erst geschaffen werden. Die Engländer haben sich seit Amsterdam ja von der internationalen Transportarbeiterföderation zurückgezogen, werden aber hoffentlich bald nach Ueberwindung ihrer verständlichen Empfindlichkeit zu ihr zurückkehren. Sie haben in drei gemeinsamen Organisationen für Hafnarbeiter und Docks starke Kräfte vereinigt. In Schweden sind 5500 Hafnarbeiter organisiert. Daß sie gut diszipliniert und opferwillig sind, beweist die Tatsache, daß sie im letzten Jahre 250 000 Kr. aufgebracht haben. Sie haben gute Tarifverträge mit den Unternehmern durchgesetzt. In Norwegen ist die junge Organisation in günstiger Entwicklung. Auch die lange zurückgehaltene Organisation der dänischen Hafnarbeiter geht vorwärts und bereitet ihren Anschluß an die internationale Transportarbeiterföderation vor. In Oesterreich versucht man jetzt, die Triester Hafnarbeiter zu organisieren. Man muß jedoch für sie erst italienische und tschechische Zeitungen anschaffen. In Ungarn ist seit zwei Jahren das Statut für eine Hafnarbeiterorganisation eingereicht, hat aber bis jetzt die erforderliche Genehmigung nicht gefunden. In Holland haben die Getreidearbeiter jetzt trotz der Einführung von Skatoren die Beibehaltung der gleichen Lohnsätze und der gleichen Arbeiterzahl erreicht. Ein Erfolg der Rotterdam Organisation, der bisher in dieser Art ohne Beispiel dastand. Doch dürfte dieser Erfolg wohl vorübergehend sein, da diese Bekämpfung der Maschine doch gründlich ummodern und künstlerisch ist. In Belgien bestehen Vorkomitees, die sich auf dem demnächst stattfindenden Landeskongress zentralisieren wollen, mit zwei Zeitungen. In Frankreich sind die Organisationen durch die vielen Streiks, die durch die Selbständigkeit der einzelnen Spundelate mitverschuldet sind, finanziell und an Mitgliedern sehr geschwächt. Trotz ihrer schlechten Klassenverhältnisse und der herrschenden Arbeitslosigkeit betreiben sie jetzt die direkte Aktion: „Am 1. Mai 1906 an arbeiten wir nur noch acht Stunden.“ Vom Erfolg dieses Vorgehens sind sie so überzeugt, daß sie Veranlassung überhaupt nicht zugänglich sind. Italien hat eine kräftige Organisation nur in Genua; die Hafnarbeiter haben dort ein gemeinschaftliches Vereinshaus, in dem täglich 3000 bis 5000 Hafnarbeiter gespielt werden. In Spanien haben die Hafnarbeiter einen schweren Kampf um die Existenz ihrer Organisation überstanden. Die erhebliche Unterstützung wurde ihnen in jeder Beziehung gewährt. Durch die portugiesische Organisation stehen wir mit den organisierten Kameraden Südamerikas, in Buenos Aires, Montevideo und Rio in Verbindung. In heftigen Kämpfen sind sie im letzten Sommer teilweise auseinandergeprengt worden. Teilweise der Einfluß der Hamburg-Südamerika-Gesellschaft auf die Regierung, teilweise auch politische Unruhen mit folgender Verhängung des Belagerungszustandes erschweren die Organisationsarbeit ungemein. In Australien wirken starke Verbände in Melbourne, Sidney und Brisbane. Durch die Schiedsgerichtsakte erreichen sie mehr als die Kollegen anderswo durch Lohnkämpfe. Schließlich sind auch die Hafnarbeiter in den baltischen Provinzen und in Odessa mit der Bitte um Material an uns herangerufen, weil sie ihre Vorkomitees zu großen modernen Organisationen umgestalten wollten. Ob ihnen das jetzt möglich sein wird, bleibt ja abzuwarten. Neuerdings hat in Karlsruhe ein Kongress von Hafnarbeitern des Mittelmeeres getagt und beschlossen, das tragbare Gewicht auf 50 Kilogramm festzusetzen. Höhere Nachrichten stehen noch aus. Wir arbeiten jetzt noch an einem Telegraphencode, der ermöglichen soll, uns Streiknachrichten rasch zu übermitteln und uns damit von der bürgerlichen Berichterstattung gänzlich frei zu machen.

Die Debatte über die Verschmelzung mit dem Eisenbahner-, Handels- und Transportarbeiter- und Seemannsverband wird wieder aufgenommen, aber nach einigen rein persönlichen Bemerkungen geschlossen. In der Abstimmung wird der geschlossene Kartellvertrag einstimmig angenommen. Da ihn die Generalversammlungen der anderen Verbände bereits genehmigt haben, ist er damit endgültig rechtskräftig geworden. Ueber die Verschmelzung soll nach dem Vorschlage Paul Müllers-Hamburg auf Grund eines von den beteiligten Zentralvorständen auszuarbeitenden Entwurfes eine Urabstimmung im Verbandsrat stattfinden, die für die Binnen-schiffahrt mit Rücksicht auf die eigentümlichen Arbeitsverhältnisse bis zum Winter 1906/07 verschoben wird. Selbst über die Frage der Verschmelzung abzustimmen, um die Meinung des Verbands-tages zu dokumentieren, wird nach dem einstimmigen Votum für die Nichtabstimmung abgelehnt.

Es folgt die Berichterstattung über die internationalen Kongresse in Amsterdam 1904.

Referent Decker-Ragdeburg gibt eine eingehende Darstellung zunächst der Verhandlungen des internationalen Sozialistenkongresses und geht dann auf den 4. Kongress der internationalen Transportarbeiterföderation ein.

Ergänzend führt der gegenwärtige internationale Sekretär Joseph-Hamburg aus: Die Uebertragung der Geschäfte an mich sollte am 1. Oktober 1904 erfolgen. Leider war erst viel später durch Drohungen aller Art den Takt zu bewegen, wenigstens ein Adressenverzeichnis zu übersenden; mehr war von ihm nicht zu erhalten. Das Sekretariat wandte sich also um Auskunft an die Landessekretäre und wurde von diesen allgemein bereitwillig unterstützt. Es wurde das internationale Korrespondenzblatt geschaffen, dessen 6. Nummer vom 15. Februar d. J. (3. Jahrgang, Nr. 1) in einem dreißigtägig geschriebenen Band von 68 Quartseiten vorliegt. Gepflegt wurde besonders die Lohnstatistik und die Statistik über die Organisationsverhältnisse. Unterstützt wurden durch Material über die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern die Eisenbahner in Oesterreich und Italien, sowie in Holland bei den jetzt schwebenden Beratungen der Kammer über die ihnen versprochene Lohnaufbesserung. Ueber die Organisationsverhältnisse ist folgender Ueberblick zu geben: In den Vereinigten Staaten sind in lokalen Sektionen 100 000 Hafnarbeiter organisiert. Eine Zeitung in verschiedenen Sprachen soll erst geschaffen werden. Die Engländer haben sich seit Amsterdam ja von der internationalen Transportarbeiterföderation zurückgezogen, werden aber hoffentlich bald nach Ueberwindung ihrer verständlichen Empfindlichkeit zu ihr zurückkehren. Sie haben in drei gemeinsamen Organisationen für Hafnarbeiter und Docks starke Kräfte vereinigt. In Schweden sind 5500 Hafnarbeiter organisiert. Daß sie gut diszipliniert und opferwillig sind, beweist die Tatsache, daß sie im letzten Jahre 250 000 Kr. aufgebracht haben. Sie haben gute Tarifverträge mit den Unternehmern durchgesetzt. In Norwegen ist die junge Organisation in günstiger Entwicklung. Auch die lange zurückgehaltene Organisation der dänischen Hafnarbeiter geht vorwärts und bereitet ihren Anschluß an die internationale Transportarbeiterföderation vor. In Oesterreich versucht man jetzt, die Triester Hafnarbeiter zu organisieren. Man muß jedoch für sie erst italienische und tschechische Zeitungen anschaffen. In Ungarn ist seit zwei Jahren das Statut für eine Hafnarbeiterorganisation eingereicht, hat aber bis jetzt die erforderliche Genehmigung nicht gefunden. In Holland haben die Getreidearbeiter jetzt trotz der Einführung von Skatoren die Beibehaltung der gleichen Lohnsätze und der gleichen Arbeiterzahl erreicht. Ein Erfolg der Rotterdam Organisation, der bisher in dieser Art ohne Beispiel dastand. Doch dürfte dieser Erfolg wohl vorübergehend sein, da diese Bekämpfung der Maschine doch gründlich ummodern und künstlerisch ist. In Belgien bestehen Vorkomitees, die sich auf dem demnächst stattfindenden Landeskongress zentralisieren wollen, mit zwei Zeitungen. In Frankreich sind die Organisationen durch die vielen Streiks, die durch die Selbständigkeit der einzelnen Spundelate mitverschuldet sind, finanziell und an Mitgliedern sehr geschwächt. Trotz ihrer schlechten Klassenverhältnisse und der herrschenden Arbeitslosigkeit betreiben sie jetzt die direkte Aktion: „Am 1. Mai 1906 an arbeiten wir nur noch acht Stunden.“ Vom Erfolg dieses Vorgehens sind sie so überzeugt, daß sie Veranlassung überhaupt nicht zugänglich sind. Italien hat eine kräftige Organisation nur in Genua; die Hafnarbeiter haben dort ein gemeinschaftliches Vereinshaus, in dem täglich 3000 bis 5000 Hafnarbeiter gespielt werden. In Spanien haben die Hafnarbeiter einen schweren Kampf um die Existenz ihrer Organisation überstanden. Die erhebliche Unterstützung wurde ihnen in jeder Beziehung gewährt. Durch die portugiesische Organisation stehen wir mit den organisierten Kameraden Südamerikas, in Buenos Aires, Montevideo und Rio in Verbindung. In heftigen Kämpfen sind sie im letzten Sommer teilweise auseinandergeprengt worden. Teilweise der Einfluß der Hamburg-Südamerika-Gesellschaft auf die Regierung, teilweise auch politische Unruhen mit folgender Verhängung des Belagerungszustandes erschweren die Organisationsarbeit ungemein. In Australien wirken starke Verbände in Melbourne, Sidney und Brisbane. Durch die Schiedsgerichtsakte erreichen sie mehr als die Kollegen anderswo durch Lohnkämpfe. Schließlich sind auch die Hafnarbeiter in den baltischen Provinzen und in Odessa mit der Bitte um Material an uns herangerufen, weil sie ihre Vorkomitees zu großen modernen Organisationen umgestalten wollten. Ob ihnen das jetzt möglich sein wird, bleibt ja abzuwarten. Neuerdings hat in Karlsruhe ein Kongress von Hafnarbeitern des Mittelmeeres getagt und beschlossen, das tragbare Gewicht auf 50 Kilogramm festzusetzen. Höhere Nachrichten stehen noch aus. Wir arbeiten jetzt noch an einem Telegraphencode, der ermöglichen soll, uns Streiknachrichten rasch zu übermitteln und uns damit von der bürgerlichen Berichterstattung gänzlich frei zu machen.

Referent Schließ-Hamburg beschäftigt sich hauptsächlich mit den Verhandlungen über den Massenstreik und die Raiffeisen. Er führt aus: Man hat davon gefaselt, der Gewerkschaftskongress habe den Massenstreik und die Raiffeisendebatte für verwerflich erklärt. Das ist nicht wahr; nur die Festlegung der Taktik, die sich doch nach den jeweiligen Verhältnissen richten muß, hat der Kongress für unsinnig erklärt. In der Tat hat denn auch das ganze bisherige Gerede über den Massenstreik keinerlei Anhaltspunkte ergeben, nichts als leere Vermutungen sind laut geworden. Jedenfalls hatten die Gewerkschaften die Pflicht, gegen die Verbreitung der völlig verkehrten Friedeburgschen Ideen in die unorganisierten Massen aufzutreten. Eine kleinere Zahl von Kölner Delegierten hat es ja nachträglich für gut gehalten, sich wegen der Zustimmung zur Resolution Bismarck zu entschuldigen. Demgegenüber betone ich, daß ich noch heute auf dem Boden dieses Beschlusses stehe und ihn noch heute ganz unterschreibe. (Beifall.)

Vorsitzender Döring teilt den Eingang folgender Resolution mit:

„Da das Für und Wider der Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses an allen Orten Deutschlands in ausgiebiger Weise erörtert worden ist, verzichtet der Verbandstag auf eine Diskussion. Grundsätzlich werden die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses von den Delegierten anerkannt. Der Verbandstag beauftragt die am nächsten Gewerkschaftskongress teilnehmenden Vertreter der Hafnarbeiter und benachbarten Berufe, die Beschlüsse des Verbandstages dort dem Sinne nach zu vertreten.“

Die Resolution wird debattelos gegen 2 Stimmen angenommen.

Zum nächsten Punkte der Tagesordnung: Bedeutung der Verkehrsmittel für die Arbeiter erörtert der Vertreter der Generalkommission Robert Schmidt ein mehr als zweistündiges Referat. Er legt all die Mängel und Lücken der geltenden Gesetze und ihrer Handhabung dar, aber auch alle die vielfach übersehenen Möglichkeiten, die sie den Arbeitern bieten.

Es folgen die Anträge zum Statut, die von der fünfgliedrigen Mandatsprüfungskommission vorbereitet worden sind. § 6 (Erlaß des Eintrittsgeldes und der Karenzzeit an überretende Mitglieder anderer Verbände) wird auf die 24 Zentralorganisationen beschränkt, die mit dem Verbandsrat in ein Gegenseitigkeitsverhältnis eingetreten sind.

Inmitten der Debatte über eine Beitragserhöhung wird die Verhandlung abgebrochen und ihre Fortsetzung auf Freitag vertagt.

Verichtigung. Im Bericht über die Verhandlungen des ersten Tages (Kritik Deckers an den Dienstverträgen der Schiffahrtsgesellschaften) bezieht sich die Bemerkung: „Vor Mai bis September dürfen die Arbeiter nicht kündigen“ auf die Sächsisch-böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft, die Werbung: „Es dürfen sich nie mehr als drei Arbeiter zugleich beschweren“ auf den Expeditionsverein Mittelbaltische Hafen- und Lagerhaus-Aktien-gesellschaft zu Al.-Bitterberg.

Versammlungen.

Philharmonie-Voyott und Neue freie Volksbühne.

In einer außerordentlichen Generalversammlung der Neuen freien Volksbühne, die am Mittwoch in den Müller-Festsaal tagte, stand als einziger Punkt auf der Tagesordnung: „Wie stellen sich unsere Mitglieder zum Philharmonie-Voyott?“ Der erste Vorsitzende Dr. Eitlinger als Referent behandelte die bekannte Voyottangelegenheit, namentlich auch mit Bezugnahme auf den vorjährigen Streit um die Schillerfeier der Neuen freien Volksbühne in der Philharmonie, um dann auszuführen: Dieses Jahr liege die Sache ähnlich, wie im vorigen. Für Ende April sei eine Beethovenfeier großer Stils beabsichtigt. Es solle ein langgehegter Wunsch der Mitglieder erfüllt und das Spielwerk klassischer Kunst, die Reizmittel Sinfonie mit dem Schlußchor geboten werden. Für diese große Feier stehe ein anderer würdiger Raum als die Philharmonie nicht zur Verfügung. Der Saal sei reserviert. Obwohl man nun nach dem Statut des Vereins ohne weiteres zur Ausführung schreiten könnte, so habe man doch mit Rücksicht auf die große Zahl der Mitglieder, die den Wahlvereinen und sonstigen Organisationen angehören, um ihnen die Teilnahme zu erleichtern, noch einmal den Antrag gestellt, den Voyott für rein künstlerische Veranstaltungen von Vereinen mit Kunstzwecken, also nicht allein für die Neue freie Volksbühne, aufzuheben. Der Antrag sei an die einzelnen Wahlkreise verwiesen worden und die am 17. Februar eingelaufene Antwort des Aktionskomitees des Verbandes der sozialdemokratischen Vereine Berlins laute dahin, daß der Antrag in allen Kreisen mit sehr großen Mehrheiten abgelehnt sei. Die Motive wären überall, daß ein Lokal, was der Partei nicht für Versammlungen zur Verfügung stehe, auch für Vereinsveranstaltungen zu meiden sei, umso mehr, als die Direktion der Philharmonie den Saal anderen politischen Parteien eingeräumt habe. — Diese Antwort entspreche in den beiden Hauptpunkten nicht der Wahrheit. Bis zum 17. Februar habe erst der fünfte Wahlkreis offiziell und der sechste Wahlkreis in einer Vorbereitungsversammlung der Angelegenheit beraten gehabt, während die Mitglieder der anderen Wahlvereine noch keine Gelegenheit dazu erhielten. Und der Behauptung, in letzter Zeit habe die Direktion noch anderen politischen Parteien den Saal zur Verfügung gestellt, sei folgende, der Vertagung der Neuen freien Volksbühne gemachte authentische Erklärung der Direktion entgegen zu halten: Seit längerer Zeit werden die Säle keiner politischen Partei zu politischen Versammlungen hergegeben. Nicht der Bund der Landwirte, sondern die Landwirtschaftliche Gesellschaft veranlasse alljährlich im Oberlichtsaal gegen eine Saalmietungs-Gebühr, wo Vorträge sachwissenschaftlicher Art gehalten würden. Zu gleichen Zwecken und unter gleichen Bedingungen würde die Direktion auch anderen Vereinigungen ihre Säle zur Verfügung stellen. — Somit erfüllten die Gründe für Ablehnung des Antrages auf Freigabe für rein künstlerische Veranstaltungen in nichts. Man sehe, daß der Antrag ohne jede sachliche und gründliche Prüfung behandelt sei, daß man ihn aus bloßer Voreingenommenheit gegen die Neue freie Volksbühne rücksichtslos unterdrückt habe. Vielleicht wäre man anders verfahren, wenn die Neue freie Volksbühne den Antrag gestellt hätte oder ein anderer Verein. Der Eindruck werde noch verstärkt, wenn man den „Vorwärts“bericht über die Verhandlungen im 5. Wahlkreis lese. — Zu betonen wäre noch, daß mit der Philharmonie das an sich völlig selbständige, aber konträrlich an den Saal der Philharmonie gebundene Philharmonische Orchester boykottiert werde. Nur dieses und die Kapelle der Hofoper gäulsten in Berlin allen großen Ansprüchen. Die ganzen Nachteile dieses Voyotts, der nicht das geringste ausrichte, habe die Arbeiterschaft zu tragen, vornehmlich die großen Vereine, die lediglich künstlerischen Zwecken zustrebten und dem Volke die höchste Kunst bringen wollten. Die Neue freie Volksbühne wäre im Recht, wenn sie sich durch einen Voyott, wie den über die Philharmonie, nicht beeinträchtigen lasse, sondern von der Philharmonie und dem Philharmonischen Orchester Gebrauch mache, wenn es der künstlerische Zweck erfordere. Obwohl die Vertagung selber entscheiden könne, lasse doch der Mitgliedschaft Gelegenheit gegeben werden, ihr Votum abzugeben.

Es folgte eine sehr lebhaft diskutierte. Hierzu bedurfte Sprachen, von denen die Hälfte sich für organisierte Parteiveranstaltungen erklärten. Alle erachteten den Philharmonieboykott als die Vereinsveranstaltungen, soweit es sich um rein künstlerische Veranstaltungen handelt, für verwerflich.

und reif für die Aufhebung. Nur einer protestierte dagegen, daß er grundlos und veraltet sei, aber auch er beharrte ihn sehr vom künstlerischen und kunstfreundlichen Standpunkt aus.

Auseinander gingen jedoch die Anschauungen darüber, ob der Voyott von der Neuen freien Volksbühne trotz der Ablehnung seiner Aufhebung bezüglich künstlerischer Vereinsveranstaltungen zu beachten wäre oder nicht. Verschiedene Redner verlangten entschieden, daß der Voyott, so lange er bestehe, und wenn er auch noch so töricht wäre, auch von der Neuen freien Volksbühne zu beachten sei. Sie mißbilligten die Festmachung des Saals durch die Vertagung. — Ihnen standen gegenüber diejenigen, die im Sinne der Ausführungen des Referenten dafür eintraten, daß der Verein die Philharmonie ohne Rücksicht auf den Voyott für die Beethovenfeier benutze.

In der Diskussion wurde mehrfach als Widerstimme bezeichnet, daß nach dem modifizierten Voyottbeschlusse (Freigabe für den einzelnen) die bestgestellten Leute aus der Arbeiterbewegung, die Zeit und Geld dazu hätten, die großen Musikveranstaltungen der Philharmonie einzeln ungeniert besuchen könnten, während der Arbeiter, dem es nur durch Vermittlung seines Bahnvereins möglich wäre, gezwungen sei, darauf zu verzichten.

Ein sehr scharfes Urteil über die Art, wie im fünften Wahlkreis der Antrag auf Aufhebung abgelehnt sei, wurde von einem Genossen aus diesem Wahlkreise gefällt. Und ein Genosse aus dem vierten Kreis rief, daß dort der erweiterte Vorstand allein geurteilt habe. Wer sich als guter Demokrat einem Beschlusse fügen solle, müsse auch seine Stimme dagegen erheben können. — Die Stellungnahme einzelner Ausschußmitglieder der „Neuen freien Volksbühne“ (Robert Schmidt und Friedländer wurden genannt) hat in der Neuen freien Volksbühne lebhaft verstimmt.

Mit etwa 400 gegen 70 Stimmen wurde beschlossen: „Auf Grund des ihr bekannt gegebenen Tatsachenmaterials erklärt die Versammlung den seit 16 Jahren bestehenden Voyott für sachlich unbegründet und im Interesse der Kunstbestrebungen der Arbeiterschaft für schädlich. Sie bedauert die wiederholt auf Grund irriger Voraussetzungen und ohne genügende Prüfung erfolgte Ablehnung des Antrages auf Aufhebung des Voyotts und erklärt sich mit dem bisherigen Verhalten von Vorstand und Verwaltung in dieser Angelegenheit einverstanden.“

Dazu wurde noch auf Antrag Dr. Bruno Wille beschlossen: „Die Rede des Dr. Eitlinger ist als Flugblatt in allen Berliner Arbeiterorganisationen zu verbreiten, damit die Haltung der Neuen freien Volksbühne verstanden wird. Die Mitglieder werden ersucht, für schnelle Aufhebung des Voyotts in ihren Organisationen zu wirken. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands soll um Aufhebung des Philharmonieboykotts angegangen werden.“

Nach der zu diesem Antrag vorher von Dr. Wille gegebenen Erklärung soll seine Ausführung die Veranstaltung der Beethovenfeier in der Philharmonie nicht hindern, sondern einen Versuch zur Wahrung der Interessen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Mitglieder darstellen.

Protest gegen die Anichtspostartensteuer.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller graphischen Berufe, wie Buchdrucker, Lithographen, Steinbruder, Chemigraphen, Kupferdrucker, Lichtdrucker, Postkartenmacher und -Koristoren sowie die beteiligten Hilfsarbeiter, waren am Donnerstag im großen Saale der „Neuen Welt“ etwa 2000 Personen stark versammelt, um gegen die geplante Steuer auf Anichtspostarten Protest zu erheben. Das Referat hielt der Reichstagsabgeordnete Richard Ripinski. Er schilderte in großen Zügen die verheerliche Steuerpolitik des Reiches. Schon durch die Wilhelmsche Zollpolitik sei das graphische Gewerbe, das sich in der ganzen Welt einen guten Absatzmarkt geschaffen habe, schwer getroffen. Beim Abschluß der neuen Handelsverträge haben sämtliche Staaten ihre Eingangszölle auf Erzeugnisse der deutschen Lithographie und Chromolithographie bedeutend erhöht, so daß unbedingt mit einem erheblichen Rückgang für den Absatz dieser Produkte im Ausland zu rechnen sei. In einzelnen Staaten komme die Höhe des Zolles fast einem Einfuhrverbot gleich. Zweifellos würden die Arbeiter der graphischen Berufe auch durch die von der Steuerkommission des Reichstags beschlossene Zigarettenpapiersteuer geschädigt. Am schwersten jedoch müßten die Arbeiter der graphischen Berufe durch die geplante Anichtspostartensteuer getroffen werden. Durch dieses Steuerprojekt seien die graphischen Arbeiter direkt überrollt worden. Erst in der Kommission wurde sie in Vorschlag gebracht und angenommen. Falls sich der Reichstag ebenfalls auf dem Standpunkt der Kommission stellt, so werden die Anichtsarten um 50 bis 400 Prozent verteuert. Eine derartige Mehrbelastung müsse unbedingt einen Rückgang in dem Verbrauch der Anichtsarten herbeiführen und damit Arbeitslosigkeit und Not für die Arbeiter der graphischen Berufe. Es sei daher eine unabweisbare Pflicht dieser Arbeiterkategorie, auf das Entschiedenste gegen eine solche Steuermaßnahme zu protestieren. Die ganze Zollpolitik sei ja unter der Deckscheit eingeleitet worden: Schuß der nationalen Arbeit! Tatsächlich werde die nationale Arbeit aber geschädigt.

An der Diskussion beteiligten sich u. a. auch Oaß von den Steinbrüdern, Reich von den Malern und Lotz von den Buchbindern im Sinne des Referats. Hieraus gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme:

„Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlicher graphischen Berufe Berlins protestieren gegen die geplante Besteuerung der Anichtspostarten. Die geplante Steuer würde die hochentwickelte deutsche Anichtspostartenindustrie, die schon durch die am 1. März in Kraft getretenen Handelsverträge und Posttarife eine schwere Schädigung erlitten hat, auf das empfindlichste schädigen.“

Viele Tausende graphischer Arbeiter und Arbeiterinnen würden durch die Besteuerung der Anichtspostarten arbeitslos werden, wodurch das gesamte graphische Gewerbe in seinen Existenzmöglichkeiten erschüttert und somit der soziale und wirtschaftliche Schaden unermesslich sein würde.

In der geplanten Steuer erblickt die Versammlung auch ein bildungsfeindliches Unternehmen, da die Anichtsarten vielfach künstlerischen und erzieherischen Zwecken dient. Diese Gründe veranlassen die Versammlung, entschiedenen Protest zu erheben.

Die Versammlung beauftragt das Bureau, diese Resolution dem Deutschen Reichstag zu übermitteln, an den sie das Ersuchen richtet, der Anichtspostartensteuer die Zustimmung zu verweigern. Von den Photographen, Schülern, die an demselben Abend ebenfalls eine Versammlung abhielten, war den graphischen Arbeitern folgende Sympathie-Depesche übermittelt worden, die der Vorsitzende Massini unter großem Beifall der Anwesenden zur Verlesung brachte. Sie lautet:

„Die heute bei Pankow versammelten Photographen-Schülern senden den in der „Neuen Welt“ versammelten Angehörigen der graphischen Berufe herzliche Grüße. Sie protestieren ebenfalls energisch gegen die Anichtspostartensteuer und dokumentieren dies durch einstimmige Annahme gleichlautender Resolution.“

Massini teilte sodann mit, daß sich das graphische Kartell demnächst mit der Frage der Einberufung weiterer Protestversammlungen beschäftigen werde und bemerke zum Schluß: Wenigstens könne man sagen, daß durch die Steuerpolitik der Regierung die Arbeiter der graphischen Berufe zusammengeführt worden sind. Er hoffe, daß sich aus dem gegenwärtigen Zusammengehen ein dauerndes entwickeln werde. (Beifall.)

Bund der sozialdemokratischen Lese- und Diskutier-Klubs.

Anfragen und Zuschriften sind zu richten an den Bundesvorsitzenden Adolf Buhl, N. 58, Lybenerstr. 133.

Eröffnung haben Montag:
 „Bühnenliebhaber“ bei G. Degner, N., Koppenhagenstr. 29. — „Gehndrücken“ bei G. Lobig, N., Koloniestr. 15. — „Roabit“ bei Bachstein, N., Salzweberstr. 18.

Wittwoch (mit Ausnahme des Jahrlages):
 „Süd-Ost“ bei Tolkstorf, G. 59. — „Demofibenes“ bei Dornbusch, N., Prinz Eugenstr. 8. — „Uml. Rosenow“ bei Schwarz, N., Dalkdorferstr. 5. — „Mehr Licht“ bei Knapp, N., Gränthalerstr. 5. — „Bedding“ bei Hoffmann, N., Pajewallestr. 17.

Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat: „Sokrates“ bei Alex. O., Warthauerstr. 61. — „Eintracht“ bei Dörwald, O., Stralauer-Allee 17 E.

Freitag nach dem 1. und 15:
 „Nordwärts“ bei Kusch, C., Hirtenstr. 5. — „Johann Jacoby“ bei Dugge, N., Rastanien-Allee 46/46.

Sonntags:
 „Arzte Zusammenkunft“ im Gewerkschaftshaus (Zimmer 25), SO., Engel-Platz 15.

Vermischtes.

Lachende und sehende Laternen. Die Potsdamer Straßenlaternen, die sich im allgemeinen nicht durch zu große Helle auszeichnen, scheinen nach einem Bericht der „Potsdamer Tageszeitung“ (Zustellungsblatt) über die Illumination am Abend des Silberhochzeitstages des Kaiserpaars doch recht „helle“ gewesen zu sein. Das Blatt liefert sich nämlich folgende köstliche Stillsätze: „Fahler, halb-erlöschener Geisteraugen gleich starrten neidisch ob der sie siegreich verdrängenden Helle die Straßenlaternen melancholisch vor sich hin. Heut ward ihre sonst oft heißbegehrte und ersehnte Hülle übersehen und mißachtet. „Wer zuletzt lacht, lacht am besten“ dachten sie schadenfroh. Die zweifelhafte Herrlichkeit ist bald vorüber, und dann kommen wir wieder an die Reihe.“ Klüßelten sie hämisch den dicken, schweren Regentropfen zu, welche neugierig durch die Glasscheiben ihnen ins Herz feben wollten. Einfindend und galligstimmig stimmten die feuchten Sendboten schlechter Himmelslaune ihnen bei — „hui“ — melancholisch vor sich hinstarrende Laternen, welche lachen, schadenfroh denken, hämisch klüßelten können und dazu ein Herz haben, dazu grinzende und galligstimmige Regentropfen, mehr kann man doch wahrlich nicht verlangen. Was werden die Potsdamer Straßenlaternen

für Augen gemacht haben, wenn sie diesen Herzenserguß des Stadtmoniteurs gelesen haben. Hui!

Der verbrannte Thron. Die deutsche „St. Petersburgs Zeitung“ berichtet aus Moskau: In hiesigen Künstlerkreisen wird gegenwärtig eine höchst ergötzliche Geschichte viel beachtet. Im Großen Theater sollte die Reinszenierung einer bekannten Oper von statten gehen, und dazu brauchte man unter anderem einen neuen ägyptischen Thronstuhl. Einer der jüngeren Theatermaler wurde beauftragt, dieses Prachtstück mit Hieroglyphen zu schmücken. Er tat, wie ihm geheißen und auf der Rücklehne des Thrones prangten bald die schönsten Zeichen der ägyptischen Zeichenschrift. Einem Freunde jedoch vertraute der Maler an, was diese Aufschrift bedeute, wenn man sie nur richtig zu lesen verstände, nichts anderes als: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Die Kunde von dieser lächerlichen Tat des Theatermalers verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den Schauspielern und gelangte endlich auch zu den Ohren der Verwaltung. Schredendbleich fürzten die würdigen Herren herbei, um das provokatorische Möbelstück in Augenblicke zu nehmen. Unter den Angestellten des Theaters wurde eine Rundfrage veranstaltet, ob jemand Hieroglyphen zu lesen verstehe. Es fand sich auch richtig ein Ägyptologe aus Verdichtem, der im Tonfalle des heiligsten Erntes versicherte, die sichtbaren Zeichen auf dem Thronstuhl hätten allerdings jene fürchterliche Bedeutung, die der verbrecherische Maler seinem Freunde verraten habe. Daraufhin wurde der ganze teure Thronstuhl sofort vernichtet und der Maler zur Verantwortung gezogen. Zu spät beteuerte er, daß es sich nur um einen Spas handle und daß er von ägyptischen Hieroglyphen ebensowenig eine Ahnung habe wie die Richter seines Kunstverbrechens — das Wort seiner Hände brannte schon im Theaterofen. Ein russisches Sprichwort meint in solchen Fällen sehr richtig: „Die Furcht hat große Augen“, von langen Ohren schweigt es jedoch nachweislich.

Essentielle Bibliothek und Leseshalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann SW., Alexanderstr. 25 Gedruckt täglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 4. März, vormittags 8 1/2 Uhr, im Kaffeehaus, Canal 109, Eingang Lindenstraße: Versammlung. Freireligiöse Vorträge. — Um 10 1/2 Uhr vorm. in der Schul-Kassa, kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Die Nähe vom Sündenfall“: Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

In der humanitären Gemeinde. Niederrast 12, in der Aula der Friedrichswertherischen Oberrealschule, hält am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr Herr Balder Kanasse bei freiem Eintritt einen Vortrag über: „Der Glaube als Kulturträger“.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rixdorf-Bezirk. Sonntag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Hoppe, Hermannstr. 48/50: Versammlung mit Damen. Vortrag des Kollegen Fels über: „Die Historie der Juden“. Gäste willkommen. Gemütliches Beisammensein.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. Kommen Sie damit zwischen 12 und 1 Uhr mittags auf die Redaktion, Zimmer 10. — S. 7. 27. Ist nicht bekannt. — Stud. Stupel Öffentliche Bibliothek und Leseshalle, Berlin, Alexanderstr. 25. — Hans Hein. Fragen Sie einen Rat. — L. E. 1906. Offiziell kann es in Preußen-Deutschland dergleichen Organisationen nicht geben. Unsere Ideen verbreiten sich aber trotzdem auch in diesen Kreisen immer mehr.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschulden-Direktion. Rindfleisch Ia 63—66 pr. 100 Pfund, IIa 54—62, IIIa 49—53, IVa 39—47, Kalbfleisch Ia 80—88, IIa 63—75, IIIa 54—60, Hammelfleisch Ia 60—71, IIa 54—60, Schweinefleisch 72—77, Rotfleisch 0,60, Danmüll 0,00—0,00, Raminchen Stück 0,90—1,00, Söhner Stück, alte 1,55—2,60, junge 0,90—1,30, da. IIa 0,00—0,00, Tauben, junge 0,50—0,60, alte 0,45, Enten, Stück 1,25—2,00, Gänse pr. Pfd. Ia 0,00, IIa 0,00—0,00, russische 0,30—0,50, R. Speckstücke 00—00, R. Rinder 8—11 R., pro 100 Pfd. Rechte 91—106, Schlei 100,00, Hefe, groß 0,00, mittel 0,00—0,00, Wägen 62—66, Karpen 00, Rheinisch 675, Seelachs 20—25 R., pr. 100 Pfd. Schottische Kollherlinge (gelazen) 40—44 R., Eier, Schaf 3,40—3,50, Butter pro 100 Pfund Ia 121—123, IIa 118—120, IIIa 115—118, abfallende 108—110, Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote Tuberlinge 2,00—2,20, magr. bon. 2,10—2,35, cunbe weiße 1,80—2,00, Weizenmehl pr. Schaf 7,00—12,00, Weizenmehl pr. 100 Pfd. 4,25—4,50, Roggenmehl pr. Schaf 6,00—10,00, boll. 15—20 R. Saure Gurken, Schaf 2,00 R., Pfeffergurken 2,00 R.

Witterungsüberblick vom 2. März 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur
Swinemünde	748	SB	4	beleg	Saparanda	742	SB	1	Rebel
Damberg	752	SB	3	abw. dd.	Petersburg	739	OND	1	Rebel
Berlin	753	SB	3	beleg	Sibir	760	SB	5	Rebel
Kranitz	756	SB	2	bedekt	Aberdeen	757	SB	3	Schnee
Randow	758	SB	7	bedekt	Paris	759	SB	2	bedekt
Stettin	754	SB	7	wolkig					

Wetter-Prognose für Sonntag, den 3. März 1906.
 Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Niederschlägen und ziemlich frühen westlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 3. März.
 Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus. Samson und Dalila. Schauspielhaus. König Richard der Zweite.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Neues. Erdgeist.
Wägen. Schützenfest.
 Nachmittags 3 Uhr: Jopj und Schmetz.
Berliner. Nachtasyl.
 Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Nacht der Finsternis.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Ueber unsere Kraft. (2. Teil).
Reißing. Und Pipa tanzt.
Metropol. Auf ins Retropol.
Walhalla. Heinrich Heine. Die Ballhaus-Luna.
Kleines. Kinder der Sonne.
Komische Oper. Don Pasquale.
Reichens. Der Prinzgemahl.
Zentral. Die Niderman.
 Nachmittags 4 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot.
Trianon. Loulou.
Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba.
 Nachmittags 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.
Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle.
Thalia. Bis früh um fünf.
 Nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart.
Luisen. Ein Sommernachtstraum.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kokino. Die Herren Söhne.
Apollo. Insel Tullipatan. Spezialitäten.
Herrnfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Gottes Caprice. Nach dem Japsenstreich. Der Beheme.
Wintergarten. Sabaret: „Die Kaiserin der Sahara“. — Spezialitäten.
Welle-Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Tautenstr. 48/49.
 8 Uhr: Am Golf von Neapel.
 8 Uhr: Hofmanns Erzählungen.
Zentral-Theater. (Operette.) 4 Uhr halbe Preise: Schneeweißchen und Rosenrot. 8 Uhr: Die Niderman.
Luisen-Theater. Anfang 8 Uhr.
Ein Sommernachtstraum. Sonntag nachm.: Ein Sommernachtstraum. Abends: Graf Olex. Montag: Die Waise aus Lomood.
Deutsch-Amerikanisches THEATER. Zum 71. Male: ER & ICH. Jeden Abend 8 Uhr!! Gastspiel Ad. Philipp. Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle. Morgen nachm. 3 Uhr: Jahrmart in Pulsnitz. Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.
Apollo-Theater. Heute neues Programm: Liane d'Eve. Etoile Parisienne. Herkules u. Venus. Doppel-Kraft-Creation.
Prolongiert! Gobert Belling mit seinen vierhändigen Komikern.
Prolongiert! Gipsy Woolf und ihre 6 Vicentinis. 8 Uhr: Insel Tullipatan. Operette.
Berliner Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters.
Nachtasyl. Sonntag 2 1/2 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Widerspenst. Zähmung. Sonntag: Nachtasyl. Montag: Zar Feodor Joannowitsch.
Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Erdgeist. Sonntag, Montag:
Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater. Anfang 8 Uhr.
Kinder der Sonne. Sonntagmittags 12 Uhr: Malinee der Dramatischen Gesellschaft. Abends 8 Uhr: Kinder der Sonne.

Urania

Tautenstr. 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath: Elektromotoren und Dynamomaschinen.
 Theater 4 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Sternwarte invalidenstr. 57/62.

Zentral-Theater

(Operette.) 4 Uhr halbe Preise: Schneeweißchen und Rosenrot. 8 Uhr: Die Niderman.

Komische Oper.

Sonnabend, 3. März, abends 8 Uhr:
Don Pasquale.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Don Pasquale. 8 Uhr: Hofmanns Erzählungen. Montag: Don Pasquale.

Luisen-Theater

Anfang 8 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
 Sonntag nachm.: Ein Sommernachtstraum. Abends: Graf Olex. Montag: Die Waise aus Lomood.

Ein Sommernachtstraum.

Sonntag nachm.: Ein Sommernachtstraum. Abends: Graf Olex. Montag: Die Waise aus Lomood.

Deutsch-Amerikanisches THEATER.

Zum 71. Male: ER & ICH. Jeden Abend 8 Uhr!! Gastspiel Ad. Philipp. Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
 Morgen nachm. 3 Uhr: Jahrmart in Pulsnitz. Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.

Apollo-Theater.

Heute neues Programm:
Liane d'Eve. Etoile Parisienne.
Herkules u. Venus. Doppel-Kraft-Creation.
Prolongiert! Gobert Belling mit seinen vierhändigen Komikern.
Prolongiert! Gipsy Woolf und ihre 6 Vicentinis. 8 Uhr: Insel Tullipatan. Operette.

Berliner Theater.

Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters.
Nachtasyl.
 Sonntag 2 1/2 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Widerspenst. Zähmung. Sonntag: Nachtasyl. Montag: Zar Feodor Joannowitsch.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Erdgeist.
 Sonntag, Montag:
Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Kinder der Sonne.
 Sonntagmittags 12 Uhr: Malinee der Dramatischen Gesellschaft. Abends 8 Uhr: Kinder der Sonne.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns Koloratur-Sängerin.
Fritz Schönbauer mit seinen lustigen Geschichten. Ferner: 14 originelle Spezialitäten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
 Schauspiel in 5 Akten v. Leo P. Tolkstorf. Uebersetzt von Raphael Löwenfeld.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Nora.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
 Montag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil).
 Schauspiel in 4 Akten, von Hydruntjerne Hjörnung.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
 Montag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil).

Zirkus Albert Schumann

Heute abend präziöse 8 Uhr:
XXIV. Grande Soirée High Life.
 II. a.: Der größte u. sensationellste Dressurakt der Gegenwart, vorgeführt von einer Dame.
 Herr Julius Seeths wunderbare dressierte

Zirkus Busch.

Neu! Dressierte Neu! **70 Eisbären 70** unter persönlicher Vorführung des Herrn Hagenbeck.
 Zum Schluss (um 9 1/2 Uhr): Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlin:
Indien.
 Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch. Besonders hervorzuheben: Eine Witwenverbrennung.
 Avis! Morgen 2 gr. Vorstellungen, nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder auf allen Sitzplätzen halbe Preise.

65 Abessinier

in **Castans Panoptikum** Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree!

Kasino-Theater

Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die Herren Söhne.
 Volkstück in drei Akten von Waller u. Stein.
 Vorher das neue hunte Märzprogramm. Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
 Morgen Sonntag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr bei vollständigen Preisen:
Adam und Eva.
 Abends 8 Uhr:
Die jürlischen Verwandten.
 Billet-Vorverkauf Sonntag vorm. von 10 bis 1 Uhr an der Theaterkasse.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
 Heute zum 123. Male, morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
 Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Kanroß u. H. Chancel.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Folies Caprice

Budapester Possen-Theater
 132 Linienstr. 132.
 Ecke Friedrichstraße.
 Zum 167. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
 Vorher: **Der Beheme** u. d. ausgezeichn. Spezialitätenell. Anfang 8 Uhr.
 Vorher: tägl. b. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vormittags an.

Trianon-Theater.

Anfang Loulou. 8 Uhr.
 Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.
Sanssouci. Kottbusser Str. 4a. Dir. Wilhelm Reimer. Sonnt. Mont. Donnerst.: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen. Sonnt. 2 u. 5, Wochen 3 u. 6. Dienst. Mittw.: Theat.-Ab. Vmerb. i. d. gr. Theateraal 3. nächst. Saison (u. i. Mittw.) w. schon jetzt aufg.

Restaurant „Zum Prälaten“

Rummelsburg. Inh.: F. Boragk.
 Montag, den 5. März:
Original-Harburger Sänger.
 Direktoren: C. Frick und Fr. Kascho-Krauso. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Vorzugsarten gelten. Sonntag: Gr. Spezialitäten-Vorst.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 152.
 Täglich abends 8 Uhr:
Die lebende Brücke auf Kuba.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung (keine Preise).
Der gestiefelte Kater.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Maskenball des Holzarbeiter-Verbandes (Branch der Stellmacher).
 Sonntag: Von Stufe zu Stufe. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Fröbels Allerlei-Theater
 Schöndorfer Allee 148.
 Jeden Sonntag und Mittwoch: **Konzert**
Theater, Spezialitäten, Tanz.
 Anf. Sonntag 6 Uhr, Mittwoch 8 Uhr.
Palast-Theater
 Burgstr. 24, 2. Rm. u. 3. Hofe.
 Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Signor Montani
 Hunde- u. Reiterdressur.
Soeurs Magda u. Else
 Doppel-Draht.
Margarit et Dettmar
 Original-Tanz-Duo.
'ne feine Nummer!
 Burleske von Max Koch.
 Mädelst. . . . Dr. H. Binkler.
 Familienarten in Barbier, Pfeifen- und Zigarrengeschäften unentgeltlich.
Gustav Behrens
 Spezialitäten-Theater
 Frankfurter Allee 85.
Das sensationelle, vollständig neue März-Programm.
Nur Schlager.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Letzter Monat diesjähriger Spielfaison!
 Zum 117. Male:
Familientag im **Hause Prellstein.**
 Komödie in drei Akten mit den Autoren H. u. D. Herrnfeld in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11—9 Uhr.
Sonntag, den 1. April: Abschieds-Vorstellung im alten Hause!!

Etablissement Buggenhagen

Horitzplatz. Täglich
 in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Neu eröffnet! Hüte

Einzelverkauf zu Engrospreisen.
 Herrenhüte, steif und weich, nur moderne Fassons, Stk. 1,25 R.
 Konfirmandenhüte spottbillig.
 Holzmarktstr. 34a, 1 Treppe, Ecke Andreasstraße.

Sy Sy ???

Reichshallen.
 Täglich: Stettiner Sänger.
 Neu! Mozart, Wagner, Offenbach.
 Russt. Selbstbild v. Kessfel.
 Anfang
 Sonntag 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Richtig Deutsch! schreiben und schön schreiben!

deutsch, lateinisch, Stenographie, Buchführung! einfache, doppelte, amerikanische, erkennen Sie ungeniert und spielend leicht durch unseren brieflichen Unterricht. Probeblatt 50 Pf. Prospect gratis.
„Handelwissenschaft“
 Nachkass für Kontor und Bureau, Berlin S. 42, Prinzenstr. 26. d.

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**

die Lederhose Herkules tragen.
Klein-Verkauf. Sehr festes Leder in
praktischen grünen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knapp-
mäule. Haltbarste Blot- u. Falten.
Große Hüften umsonst. Die Hose

bei Entnahme von
6 Stück 25 Mt. **4 Mt. 50**

- Wandhosen-Hose Marke Gam-
brunn, Futterseite ... 5 Mt. 50
- Gelbblauer Wandhosen-Jacke 14,50, 8,75
- Gelbblauer Wandhosen-Jacke 12, 9,75
- Gelbblauer Wandhosen-Jacke 11, 9,75
- Gelbblauer Wandhosen-Jacke 10, 9,75
- prima Röder-Gewebe ... 2 Mt. 50
- Gelbblauer Wandhosen-Jacke ... 2 Mt. 10
- prima Röder-Gewebe ... 2 Mt. 10
- Weiße Freizeithose ... 2 Mt. 75
- Rondhosen-Jacke, Dackel ... 1 Mt. 50
- Wandhosen-Jacke ... 2 Mt. 25
- Mechaniker-Hose (braun) ... 2 Mt. 40
- Weiße Lederhose, Dackel ... 7,50, 3 Mt. 75
- Weiße Lederhosen ... 4,50, 2 Mt. 90
- Reißreißer-Hose, blau, nach Vorbest. ... 5 Mt. 50
- Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseest. 31 u. 25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 28. März 1906 wird
kostenlos und kostenlos zugelandet.
Bei Bestellung von Holz ist die
Lagerung und die Schnittlänge, bei
Jacken und Hosen die Brustweite
anzugeben. 36882
— Versand von 20 R. an franco. —

Nathan Wand

129 Stallhüterstr. 129.
Die schönsten
Herren - Sommer - Paletots
und Anzüge in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Bauganzüge sind in
großer Auswahl stets zu taumend
billigen Preisen zu haben.

**Verband der Maschinisten und Heizer sowie
Berufsgenossen Deutschlands.**

(Verwaltungsstelle
Berlin u. Umgegend.)
Sonntag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, bei Volgt,
Nitterstr. 75:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Anträge für die General-
versammlung zu Rammheim. 2. Verschiedenes. 3. Franzosen.
138/8 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Senefelder-Bund

(Verband der Lithographen, Steindruckere u. verw. Berufe).
Montag, den 5. März 1906, abends 8 Uhr, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: Berichtserstattung über die Tarifverhandlungen
des Senefelder-Bundes. Referent: Kollege Joh. Haß. Diskussion. 288/20
Die Verwaltungen erwarten vollständigen Besuch dieser wichtigen
Versammlung.

Achtung! Kleber. Achtung!

Von Montag, den 5. d. M., an tritt für die nächsten drei Wochen
die rote Marke in Kraft, und muß dieselbe im 5. Felde der Karte
geklebt sein. Jeder zu tarifmäßigen Preisen arbeitende Kleber muß im
Besitz dieser Karte sein. Die Karten werden verabsolgt: Sonntag
den 4. März, von 9—12 Uhr vormittags bei Krüger, Lychnersstr. 8;
Stephan, Wienerstr. 31; Fode, Kunststr. 6; Pankow, Perlebergerstr. 32;
Kider, Steinmehlf. 35; Büttner, Fruchtstr. 54, sowie Sonnabend
und Sonntag bei Werker, Bergstr. 10; Raich, Charlottenburg,
Pestalozzistr. 82, Duerges, I, sowie täglich im Verbandsbureau, Engel-
Ufer 15, Zimmer 35.

Achtung! Zur besseren Kontrolle der am 1. März ein-
getretenen Tarifserhöhung ist es unbedingt nötig,
daß jede Firma am Sonntag vertreten ist. Meldungen sind an
obige Stellen sowie an das Verbandsbureau zu richten.
177/9 Die Verbandsleitung.

**Einsegnungs-
Anzüge**

in den neuesten Façons
Tuchkammgarn, Rippskammgarn u. Cheviot, reich-
haltigste Auswahl, gute Verarbeitung zu
den billigsten Preisen, empfiehlt

**Julius
Lindenbaum,**

Große Frankfurterstr. 141,
Ecke Fruchtstraße. 302L.
Größtes Etablissement
des Ostens, Nordostens u. Südostens.
Anerkannt reellste u. billigste Bezugsquelle.

Pankstraße Ecke Thurneysserstr.
Letzte Woche. Sonntag, den 11. März
leichter Tag.
Kaases umschlossene, elektrisch konzentrische

Stufenbahn

Rechte Woche. 1625 Sonntag, den 11. März: Leichter Tag.

**Verband der Buch- u. Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands. Berlin, Zahlstelle I.**

Die Denkmals-Entwässerung für
unser verstorbenen Kollegin Frau
Ida Gottwaldt findet am 4. März
dieses Jahres, nachmittags präzise
1 Uhr, auf dem Kirchhofe der Kaiser-
Friedrich-Gedächtnis-Gemeinde
(Ploßensee) statt.
Hohe Beteiligung erwartet.
1476 Der Vorstand.
Die Nachfeier findet im Scher-
haufe in Ploßensee statt.

**Einsegnungs-
Anzüge
Robert Bohn,**
Berlin N., Invalidenstr. 135.
Herren- u. Knaben-
Garderoben
fortig u. nach Maß.
Strong reell!

Nathan Wand

129 Stallhüterstr. 129.
Die schönsten
Herren - Sommer - Paletots
und Anzüge in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Bauganzüge sind in
großer Auswahl stets zu taumend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallhüterstr. 129.
Hochbahnhofsstation Köttbuser Str.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Vereinigung der Maler,
Lackierer, Anstreicher.**

Filiale Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Telefon: Amt IV, 9720.

Sonntag, den 4. März, mittags 12 Uhr, in „Kellers Festhale“, Kopenstraße 29:
Mitglieder - Versammlung.

Tages-Ordnung:
Unsere Lohnbewegung.
Zu dieser Versammlung haben nur Mitglieder Zutritt und erwarten wir, daß diese vollständig erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. 124/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau:
Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9670

Am Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, in der
„Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Ortsverwaltung. 2. Rassenbericht. 3. Dis-
fussion. 4. Neuwahlen (1. Bevollmächtigter, 2. Kassierer, ein Re-
visor und zwei Beisitzer).
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Die Wahl der Delegierten zum Verbandstage
Sonntag, den 4. März, von 10—12 Uhr vormittags
in folgenden Lokalen statt:

- Borussia - Säle, Ackerstraße 6/7.**
- Stecherts Festsäle, Andreasstraße 21.**
- Graumann, Naunynstraße 27.**
- Arminhallen, Kommandantenstraße 20.**

Jeder Kollege kann in dem Lokal wählen, welches für ihn am bequemsten zu
erreichen ist. Mitgliedsbuch legitimiert.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Vertrauensleute werden ersucht, ihren Werkstattkollegen die Mitglieds-
bücher zum Sonntag zu übermitteln.
Die Ortsverwaltung.

**Ordentliche
General-Versammlung**

der Vertreter der Arbeitgeber
und Arbeitnehmer der
Orts-Krankenkasse
der
Maschinenbauarbeiter
und verwandten Gewerbe zu Berlin
am Freitag, den 16. März cr.,
abends 8^{1/2} Uhr, im Wilhelmschen
Lokal, Brunnenstraße 188.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das
abgelaufene Geschäftsjahr. 2. Bericht
der Kommission zur Prüfung der Jahres-
rechnung und Erstellung der Decharge.
3. Statutenänderung: a) Antrag des
Vorstandes auf Abänderung des § 12.
b) Antrag Geisler und Genossen auf
Abänderung des § 13. c) Antrag
des Vorstandes auf Abänderung des
§ 33. 4. Verschiedenes.

Anfragen und Beschwerden, zu
welchen die Einsicht in die Kassien-
bücher notwendig ist, müssen mündlich
oder schriftlich behufs Beantwortung
derselben in der Generalversammlung
bis zum 11. März cr. dem Vorstand
mitgeteilt werden.

Nach Schluß dieser Generalver-
sammlung findet in demselben Lokal
eine Generalversammlung der Ver-
treter der arbeitnehmenden Mitglieder
behufs Annahme der Zahlen von 2
Vorstandsmitgliedern statt. (Aus-
scheidende die Herren S. Blant, Emil
Damaschke, letzterer hat bereits am
15. Januar d. J. sein Amt nieder-
gelegt.) 161b

Am recht zahlreichen und pünktliches
Erscheinen wird gebeten.
Das Mandat legitimiert.
Berlin, den 2. März 1906.
Der Vorstand.
H. Blank.

Lederarbeiter!

Sonntag, den 4. d. Mts.,
vormittags 9^{1/2} Uhr
Mitglieder-Versammlung
der Filiale I Berlin
im Marlenbad, Wühlstraße 35.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Vorbereitung
unserer Lebensmittel. 2. Diskussion.
3. Aufnahme und Aufnahme neuer
Mitglieder. 4. Bericht des Vorstandes.
5. Verschiedenes. 1589
Der wichtigsten Tagesordnungspunkt
erwartet zahlreichen Besuch.
Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe
zu Berlin.**

Sonntag, den 25. März, vormittags 10^{1/2} Uhr, im großen Saale
des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Ordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung pro 1905 durch den Kassieren.
2. Bericht des Rechnungsausschusses bezgl. Dechargeerteilung.
3. Ergänzungswahl des Rechnungsausschusses für das Jahr 1906.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand. Otto Bonhoff, Schriftführer.

12. Abänderung des Rassenstatuts.

Auf Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 19. November
1905 haben nachstehend aufgeführte Paragraphen des Rassenstatuts folgende
Änderungen erfahren:
§ 10 Absatz 1 Nr. 3.
Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom Tage des Eintritts derselben
für jeden Arbeitstag und für die Festtage, welche nicht auf einen Sonntag
fallen, die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes (§ 9) als Krankengeld;
diejenigen Mitglieder, welche der Klasse ununterbrochen mindestens 26 Wochen
angehört haben, erhalten im Falle der Erwerbsunfähigkeit bis zu 26 Wochen
60 % für die fernere Erwerbsunfähigkeit bis zu 52 Wochen 50 % des
durchschnittlichen Tagelohnes als Krankengeld.
Das Krankengeld beträgt somit bei

I. Klasse	0,50 M.	II. Klasse	0,60 M.
II. "	0,75 "	III. "	0,90 "
III. "	1,25 "	IV. "	1,50 "
IV. "	1,75 "	V. "	2,10 "
V. "	2,00 "		2,40 "

Dem § 21
wird folgende Bestimmung angefügt:
Auf Anweisung des Vorstandes haben erkrankte Mitglieder sich einer
Krankunterzählung durch einen Vertrauensarzt zu unterziehen.
§ 12 Absatz 1.

Die Krankenkontrolle geschieht durch Angestellte der Klasse und durch
freiwillige Kontrolloren, welche der Vorstand nach Bedarf aus Mitglieder-
kreisen beruft, und deren Tätigkeit durch ein Regulatorium geregelt ist. Für
die allwöchentlich zu liefernden Krankenscheine und für den durch Wahr-
nehmung der Kontrolle ihnen erwachsenden Zeitaufwand wird den freiwilligen
Kontrolloren auf Verlangen eine Entschädigung gezahlt, deren Höhe der
Vorstand festsetzt.

Diese Abänderungen treten mit dem Tage der ordnungsmäßigen Ver-
öffentlichung in Kraft.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe.
J. Blenz, Vorsitzender. Otto Bonhoff, Schriftführer.
Genehmigt durch Beschluß vom 30. Januar 1906.
Der Bezirksausschuh zu Berlin,
Abteilung II.
Kajzer.

13. Abänderung des Rassenstatuts.

Auf Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 19. No-
vember 1905 hat das Rassenstatut folgende Änderung erfahren:
§ 51.
Der letzte Absatz des § 51 des Rassenstatuts wird gestrichen.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe.
J. Blenz, Vorsitzender. Otto Bonhoff, Schriftführer.
Genehmigt durch Beschluß vom 30. Januar 1906.
Der Bezirksausschuh zu Berlin,
Abteilung II.
Kajzer.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß mein lieber Mann, der
Gastwirt

Hermann Hornburg
nach längerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. März, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, vom Trauer-
hause, Raimgerstr. 15, Hildori,
nach dem Jerusalem Kirchhofe
statt.
Um stilles Beileid bitte!
Witwe Emma Hornburg.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.**

Todes-Anzeige.
Den Bekannten zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schan-
wirt
Hermann Hornburg
(7. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3^{1/2} Uhr vom
Trauerhause, Raimgerstr. 15/16,
aus statt.
332/5 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, den 1. März,
verstarb nach kurzem Leiden mein
lieber Mann, unser guter Vater,
der Schlichter
Gustav Brückner
im 70. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. März, nach-
mittags 2^{1/2} Uhr vom Kranen-
hause Mosbit (Baraden), Birken-
straße 63 aus nach dem Danes-
Kirchhof, N., Plankestraße -
Räuberstraße - statt.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau E. Brückner,
Ernst u. Hugo Brückner, Söhne.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Arbeiter
Gustav Otto
verstorben ist.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, die Schrauben-
dreherin
Frieda Schulze
gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
113/10 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten
hiermit die traurige Nachricht, daß
am 1. März unser lieber Sohn,
Bruder, Schmagner und Dinkel
Paul Braak
nach kurzem Krankenlager an Herz-
leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 4. d. M., nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Pauls-Kirchhofes in Ploßensee
aus statt. 1585
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Verwandten.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Former
Adolf Fanger
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. März, nach-
mittags um 4 Uhr, von der
Leichenhalle des neuen Pauls-
Kirchhofes in der Seefstraße
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
113/11 Die Ortsverwaltung.

**Ortskrankenkasse der
Stadt Schöneberg**

Vom Sonntag, den 12. März 1906
ab befindet sich das Kassienlokal
in unserem Geschäftshause Grune-
waldstraße 42, Hof 1 Zr.
270/10* Der Vorstand.

**Kraft-Rothwein
für Diätarme
u. Kranke
ärztlich
empfohlen**

Feurig-
Süßes
Fi.150
u. 2M.
überall
haben

Santa Lucia

In Apotheken, Drogen- u. Delika-
tessen-gesch., steht unter ständiger
Kontrolle d. chem. Laboratoriums
Dr. C. Bischoff.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1983.

Nr. 52. Sonnabend, den 3. März 1906.

Inserate sechsgepaltene Kolonetzelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Grünau. Heute, Sonnabend, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Wendenschloß“ eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in der Genosse Dr. Borchardt über: „Unsere Volksschule und die Stellung der Sozialdemokratie zu derselben“ sprechen wird. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Einberufer.

Mahlsdorf. Am Sonntag, den 4. März, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokale von Bernerle eine Gemeindevahlerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Gemeindevahlen. Referent: Hans Weber. 2. Diskussion.

Wilhelmsruh-Nordend. Achtung! Sonntag, den 4. März, vormittags 9 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl von Parthys Lokal, Prinz Heinrichstraße, aus. Jeder muß zur Stelle sein. — Die öffentliche Wählerversammlung findet Montag, den 5. März, bei Deutschmann statt. Genossen, agitiert für fleißigen Besuch!

Pankow. Für die Bezirke „Kochly“ und „Krause“ (Kaiser Friedrichstraße) findet am Sonntagmorgen 7 1/2 Uhr von den Lokalen Griffel- und Piper aus eine Handzettelverbreitung statt. Die Genossen, deren Mitgliedsbücher noch nicht an die Bezirksführer abgegeben waren, werden ersucht, dieselben mitzubringen, damit die Ausstellung und Ausgabe der neuen Bücher glatt konstatieren gehen kann.

Voghten-Rummelsburg. Zu der am Dienstag, den 6. März, anberaumten Wählerversammlung findet am Sonntag früh 7 1/2 Uhr Flugblattverbreitung statt. Die Genossen treffen sich in folgenden Lokalen: A. Gorgas, Neue Prinz Albertstr. 78; B. Ritter, Schillerstraße 26; Lorenz, Wühlischstr. 38; Langfeld, Simon Dachstraße, Ecke Komintenerstraße; Seyepand, Soethestr. 10; Galtow, Kantstraße 44; P. Jage, Prinz Albertstr. 11/12; G. Tempel, Alt-Bog-hagen 56. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, zur Stelle zu sein. Jeder Genosse muß es als Ehrenpflicht betrachten, bei der Wahlarbeit Hilfe zu leisten. Das Wahlkomitee.

Steglitz. Am Sonntagmorgen Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. — Nachmittags 2 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung im „Wirtenswäldchen“. — Kein Mann darf fehlen!

Weißensee. Die Sammelliste Nr. 314 für die Kommunalwahlen ist verloren gegangen. Gezeichnet waren hierauf 920 R. Der christliche Finder wird gebeten, dieselbe beim Genossen Freng, König-Chaussee 41, abzugeben.

Vorort - Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

In Ober-Schöneweide finden heute, Sonnabend, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, die Wahlen der dritten Klasse zur Gemeindevahl statt. Durch Versammlungsbeschluss haben wir nur im ersten Bezirk einen Kandidaten aufgestellt. Jeder wählt dort, wo er am 1. Oktober gewohnt hat oder zu diesem Termin hingejogen ist. Der erste Bezirk umfasst die Labber-, Siemens-, Kälpe-, Deul-, Watt-, Ohn-, Kuleaux-, Helmholz-, Edisonstraße. Wahllokal ist die Turnhalle Wühlischstraße. Wir ersuchen die Genossen, vor 3 Uhr dort anwesend zu sein, um unserserseits das Wahlbureau zu besetzen. Kandidat ist Genosse Grünow. Genossen, sorgt dafür, daß unser Kandidat mit möglichst großer Stimmenzahl gewählt wird.

In Groß-Lichterfelde finden die Gemeindevahlwahlen am Freitag, den 9. März, statt. Wahlzeit 4 bis 8 Uhr nachmittags. Wahllokal für den Westen: Caffees Kasino, Hylmannstraße 7, für den Osten: Restaurant Hennig, Jungfernstieg 5. Die kurze Spanne Zeit muß gründlich zur Agitation von Mund zu Mund, in den Werkstätten, auf den Wäpplagen usw. ausgenutzt werden. Kein Arbeiter versäume diese seine Pflicht: Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind: für den Westbezirk: Hermann Semt, Maurer, Kolltstraße 21; Kaspar Wenzel, Zeitungsexpedient, Hehlendorferstraße 3; für den Ostbezirk: Kurt Eisner, Schriftsteller, Konigsstraße 3.

Donnerstag, den 8. März, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Reifen, Chaussee 101: Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung.

Zur Steglitzer Gemeindevahlbewegung. Nachdem die hiesigen Feste verausacht sind, tritt nunmehr auch unser Hauptgegner mit seinen Kandidaten hervor. Anscheinend fürchtet man die Festtage durch öffentliche Wählerversammlungen zu verzerrieren, man arbeitete deshalb bis jetzt im Geheimen. Im ersten Bezirk kandidiert neben dem Bucherredaktor Dendewitz der bisherige Vertreter, Reichstagsabgeordneter und Medaillieur der „Stegl. Ztg.“ Hänke, jener „Leberpatriot“, der kürzlich bei Gelegenheit der Selbstbewilligung zu patriotischen Zwecken erklärte: „Auf jene Seite (die Arbeiter) brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen!“ Im zweiten Bezirk wird neben dem Oberpostassistenten Tempeliner der in den Kreisen der organisierten Arbeiter sich ganz besonders großer „Beliebtheit“ erfreuende Oberkammermacher, der Tischlermeister Sebastian, empfohlen. — Parteigenossen! Kein Mann darf an der Wahlurne fehlen, wenn diesen „Arbeiterfreunden“ der Eintritt zum Rathaus verweigert werden soll! Der Hausbesitzer- und Kommunalverein haben gemeinschaftlich folgende Kandidaten aufgestellt: Erster Bezirk: Architekt Buchholz, Wäldermeister Pant; zweiter Bezirk: Reichstagsabgeordneter Dr. Böttger, Rechnungsrat Käding. Dr. Böttger war bisher Vertreter der ersten Klasse, er ist also „zwei heruntergekommen“, der „Durchfall“ wird dadurch weniger schmerzhaft werden.

Aus Friedenau wird uns geschrieben: Jüngst wurde es im hiesigen „Lokal-Anzeiger“ so dargestellt, als hätten wir in Friedenau so eine Art kleinen Zukunftsstaat. Wer aber gestern die Gemeindevähler bei Flaschenbier und Zigaretten sich über die kommunalen Angelegenheiten unterhalten sah, mußte zunächst annehmen, daß der Verfasser des „Lokal-Anzeigers“ in der Friedenauer unparteiischen Zeitung recht habe. Und doch, wer aufmerksam den Verhandlungen folgte, er sah gar bald, daß manches recht faul ist selbst im lieblichen Friedenau. So wurde z. B. in getreuer Anspornung der Regierungsgewissenhaftigkeit der Reichstag gegenüber die Bewilligung der Mittel für die Veranstaltung der Kaisergeburtstagsfeier und zur Silberhochzeit (zirka 1000 R.) erst nachträglich von den Gemeindevohlvertretern eingeholt. Mit der Erklärung des Bürgermeisters, daß ihm dieses Verfahren unangenehm sei, kann man sich nicht zufrieden

geben, denn warum hat er es dann nicht vermieden? Zeit genug war vorhanden, mußte vorhanden sein. Vom Armenhaus, das zum Zeichen einer umfassenden Armenfürsorge als tadellose Villa hingestellt wurde, hörten wir, daß es in seinen größeren Räumen ganz unzulänglich heizbar sei und daß das unterste Geschloß, welches als Kesselhaus dient oder dienen soll, hierzu wegen der darin herrschenden Kälte und Feuchtigkeit nicht benutzt werden kann. Auch unsere Forderung betreffs der Nichtübertragung von Gemeindevahlen und Lieferungen an Gemeindevahlvertreter scheint und trotz der kategorischen „Haben wir schon“ des Friedenauer „Lokal-Anzeigers“ in unserem Ort durchaus nicht erfüllt zu sein. Wir erfuhrten vielmehr, daß ein gewisser Gemeindevahlvertreter gleichzeitig für die Gemeinde als Bauunternehmer tätig ist.

Als Termin für die notwendigen Gemeindevahlvertreter-Ergänzungswahlen ist, wie mitgeteilt wurde, der 20. und 21. März 1906 in Aussicht genommen. Unsere Genossen werden kräftig ins Geschrei gehen müssen, damit endlich einmal ein Vertreter der Arbeiterklasse seinen Einzug ins Gemeindepalament halten kann.

Die Wahlzeit der am 6., 7., 8. und 9. März stattfindenden Gemeindevahlen der dritten Abteilung in Wilmersdorf ist nunmehr nach Vorstellung beim Gemeindevorsteher geändert worden. An den ersten drei Tagen wird die Wahlzeit nach Bedarf bis 8 Uhr abends verlängert. Am letzten Tage jedoch wird die Wahl um 6 Uhr beendet. Jede Wahl, der bis zum letzten Tage sein Wahlrecht ausübt, bis 6 Uhr im Wahllokal sein. Wer im Wahllokal ist, wird zur Stimmenabgabe zugelassen. Die Verlängerung der Wahlzeit am letzten Tage wurde mit der Begründung abgelehnt, die Wahlhandlung nicht bis in die sinkende Nacht hinstrecken zu lassen. Eine amtliche Bekanntmachung erfolgt nicht. Wahllokal ist der „Victoria-Garten“, Wilhelmstraße 114.

Die Gemeindevahlen für Hermannsdorf finden in der dritten Abteilung am Mittwoch, den 7. März, nachmittags von 2 bis 6 Uhr, im Lokale des Herrn Gustav Kauf statt. Am Abend vorher, am nächsten Dienstag, ist im Restaurant von Dinkel (Fortschhausstadt), abends 8 Uhr, eine öffentliche Gemeindevahlerversammlung anberaumt, in welcher ein Vortrag über Gemeindepolitik gehalten wird. Der Kandidat für unsere Partei ist Genosse Heinrich Schrauer, Stallaueur, Augusta Victoriastraße 9. Pflicht und Aufgabe der Genossen muß es sein, für diese Versammlung rege zu agitieren. Ferner wird am Sonntag früh 8 Uhr von Dinkel eine Flugblattverbreitung vorgenommen, bei welcher die Genossen gleichfalls um zahlreiche Beteiligung ersucht werden.

Zur Gemeindevahlbewegung in Rummelsburg. Am Dienstag, den 6. März, nehmen unsere Parteigenossen in einer öffentlichen Gemeindevahlerversammlung im Saale der Witwe Weigel Stellung zu den bevorstehenden Gemeindevahlwahlen. Unsere kommunalen Forderungen werden in eingehender Weise zur Erörterung kommen, auch wird in dieser Versammlung die Aufstellung von drei Kandidaten für die Wahlen zur Gemeindevahlvertretung erfolgen.

Von einer öffentlichen Agitation unserer Gegner ist bis jetzt nichts zu bemerken, aber desto intensiver wird im Geheimen gearbeitet. Bei den früheren Gemeindevahlen gab es neben der Arbeiterpartei nur noch die im Rummelsburger Grundbesitzerverein organisierte bürgerliche Wählerpartei. Durch die Entwicklung des Vorhagener Ortsteiles hat sich nun auch für diesen Teil des Ortes ein eigener Grundbesitzerverein gebildet. So erleben wir denn bei der diesmahligen Wahl das ergötzliche Schauspiel, daß zwei bürgerliche Wählerpartei gegeneinander und gegen die Sozialdemokratie in den Wahlkampf ziehen. Durch die Wahl-agitation dieser beiden zurzeit feindlichen Brüder wird auch das Lorenzenwahllokal (Papierwähler) sehr gut beleuchtet. So ist in den beiden Grundbesitzervereinen nicht nur eine wilde Jagd zur Erlangung recht vieler solcher poppiger Vollmachten eingetreten, sondern die Herren beklagen sich auch noch öffentlich in der Ortszeitung, daß bereits glücklich ergatterte Vollmachten vom gegnerischen Grundbesitzerverein wieder abgetrieben worden sind. Daß demnach die Wahlparole dieser Art Grundbesitzervereine nur die sein kann: „Die die Interessen der Vorhagener Grundbesitzer, die die Interessen der Rummelsburger Grundbesitzer“, kann nicht weiter Wunder nehmen. Als Wahlkandidaten hat der Vorhagener Grundbesitzerverein für die 3. Klasse einen Maurermeister, einen Ober- und einen gewöhnlichen Sekretär aufgestellt. Für die 2. Klasse ist außer drei unbekanntem Größen noch der bisherige Gemeindevahlvertreter Krügerbring in Aussicht genommen. Der Vorstand des Rummelsburger Grundbesitzervereins ist sich zurzeit noch nicht einig, ob sich auch die Kosten bei Aufstellung von Wahlkandidaten in der 3. Klasse verlohnen würden. Für die zweite Klasse sollen, wenn sich bis zur Wahl keine besseren Kandidaten finden, die folgenden Herren kandidieren: Eigentümer Bergmann, bisheriger Gemeindevahlvertreter der 3. Klasse, und der Bauunternehmer Oertel und Sädike; diese beiden Herren waren bereits Vertreter der 2. Klasse. Bekannt ist von ihnen nur, daß sie an der Ausführung von Gemeindevahlarbeiten ein außerordentliches Interesse nehmen, und daß sie eine gewisse Übung darin erlangt haben, bei Abstimmungen möglichst gleich schnell mit dem Vorsteher zusammen die Hand erheben. Als vierter wird der jetzige Bauunternehmer Leichnitz, ein früher sehr bekannter Parteil-Restaurateur aus dem Osten, kandidieren.

Charlottenburg.

Ein Dedeneinsturz ereignete sich gestern morgen 7 1/2 Uhr in der Hofenwagenfabrik von Kühnstein, Salzauer. Raun hatten die Arbeiter die Arbeiten begonnen, brach mit großem Krach der Fußboden der Lackiererei durch und fiel in die Schlosserei.

Zwei Klempner, welche an der Unglücksstelle beschäftigt waren, wurden dabei so schwer verletzt, daß beide ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Dem einen wurde die Nase abgeschlagen, auch erlitt er an den Schültern schwere Verletzungen, während der andere innere Verletzungen davon getragen haben dürfte. Am besten kam der Lackierer davon, welcher mit herunterfiel und sich trotzdem keinen erheblichen Schaden zuzog. Wie verlautet, hat man schon längere Zeit Bestrebungen an die schadhafte Decke geknüpft, es wurde jedoch nichts getan. Erst nachdem nun das Unglück geschehen, dürfte wohl eine handfeste Decke eingezogen werden.

Eine Art Reformtheater soll das neue Schiller-Theater werden, das, wie Direktor Löwenfeldt gestern in einem Vortrage in Charlottenburg erklärte, am 1. Januar 1907 eröffnet wird. Eine Reihe Neuerungen von weittragender Bedeutung werden in diesem Gebäude, das an der Ecke Grolmann- und Wisnarsstraße sich erhebt, vereinigt sein. Das Haus soll der Typus des Volkstheaters sein. Nicht das alte italienische Theater mit seinen Rängen und Logen, sondern das griechische Theater in entsprechender Form ist als Vorbild genommen. Schinkel

sei seinerzeit, so führte Direktor Löwenfeldt aus, zu diesem alten System zurückgekehrt und auch Meißner Wagner habe den Semperischen Entwurf bei seinem Bayreuther Festspielhaus zum Vorbild genommen. Der griechische Typus, wie er im neuen Schiller-Theater in Charlottenburg, im Gegensatz zu allen Berliner Theatern, zur Geltung kommen soll, hebt die Rangunterschiede auf. Das Haus wird nach dem Entwurf des Professors Wittmann-Randchen, den die Autoritäten im Bau-fach: Schwedten und Wessel, begutachtet haben, angeführt. Es wird 1400 Plätze enthalten, und zwar 1000 im Parterre und 400 auf einer Gallerie, die sich über den hinteren Parteyplatz erhebt. An der Hand von Plänen und Skizzen erläuterte der Vortragende die innere Einrichtung des Theaters, das einen sieben Meter breiten Wandelgang besitzt und durch eine große Anzahl von Türen, die auf diesen Gang münden, die größtmögliche Sicherheit für das Publikum bietet. Auf Anordnung des Ministers sei nach den eingeholten günstigen Referaten des Bau-ministers Launer und des Regierungsrats Schwarzlappen die Zahl der nebeneinanderliegenden Plätze, die sonst 28 im Maximum betragt, auf 40 erhöht worden. Von einer Drehbühne hat man nach langer Erwägung abgesehen, dagegen ist eine Drehbühne geplant, die ohne große Schwierigkeiten aufgelegt werden kann. Die Garderobentrage wird in diesem neuen Theater dadurch gelöst, daß im „Kassenflur“ (Vestibül) acht Garderoben nebeneinander angelegt sind und daß jeder Besucher die Garderobe benutzt, deren Nummer auf seinem Billet angegeben ist und die er gleich bei der Entnahme des Billets mit bezahlt. Einen Einheitspreis, der angelehnt sei, konnte man nicht durchführen, weil sonst die letzten Plätze des Parketts, die im Abonnement 25 Pf. kosten sollen, sehr erhöht werden müßten, ein Verfahren, das die minder-bemittelten Schichten vom Theater ferngehalten hätte. Das Theater soll auch einen Orchesterraum enthalten, so daß Opern gegeben werden können. Man wird wahrscheinlich, wie im Berliner Schiller-Theater O., die Sommerfaison dazu benutzen. Neben dem eigentlichen Theater wird ein großer Saal gebaut, in dem Vorkonzertabende nach Muster der Londoner Opern im Berliner Rathaus veranstaltet werden. Der Vertrag mit der Stadt Charlottenburg basiert darauf, daß die Gesellschaft Schiller-Theater einen Betrag von 2 1/2 Millionen erhält, den sie mit 118 000 R. pro Jahr verzinst. Sie ist Pächterin des Schiller-Theaters auf vorläufig 25 Jahre.

Ein geladener Sittlichkeitsverbrecher. Einem jener Wüßlinge, die sich gern als „Kinderfreund“ aufspielen, ist gestern nachmittags sein gefährliches Handwerk gelegt worden. In der fünften Stunde wurden die Einwohner des Hauses Schillerstr. 10 plötzlich durch das Angeschrei eines Mädchens aufgeschreckt. Die Ruhe drangen vom Boden her, und als mehrere Personen dort nachsehen wollten, was passiert war, kamen sie gerade noch rechtzeitig genug, um ein schweres Sittlichkeitsverbrechen an einem jährigen Mädchen zu verhindern. Der Täter, der nun aus dem Bodenfenster hinausgesprungen verurteilt wurde, wurde festgenommen, auf die Straße gebracht und dort von der empörten Menge gelacht. Sodann brachte man ihn zur Polizei.

Personen, die am 25. November vergangenen Jahres in der Wilmersdorferstraße 158 und 59 Feuge des Auftritts eines Schandmannes mit einem Kutscher waren, werden gebeten, sich möglichst bald bei Frau Hildebrandt früher Hollendach, Königsstraße 5, Seitenflügel 4 Z., zu melden.

Schöneberg.

Niederdeutscher Humor in seinen besten Vertretern, wie Kauter, Dreher, Brinckmann, Klaus Groß, sowie Lillencron, Storm und Wilhelm Raabe kommen in gesprochenen und gesungenen Dichtungen in Vers und Prosa anlässlich des volkstümlichen Kunstabends am Sonntag, den 4. März, abends 1/8 Uhr, in der Hohenzollernschule zu Schöneberg zum Vortrag. Außerdem wird Julius Stinde durch einen Kadenz und durch Vortrag aus niederdeutschen Dichtungen geehrt werden. Bei Brend, ein großes Rezitations-talent, die Sängerin Elisabeth Marziewicz, Dr. Gustav Ranz, der Schriftsteller Dr. Max Möller, sowie der Komponist James Rothstein haben die Ausführung des Programms übernommen. Karten a 0,80 R. in allen Schöneberger Buchhandlungen, sowie im Verein z. F. d. K., Genthinerstr. 17, Dürerhaus, Kronenstr. 18, zu haben.

Weißensee.

Ein Opfer seiner Uebergzeugung. Weil die Gemeindevahlvertretung gegen den Wunsch des erst vor einem Vierteljahr gewählten Schöffen Keller stimmte, hat dieser seinen Posten als Schöffe sowie alle übrigen Ehrenämter niedergelegt. Herr Keller wollte durchaus die Leiterin der Privat-Töchterschule an die neu zu errichtende höhere Gemeindevahl-Töchterschule übernommen wissen; die übergroße Mehrheit der Gemeindevahlvertreter war aber aus verschiedenen Gründen dagegen, und das konnte der genannte Herr nicht ertragen. In seinem Widerspruch stand Herr Keller mit unsren Genossen und die sehr oft stattgehabte Kritik seiner Widersprüche hat wohl ein gut Teil dazu beigetragen, daß ihm sein Amt so — schwer wurde.

Steglitz.

Bis an den Hals im Sumpfe. Ein mühsames Rettungsweck vollbrachte gestern der Arbeiter Heinz aus der Lichterfelder Chaussee 8 in Steglitz. Auf den sogenannten Wälderwiesen hatten Schulkinder gespielt, wobei ein Knabe sich an einen Sumpf herangelegt hatte und darin hängen blieb. Verzweifelt wollte sich der Schüler aus dem Morast herausarbeiten, doch er sank immer tiefer ein und streckte schließlich bis zum Hals im Sumpfe. In seiner Todesangst rief er nun flüchtig um Hilfe, woraufhin Heinz hinzueilte und sich an die Rettung des Gefährdeten machte. Nur mit Mühe und Not gelang es dem Braven schließlich unter eigener Lebensgefahr, den Jungen zu bergen. Vor dem Betreten der Wälderwiesen kann also dringend gewarnt werden.

Alt-Ostende.

In der letzten Gemeindevahlvertretung von Alt-Ostende wurde nach langer Beratung der Bau einer elektrischen Straßenbahn zwischen Alt-Ostende und Bahnhof Adlershof beschlossen. Die Gemeinde übernimmt die Bahn in eigene Regie. Die gesamten Kosten für den Bau belaufen sich schätzungsweise auf 225 000 bis 230 000 R. Im Interesse des Verkehrs soll derselbe so bald als möglich in Angriff genommen werden. Arbeiter-Wochenlöhne zum Preise von 60 Pf. sind vorgezogen.

Die am letzten Sonntag stattgehabte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm ein Referat des Genossen Bogels aus Nordorf entgegen, das sich mit den Schwächen der preussischen Volksschule be-

folgte. Admann gab der Gemeindevertreter Genosse Pries den Etat der hiesigen Gemeindefabrik für 1905 bekannt und erläuterte bei dieser Gelegenheit verschiedene Mängel in ausführlicher Weise. Beschlossen wurde, den Wahlverein in vier Bezirke einzuteilen und für jeden Bezirk einen Bezirksführer zu wählen. Zur Generalversammlung, welche am 11. März stattfindet, wurden die Genossen Wilhelm Dürre, Reinhold Schulz und Karl Kühle delegiert. Es wurden in dieser Versammlung sechs Renaufnahmen vollzogen.

Nieder-Schöneweide.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung gelangte nach kurzer Erörterung der Voranschlag des Haushaltsplans zur einstimmigen Annahme.

Die Kanalisation, sowie Pumpstation ist soweit fertig gestellt, daß sie nach Fertigstellung der Hausanschlüsse dem Betrieb übergeben werden kann.

Es sollen ein Vorarbeiter und zwei Arbeiter angestellt werden, die zum Teil bei den durch die Kanalisation entstehenden Arbeiten, sowie zur Straßenreinigung verwendet werden sollen.

Eine Petition der Lehrer, die Erhöhung der Lehrer- und Beamtengehälter betreffend, wurde abgelehnt. — Es werde an anderen Orten gegenüber schon der Durchschnittsgehalt bezahlt. Im vergangenen Jahre sei bereits eine Regelung erfolgt. Für die Zukunft soll ein beförderter Gemeindevorsteher angestellt werden.

Pankwitz.

Die Pankwitzer Gemeindevertretung hat den Regierungsbaumeister Götzle in Bremen zum Gemeindebauwart gewählt. Der Einkommensteuerzuschlag wurde, wie bisher auf 125 Proz., einschließlich der Kreissteuer, festgesetzt. Ein Ortsstatut über die Aufbringung der Kosten für die Straßenunterhaltung, das sich eng an das Normalstatut des Landratsamtes anschließt, wurde von der Gemeindevertretung angenommen. Die Lehrerbeförderungsordnung ist von der Aufsichtsbehörde nur teilweise genehmigt worden und bedarf deshalb einer Abänderung.

Potsdam.

Eine arge Enttäuschung haben die Einwohner Potsdams erlebt. Einige Zeit vor der silbernen Hochzeitsfeier des Kaiserpaars brachte eine Berliner Zeitung die Meldung, daß der Kaiser beabsichtige, anlässlich seines Jubiläums der Stadtgemeinde Potsdam die Genehmigung zum elektrischen Betriebe der Straßenbahn über die Lange Brücke hinweg, wie solche seit zwei Jahren vergeblich erstrebt wird, zu erteilen. Diese Nachricht, bei der wohl nur der Wunsch der Vater des Gedankens war, wurde vielfach geglaubt, weil selbst der Bürgermeister Vorleser in der Stadivertretungsverammlung mit Siegesjubel erklärte, er hoffe bestimmt, daß der zukünftige Oberbürgermeister bei dem nächstjährigen nach dem Verwaltungsbereich die Vollendung der elektrischen Straßenbahn als Tatsache melden könne. Um so größer ist nun die Enttäuschung in Potsdam, weil das schließlich Silberhochzeitsgeschenk des Kaisers für die Stadt ausgeblieben ist. Es wird deshalb jetzt öffentlich dafür Stimmung gemacht, überhaupt auf die Einführung des elektrischen Betriebes bei der Straßenbahn zu verzichten und statt dessen etwa 40 Automobilomnibusse, welche auf dem städtischen Elektrizitätswerk mit elektrischer Kraft geladen werden können, einzuführen. Man berechnet die Kosten für diese Gesährte auf etwa 1 Million Mark, während die Umwandlung des Pferdebusbetriebes in einen elektrischen etwa 2 1/2 Millionen Mark kosten würde.

Berliner Nachrichten.

Vom Segen der Fürsorgeerziehung.

Die Hoffnungen, die auf das Fürsorgeerziehungsgesetz von 1900 gesetzt wurden, müßten nun eigentlich bald in Erfüllung gehen. Das Gesetz ist seit 1901 in Kraft, fünf Jahre hindurch hat es wirken können — da muß man allmählich anfangen zu fragen, wo denn der Segen bleibt, den es bringen sollte.

Wir fürchten, daß auch im zweiten Jahrfünft, das jetzt beginnt, noch nichts von den Wirkungen des Fürsorgeerziehungsgesetzes zu merken sein wird. Gesetze machen ist leicht; schwerer ist es sie auszuführen. Das Fürsorgeerziehungsgesetz auszuführen ist besonders schwer; denn hier genügt es nicht, Paragraphen zu lesen und Akten zu schreiben. Zur Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes bedarf es vor allem der geeigneten Erzieher. Aber wo hätten wir die! Wir suchen sie vergeblich in den Familien, denen man die Fürsorgezöglinge überweist, vergeblich leider auch in den Anstalten, die nur für die „schwersten Fälle“, für die unbändigsten Zöglinge bereit gehalten werden.

Wie man in den Erziehungshäusern der Stadt Berlin, den in Lichtenberg und in Kleinbeeren gelegenen Anstalten für verwahrloste Knaben und Mädchen, das Fürsorgeerziehungsgesetz „ausführt“, das hat der „Vorwärts“ gelegentlich an Einzelbeispielen gezeigt. Die bürgerliche Presse hat den Zuständen, die dort herrschen, bisher keinerlei Interesse entgegengebracht. Jetzt hat sie aber endlich eine Entdeckung gemacht, die für sie Anlaß genug ist, sich gleichfalls einmal über den Segen des Fürsorgeerziehungsgesetzes zu äußern. Die Fürsorgeerziehung ist zu teuer, das ist das Neueste! Durch die Zeitungen geht eine Notiz, die darüber sagt, daß durch die Fürsorgeerziehung dem Staat und den Gemeinden „große Opfer auferlegt“ werden. Für Berlin sei in dem Etat für 1905/6 eine Ausgabesumme von 605 685 M. vorgesehen, wovon die Stadt 276 000 M. zu tragen habe. Auch für 1906/07 seien jetzt die Ausgaben auf rund 600 000 M. veranschlagt. Da „durchschnittlich nur 180 männliche und 30 weibliche Zöglinge“ in Betracht kämen, so „kostet jeder Zögling jährlich rund 3000 M.“ (abgesehen von den Ausgaben für Anstaltsräume usw.).

Diese Meldung wird bei den Lesern der betreffenden Blätter eine nicht geringe Sensation hervorrufen. 3000 M. für jeden Zögling? Er, für 3000 M. kann ja eine ganze Arbeiterfamilie, selbst wenn ein halbes Duzend Kinder da sind, „herrlich und in Freuden“ leben! Warum — so wird mancher fragen — bemüht man diese Hunderttausende nicht lieber dazu, die Familien der Verwahrlosten zu unterstützen? Zweifellos wären sehr viele der verwahrlosten Jungen und Mädchen vor der Verwahrlosung behütet geblieben, wenn ihre Eltern sich nicht in bedrängten Verhältnissen befunden hätten. Zweifellos hätte man die meisten der Kinder, die zunächst nur wegen Gefahr der Verwahrlosung den Eltern genommen werden mußten, bei den Eltern lassen können, wenn man diesen die Möglichkeit geschaffen hätte, sich mehr um die Kinder zu kümmern. Und Zweifellos könnten auch jetzt noch viele Fürsorgezöglinge von den eigenen Eltern gebessert werden, wenn man denen nämlich die 3000 Mark überweise. Warum tut man das nicht?

Man tut das aus dem sehr einfachen Grunde nicht, weil besagte 3000 M. gar nicht vorhanden sind, sondern nur auf dem Papier stehen — notabene: nur auf dem Zeitungspapier der bürgerlichen Presse. Jene Notiz, auf die die Redaktionen der bürgerlichen Blätter gedankenlos hineingefallen sind, ist wieder mal Unsin. Richtig ist, daß

für das Etatsjahr 1905/06 die Gesamtausgabe auf 605 685 M. veranschlagt ist. Aber diese Summe wird nicht etwa nur für die eigenen Anstalten der Stadt Berlin und die wenigen darin untergebrachten Fürsorgezöglinge ausgegeben, sondern für die gesamte Fürsorgeerziehung mit ihrem Heer von Zöglingen. Die 180 Burschen und 30 Mädchen, die für den Verfasser der Notiz „nur in Betracht kommen“, sind die Insassen der eigenen Anstalten. Für die eigenen Anstalten sind aber im Etat nur rund 200 000 Mark Ausgabe vorgesehen, so daß die Ausgabe für jeden dieser Zöglinge nicht „rund 3000 Mark“, sondern erheblich weniger als 1000 Mark beträgt. Die übrigen 400 000 Mark der Gesamtausgabe werden verwendet für die vielen Zöglinge, die in privaten Anstalten oder in Familien untergebracht sind. Der Etat für 1905/06 nahm 2400 solche Zöglinge an und bewilligte pro Zögling 168 M. Jahresausgabe. Zieht man alle Zöglinge ab, die bereits in Lehr- oder Dienststellen gegeben sind oder sich in Krankenhäusern befinden usw., so bleiben immer noch etwa 1200 Zöglinge übrig. Mindestens auf sie wären dann die 400 000 M. zu verteilen, die der für rechnende Verfasser jener Notiz den 180 Burschen und 30 Mädchen mit zugute kommen läßt. Also mit den „3000 M.“ ist es nichts. Die bürgerliche Presse hat sich ohne Grund über die Kostenhöhe aufgeregt (über anderes regt sie sich ja überhaupt nicht auf), und wer ihr geglaubt hat, steht sich genarrt.

Doch das ist wahr, daß die Unterbringung in den eigenen Anstalten teurer ist als die Unterbringung in privaten Anstalten oder in Familien. Wieder einmal gegen die Anstalts-erziehung zu agitieren, das war wohl auch der Zweck der Notiz. In einem der Blätter, die sie wiedergegeben haben, finden wir hierzu noch die Bemerkung: „Der Wert der Fürsorgeerziehung in geschlossenen Anstalten, wo es häufig zu Rebellionen kommt, wird schon jetzt nach der verhältnismäßig kurzen Zeit seit ihrer Einführung vielfach bestritten.“ Vielleicht wird sogar im Rathaus geplant, für die Fürsorgeerziehung die Anstalten ebenso einzuschränken, wie es für die Bauspense bereits beschlossen worden ist. Nun sind auch wir der Ansicht, daß die Zustände in den Erziehungsanstalten der Stadt Berlin, zumal in der Anstalt Lichtenberg für Knaben, sehr bedenklich sind. Aber man bilde sich doch nicht ein, daß in den privaten Anstalten oder in der Familienpflege andere Grundsätze herrschen als in Lichtenberg oder in Kleinbeeren.

Nicht die Anstalten soll man einschränken oder belästigen, sondern mit dem dort geltenden Erziehungssystem sollte man brechen. Doch das darf man freilich von dem Rathausfreisinn nicht verlangen noch erwarten. Der Bruch mit der alten Pädagogik, die unter dem Zeichen des Stodes stehen zu können meint, setzt voraus, daß man gerade für die Erziehungshäuser ganz besonders fähige Pädagogen anstellt und dementsprechend sehr viel tiefer in den Geldbeutel faßt. Eben das will man nicht. Hauen ist für die Pädagogen leichter und für die Stadt billiger. Und im übrigen paßt hauen auch besser zu den Grundsätzen, nach denen die bürgerliche Klasse die proletarische Jugend „erzogen“ sehen will.

Der Etat für das Kaiser- und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus. Der Magistrat hat den Etat für das städtische Kaiser- und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus angenommen. Danach belaufen sich die Ausgaben für 1906/07 auf 274 370 M., denen 31 150 M. Einnahmen gegenüberstehen, so daß ein Zuschuß von 243 220 M. erforderlich wird gegen 238 770 M. im laufenden Etat. Eine Erhöhung haben erfahren die Anträge für die Geschäfts- und Hausverwaltung, für die Behandlung der Kranken, für Hausbedürfnisse und für Abgaben und Lasten, während die für die Beerdigungen eine Ermäßigung erfahren. Die Einnahmen sind nur wenig verändert worden. Die Kur- und Verpflegungskosten sind mit 29 000 M. in Einnahme gestellt worden, dies sind fast die einzigen erheblichen Einnahmen.

Die Berliner Müllabfuhr hat schon zu vielen Klagen Veranlassung gegeben. Sie ist nach und nach zu einem förmlichen Monopol geworden. Die Wirtschaftsgenossenschaft sagt dort, wo sie das Monopol in Händen hat, dies jetzt aus. Die Hausbesitzer müssen jetzt ganz andere Abgaben für die Müllabfuhr entrichten, wie früher. Dem Magistrat ergeht es nicht besser. Auch er muß jetzt bedeutend mehr für die Abfuhr zahlen. Während z. B. früher, d. h. in den letzten Jahren, die Müllabfuhr pro Jahr und Schule nur 96 M. kostete, fordert jetzt die Genossenschaft 237 M., d. h. das Zweieinhalbfache. Die Genossenschaft versteht das Geschäft.

Opfer der Schwindsucht. Tuberkulose und die übrigen Krankheiten der Atmungsorgane sind jetzt die häufigsten Ursachen der Todesfälle. In der Woche vom 11. bis 17. Februar starben in Berlin allein an Tuberkulose 96, Diphtherie und Krupp 4, Keuchhusten 12, an den übrigen Krankheiten der Atmungsorgane 114. Die Opfer an Magen- und Darmkatarrh betragen dagegen nur 31 Säuglinge und 4 Erwachsene. Sonst werden noch von häufigeren Krankheiten aufgeführt Malaria und Möteln 8, Scharlach 5, Kindbettfieber 2, Gewalttamen Todes starben 8. Die gesamten Todesfälle betragen 292. Charlottenburg verlor 27 Personen durch den Tod, darunter 8 durch Tuberkulose, 7 durch Krankheiten der Atmungsorgane, 4 durch Malaria und Möteln, 1 durch Diphtherie und Krupp, 4 Erwachsene durch Magenkatarrh, 1 durch gewalttamen Tod. In Niddorf starben je 7 an Tuberkulose und den anderen Krankheiten der Atmungsorgane, je 2 an Scharlach, Malaria und Möteln sowie Keuchhusten, 1 an Diphtherie und Krupp, 1 Magenkatarrh, 2 gewalttamen Todes, zusammen 12. Schöneberg verlor insgesamt 13 Personen durch den Tod, davon 9 an Krankheiten der Atmungsorgane, 1 an Tuberkulose, 2 Säuglinge an Magen- und Darmkatarrh, 1 durch Keuchhusten, 1 durch gewalttamen Tod. In Wilmersdorf entfielen von 6 Todesfällen 2 auf Krankheiten der Atmungsorgane und 1 auf Tuberkulose. In Lichtenberg starben von 6 Personen 5 an Krankheiten der Atmungsorgane, 2 an Tuberkulose, je 1 an Diphtherie und Krupp, Typhus sowie Magen- und Darmkatarrh.

Die Straßbahnhöfe 88 Schleifische Brücke-Spittelmarkt-Potsdamer Tor-Schöneberg wird seit einiger Zeit bis zur Rubensstraße in Friedenau durchgeführt. Die Benutzung der letzten Wagen ist aber in Friedenau so geringfügig, daß die Einziehung derselben in Frage kam. Die Straßenbahn hat jedoch jetzt angeordnet, daß die Wagen ab Schleifische Brücke 11,29 und 11,59 abends verfuhrweise bis zur Rubensstraße in Friedenau durchgeführt werden. Die beiden Wagen treffen um 11,52 und um 12,22 am Spittelmarkt ein. Die Linien F Bahnhof Zoologischer Garten-Kaiser-Allee-Steigly, 4 Ost-West-Ring und 82 Schleifische Tor-Bahnhof Zoologischer Garten waren im Westen wegen Tiefbauarbeiten von ihrem fahrplanmäßigen Wege abgelenkt worden. Sie geben jetzt wieder in beiden Richtungen durch die Joachimshalerstraße und die Kaiser-Allee. Damit ist der fahrplanmäßige Betrieb wieder hergestellt.

Ueber einen interessanten Grundstücksverkauf wird berichtet: Der Häuserkomplex in der Königsstraße, gegenüber dem Stadtbahnhof Alexanderplatz (hinter den südlich gelegenen Königs-Kolonnen), auf welchem sich bekanntlich auch das Gebrüder Herrnsfeld-Theater befindet, sowie die in der Kreuzen Friedrichstraße angrenzenden Häuser und das in der Grunerstraße, dem städtischen Neubau des Königl. Landgerichts I, Berlin, gegenüber liegende Grundstück, sind dieser Tage in der Hand eines Konkordiums vereinigt worden. Dieser im offenen Geschäftsteile des alten Berlin gelegene Grundstücks-Komplex umfaßt nahezu 500 Quadratrudden; da der Verkauf hier nicht ungünstig und die Kaufstellen nicht allzu

tief sind, dürfte der Kaufpreis unter Inanspruchnahme eines Einheitspreises von 20 000 M. pro Quadratrudden die Summe von 10 Millionen Mark übersteigen. Die auf dem Komplex stehenden Verhältnisse sollen dem Vernehmern nach für die Neubebauung demnach nicht niedergelegt werden. Man wird demnach bald einige Zeit lang Gelegenheits haben, auch von der Königsstraße die monumentale Fassade des neuen Gerichtspalastes in der Grunerstraße zu erblicken; gegenwärtig ist diese architektonische Fierde Alt-Berlins von jener Seite aus fast gar nicht zu sehen.

Es gibt in Berlin keine Krankenhäuser. Diese Behauptung wird stets und ständig von den Vätern der Stadt aufgestellt, wenn Sozialdemokraten auf die Ueberfüllung der Krankenhäuser hinweisen und Abhilfe fordern. Wir wollen heute dieser ständigen Behauptung nur nackte Tatsachen entgegenstellen. Am 2. März wird der Kranke Maurer P. vom Art nach dem Krankenhaus geschleudert. Die Ortstestamentarier der Maurer überweist den Mann nach dem Augusta-Hospital. Als P. dort ankommt, wird ihm gesagt, es sei kein Platz, dies wird auch auf seinem Schein bescheinigt. P. geht zur Berliner Rettungsgesellschaft. Dort erhält er folgende ärztliche Auskunft: „Es ist heute in keinem der öffentlichen Krankenhäuser Platz.“ Der schwächliche P. wandert nach Charlottenburg, weil er glaubt, dort Unterkunft zu finden. Wieder vergebens. „Wegen Platzmangel abgewiesen!“ heißt es auf dem Schein. Morgen geht die Reise von neuem los, und wenn der Kranke auf der Straße zusammenbrechen sollte, was schadet's! Es würde nach wie vor behauptet: „Es gibt keine Krankenhäuser!“

Ein schwerer Ueberfall ist in der vergangenen Nacht am Kettelbedplatz verübt worden. Als der 23jährige Maschinenarbeiter Julius Schütz, Neue Hochstr. 15 wohnhaft, auf dem Heimwege begriffen war, wurde er plötzlich von mehreren Rotwüchsen angefallen und mit den Messern bearbeitet. Auf die Hilferufe des Sch. hin ergrißen die gefährlichen Burken die Flucht und entkamen auch. Aus zahlreichen Wunden blutend, schleppte sich der Schwerverletzte nach der Unfallstation in der Lindowstraße. Nach Anlegung von Notverbanden wurde er in einem Krankenwagen dem Augusta-Hospital zugeführt.

„Gefledder“ wurde auf einer Bierreise der Kaufmann Sch. aus Charlottenburg. Er hatte vom Bahnhof Friedrichstraße einen Stadtbahnzug benutzt und wollte nach der Station Savignypfad fahren. Unterwegs schlief er ein und als er erst morgens gegen 7 Uhr erwachte, befand er sich auf dem Bahnhof Börse. Sch. machte nun die unangenehme Entdeckung, daß er während der Fahrt beraubt worden war. Ein Fledder hatte ihm die Taschenuhr samt der goldenen Kette, eine silberne Zigarrendose und die Geldbörse im Gesamtwerte von 180 M. gestohlen.

Durch die Explosion von Kollophonium schwerverletzt wurde gestern der 19jährige Lehrling Otto Bahn, Dunderstr. 14 wohnhaft. B. ist in einer Klempnerei beschäftigt und wollte gestern nachmittags Rohren biegen. Zur Erleichterung dieser Arbeit benutzte er Kollophonium. Dieses kam plötzlich zur Explosion und die brennende Masse ergoß sich dem jungen Manne in das Gesicht und verbrannte ihm besonders die Augen schwer. Von der Unfallstation IV mußte B. in die Königl. Klinik in der Ziegelstraße gebracht werden.

Hennig als Kohlenträger. Ein Stücklein aus dem Verbrecherleben des Hennig wird aus Friedrichshagen gemeldet. H. hatte bei dem dortigen Kohlenhändler Reumann im Dezember vorigen Jahres eine Stellung als Kohlenträger angenommen. Dies hatte er jedoch lediglich aus dem Grunde getan, um sich über die Vermögensverhältnisse des R. zu „orientieren“. Den Reumann fragte Hennig über die Vermögenslage des Kohlenhändlers aus, doch mit wenig Erfolg. Eines schönen Tages war der neue Kohlenträger plötzlich unter Mitnahme einer Geldsumme, die er R. gestohlen, verschunden. Die Habeligkeiten des Verbrechers befinden sich noch heute im Besitz des R.

Wegen Hennig-Unfall polizeilich festgestellt wurde in dem Städtischen Sachlenhause bei Oranienburg der Kaufmann W. aus Berlin, welcher dortselbst mit zwei Fremden in einer Gastwirtschaft weilte. Die drei hatten untereinander vereinbart, daß W. den Raubmörder Hennig marxierten und sich verdinglich benehmen sollte, während seine beiden Freunde durch anzügliche Redensarten die Aufmerksamkeit der Gäste und des Wirtes herbeiführen sollten. Der „Schery“ gelang auch. Der Gastwirt benachrichtigte die Polizei von der Anwesenheit der drei verdächtigen Personen, und als nun mehrere Gemeinbediener erschienen, ergrißen die Drei die Flucht. Zwei der Burschen gelang es zu entkommen, während der Pseudo-Hennig festgenommen wurde. Nach der Feststellung seiner Personalien wurde W. entlassen, jedoch hat er sowohl, wie auch seine nachträglich ermittelten Freunde, ein Strafmandat wegen groben Unfalls zu gewärtigen.

Mit einer Frage von weittragender Bedeutung, sowohl für das kaufmännische als auch für das Gastwirtsgetriebe, wird sich demnächst das Landgericht zu beschäftigen haben. In großen Konzertlokalen und Etablissements, wie z. B. Zoologischer Garten, werden Plätze resp. Verkaufsstellen an einzelne Unternehmer vermietet, welche dort Handel mit verschiedenartigen Waren treiben. In dem Verkauf solcher Waren nach 9 Uhr abends oder an Sonntagen nach dem gesetzlichen Geschäfts-schluss wird nun von verschiedenen gewerblichen Vereinen eine Verletzung der Bestimmungen über den 9-Uhr-Abendschluss resp. der Innehaltung der Sonntagsruhe gefunden, indem der Verkauf dieser Waren nicht durch den Inhaber des Etablissements oder den von diesem beauftragten Personen, sondern durch Geschäftsleute ausgeführt wird, welche für ihren Stand Räte (Pacht) zahlen. Gegen einen Zigarrenhändler, der in einem Konzertlokal an einem Sonntagabend fünf Zigarren an einem Kunden abgegeben hat, ist nun die Strafanzeige erstattet worden. Die Staatsanwaltschaft stellt sich auf den Standpunkt, daß die Verkaufsstellen in Konzertlokalen usw. ebenfalls den Bestimmungen über die Sonntagsruhe unterliegen und hat bei der Strafkammer des Landgerichts I die Eröffnung des Strafverfahrens gegen den betreffenden Zigarrenhändler beantragt.

Vermißt. Der Arbeiter Ernst Gommert, 40 Jahre alt, hat sich am 23. Dezember 1905 aus seiner Wohnung entfernt und ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. Gründe für sein Verschwinden sind nicht bekannt. Der Vermißte ist 1,68 Meter groß, blond, Stirn niedrig, Augenbrauen dunkel, Ohren groß, Zähne gesund, blonden Schnurrbart, rundes gesundes Gesicht, kräftig. — Bekleidet war er mit schwarzem, steifen Hut, grüner Jacke, schwarzer Hose und Weste, Gummizugstiefeln, hellgrauen Stiefeln, blauem gestreiftem Hemd. — Angaben über den Verbleib des Vermißten werden in jedem Polizeirevier oder im Polizei-Präsidium, Zimmer 324 zu 008 IV/12, 03 entgegengenommen.

Personen, die Zeugen eines Renkonters zwischen einem Schuttmann und einer Zivilperson waren, das sich in der Nacht vom 24. zum 25. Februar in der Gegend der Spandauerbrücke abspielte und bei der die Zivilperson erheblich verletzt wurde, werden um Angabe ihrer Adresse an Wilh. Woltersdorf, Koblansstr. 11b, gebeten. Besonders wichtig wäre es, wenn sich der Verletzte melden würde.

Feuerwehrbericht. Wegen eines elektrischen Kurzschlusses in einem Akkumulator wurde die Wehr nach der Hochstr. 7 gerufen und wegen eines Schornsteinbrandes nach der Goglowstr. 10. In der Alten Jakobstr. 42 hatte die Feuerwehr mit der Löschung eines Brandes zu tun, der das Zwischengehäll erfaßt hatte. Papier brannte in der Memelerstr. 11. Ferner hatte die Wehr in der Cadenerstr. 21 und Baerwaldstr. 49 sowie an einigen anderen Stellen zu tun.

Wasserstand am 1. März. Elbe bei Ruffig + 1,44 Meter, bei Dresden - 0,50 Meter, bei Rogberg + 1,82 Meter. — Uckeritz bei Straußfurt + 3,40 Meter. — Oder bei Rathor + 1,52 Meter, bei Weßlau Oberpegel + 5,02 Meter, bei Weßlau Unterpegel - 1,12 Meter, bei Frankfurt + 1,50 Meter. — Weichsel bei Weßmannhöhe + 2,78 Meter. — Warthe bei Posen + 1,18 Meter. — Rache bei Lisch - - - Meter.